ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 31. Januar 2013 | 64. Jahrgang | Nummer 3

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Klares inhaltliches Profil

Nach der knappen Niederlage der CDU bei den Landtagswahlen in Niedersachsen sieht sich die CSU in ihrer Linie bestärkt, bei der Landtags- und Bundestagswahl im Herbst um jede Stimme zu kämpfen. Wie KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle im Rahmen der jüngsten Sitzung des Landesvorstandes und Hauptausschusses in München erläuterte, habe CSU-Vorsitzender Horst Seehofer bei der Parteivorstandssitzung die Parole ausgegeben, um das Maximum an Zuspruch in der Bevölkerung zu werben.

Für das Superwahljahr 2013 habe der Vorstand drei Konsequenzen gezogen: Zum einen werde die CSU massiv mit einem klaren inhaltlichen Profil auftreten, zum anderen werde Rot-Grün der Hauptgegner sein. Und drittens gebe es für Leihstimmen nicht den geringsten Anlass. Sie seien innerhalb des bürgerlichen Lagers verlorene Stimmen und mit dem großen Risiko behaftet, dass man dann in der Opposition landet. Das habe sich bei der Niedersachsen-Wahl gezeigt.

An die Liberalen habe Seehofer appelliert, inhaltlich an Substanz zuzulegen, berichtete Rößle. Sie müssten aus eigener Kraft um Zustimmung in der Bevölkerung werben. Das Wahlziel der CSU laute, so stark wie möglich abzuschneiden. Werde eine Koalition nötig, sei die FDP der Wunschpartner. Die CSU werde aber nicht vorzeitig Wahlkampf führen.

„Es bleibt also insgesamt spannend“, urteilte Rößle, was auch für die Kommunalwahlen gelte. Deshalb tue die CSU gut daran, ihrer Linie treu zu bleiben: „Glaubwürdig, verlässlich, berechenbar und vor allem fleißig für das Wohl der Bürger in den Kommunen zu arbeiten.“

Auf Bundes- und Landesebene habe die CSU die Themen gut besetzt, fuhr der KPV-Vorsitzende fort. Dazu zählten solider Staatshaushalt, Kampf für einen stabilen Euro, Familienfreundlichkeit, Bildung, Arbeit/Soziales, Länderfinanzausgleich, stärkere Bürgerbeteiligung bei politischen Grundsatzfragen und bei der Vertretung bayerischer Interessen in Deutschland und Europa, Energie und Umwelt, aber auch Heimatliebe, Kultur und Brauchtum. Dies werden laut Rößle auch die Themen sein, die bei den Kommunalwahlen offensiv besetzt werden sollen. Hinzu kämen die Stärkung und Unterstützung des Ehrenamts sowie das erfolgreiche Abschneiden in großen Städten – nach Rößles Ansicht „eine besondere Herausforderung für die CSU“.

Spannend gestaltet sich auch das weitere Verfahren in punkto Jahressteuergesetz 2013. Im Oktober 2012 hatte der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf in der vom Finanzausschuss des Bundestages erarbeiteten Fassung beschlossen. Im November versagte der Bundesrat jedoch seine Zustimmung. Daraufhin rief die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss an. Dieser hatte im Dezember vergangenen Jahres einen umfangreichen Einigungsvorschlag beschlossen. Der Einigungsvorschlag beruhte jedoch nicht auf einem echten Kompromiss zwischen Bund und Ländern, sondern auf einem Mehrheitsentscheid.

Entbürokratisierung

Keinen Konsens gab es zum Vorschlag, homosexuelle Lebenspartnerschaften mit dem Ehegattensplitting steuerlich gleichzustellen. Zahlreiche andere Änderungen eher technischer Steuervorschriften, die unter anderem der

(Fortsetzung auf Seite 4)

Georg Huber, Josef Mederer, Stefan Rößle, Theresa Flotzinger und Alois Rainer (v. l.). Bild: DK

Vormerken! 16. März 2013

Kommunalpolitik kennt keine Grenzen:

Einladung zum Alpenforum

Die Gemeinden im Alpenraum stehen grenzüberschreitend vor vergleichbaren Herausforderungen. Ihre räumliche Nähe soll zur verstärkten Vernetzung genutzt werden. Kooperationspartner des Kommunalforums Alpenraum sind der Bayerische Gemeindetag, Forum Land, der Tiroler Gemeindeverband und der Südtiroler Gemeindenverband. Eingeladen nach Kundl bei Kufstein sind am 16. 3. alle kommunalen Entscheider aus diesen Regionen. ❐

Bayerischer Gemeindetag:

Kostentreiber und „Sympathieträger“

Als „extremen Kostentreiber bei den bayerischen Gemeinden, Märkten und Städten“ hat Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in München den neuen Rundfunkbeitrag bezeichnet. Teilweise gebe es eine Vervielfachung des bisherigen Gebührenaufkommens, das die Kommunen zu bezahlen haben. Dies stehe in eklatantem Widerspruch zum Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, der das klare und verbindliche Bekenntnis zur Aufkommensneutralität und Beitragsstabilität enthält. Hier müsse schnellstens umgesteuert werden. Das Berechnungssystem könne so nicht bleiben.

Brandl wies darauf hin, dass beispielsweise die Stadt Höchstädt a. d. Donau statt bislang knapp 70 Euro an Rundfunkgebühr im Jahr nunmehr 862 Euro an Rundfunkbeitrag zahlen soll. „Das ist nicht akzeptabel. Damit werden die Kommunen für die – eigentlich erwünschte - dezentrale und bürgernahe Struktur ihrer Verwaltung bestraft.“ Der Präsident forderte die Rundfunkkommission auf, die Rundfunkbeiträge unverzüglich zu verändern. „Wir brauchen einen anderen Berechnungsmodus. Gemeindliche Betriebsstätten, an denen es gar nicht möglich ist, Medien zu nutzen, müssen vom Rundfunkbeitrag ausgenommen werden.“

Belastung für Kommunen

Seit dem Inkrafttreten des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags bemessen sich die von den Städten und Gemeinden zu entrichtenden Rundfunkbeiträge nach der Anzahl ihrer räumlich getrennten Dienststellen, der dort Beschäftigten und der Anzahl der auf die Dienststellen zugelassenen Kraftfahrzeuge. Vor allem die Erfassung kleiner kommunaler Einrichtungen, die bisher mangels Bereithalten von Empfangsgeräten nicht rundfunkgebührenpflichtig waren, aber auch die degressive Beitragsstaffelung nach Beschäftigungszahlen und die Kfz-Beitragspflicht belasten die Kommunen überproportional und erschweren ihnen die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben.

Außerdem verursacht das neue Berechnungsverfahren enormen Verwaltungsaufwand. Dabei geht es nicht nur um die erstmalige Erfassung nach den neuen Maßgaben, sondern vielmehr auch um den Aufwand, der zukünftig aufgrund permanenter Veränderungen, sowohl was die Liegenschaften als auch die Beschäftigten betrifft, zu befürchten und bereits absehbar ist. Brandl: „Von dem erhofften Bürokratieabbau profitieren allenfalls die Rundfunkanstalten. Bei den Kommunalverwaltungen wird aber genau das Gegenteil eintreten. Das muss geändert werden.“

Nicht nachvollziehbar ist für den Gemeindetagschef auch das Gebaren der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte).Wie „kundenfreundlich“ diese ist, durfte eine unterfränkische Gemeinde erfahren. Ihr wird in einem Rechnungsschreiben vorgeworfen, ihren Maibaum im vergangenen Jahr ohne ausdrückliche Einwilligung der GEMA aufgestellt zu haben. Unter Androhung von Schadener-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Immer mehr Bürger würden gerne bei Wahlen digital abstimmen. Der Bürgermeister befürwortet, dass man in Zukunft auch diese Variante der Stimmabgabe ermöglichen sollte. Man muss dafür ja nicht gleich das „normale“ Aufsuchen einer Wahlkabine in der örtlichen Schule abschaffen, das für manche eben ein schönes Ritual ist. **Seite 15**

Bayerischer Landkreistag:

Stabwechsel in der Geschäftsstelle

Auf Reile folgt Keller – Festakt im Bayerischen Landtag

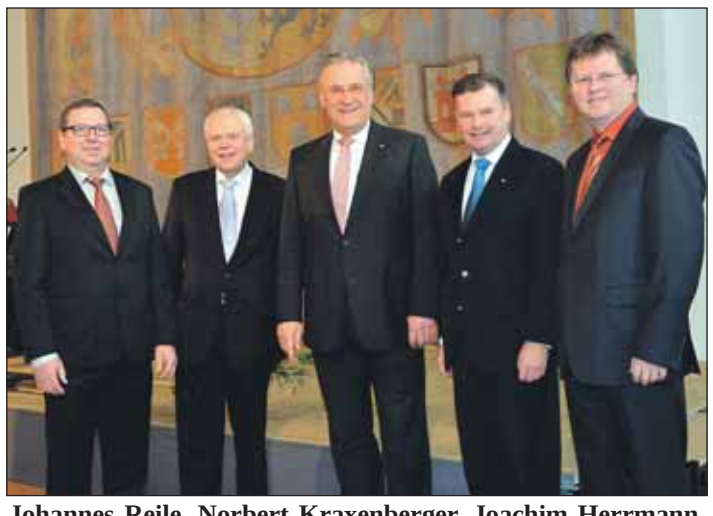
Im Beisein von mehr als 200 Persönlichkeiten aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik hat der Bayerische Landkreistag mit einem Festakt im Bayerischen Landtag den Wechsel an der Spitze seiner Geschäftsstelle begangen. Der bisherige Amtsinhaber Johannes Reile trat zum 1. Januar 2013 in den Ruhestand, sein Nachfolger ist der langjährige Finanzreferent des Bayerischen Gemeindetags Dr. Johann Keller.

Johannes Reile begann seine Karriere im Jahr 1977 bei der Regierung von Oberbayern. Sein weiterer Lebensweg führte ihn an das Landratsamt Dachau, das Innenministerium und an die Regierung von Schwaben, deren Vizepräsident er bis März 2003 war. Zum 1. April 2003 wechselte Johannes Reile als Geschäftsführendes Präsidialmitglied zum Bayerischen Landkreistag.

„Meister der leisen Töne“

Verbandspräsident, Landrat Dr. Jakob Kreidl, würdigte Johannes Reile als „Meister der leisen Töne“, der mit Vielfalt und Geschick die Interessen der bayerischen Landkreise vertreten habe. Seine fast zehnjährige Amtszeit sei von großen und tief greifenden Veränderungen für die bayerischen Landkreise geprägt gewesen. Als Beispiele führte Kreidl die Neuordnung der Zuständigkeiten in der Sozialhilfe zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten einerseits und den Bezirken andererseits ebenso an wie die Erfolge beim Finanzausgleich. Dazu zählten die Kostenübernahme im Jahr 2003 für die abgelehnten Asylbewerber durch den Staat, die schrittweise Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund, die Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungsberechnungen (Stichwort: Einwohnergewichtung), die Neuregelung des Art. 15 FAG in den

(Fortsetzung auf Seite 4)



Johannes Reile, Norbert Kraxenberger, Joachim Herrmann, Dr. Jakob Kreidl und Dr. Johann Keller (v. l.). ❐

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Seehofer will sanften Donauausbau 2
Datenschutz: Zuviel Facebook-Seiten 2
GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel: Auf die eigenen Potenziale besinnen! 3
HDBG: Zahlreiche Erfolgsgeschichten 3
Bayerntourismus weiter auf Rekordkurs 4
GZ-Fachthemen:
Kommunale Finanzthemen 5-8
Wasser · Abwasser 9-10
Kommunale Baufragen 11-12
Aus den bayerischen Kommunen 13-16

Kampf um jede Stimme

Nach den Fraktionsklausuren beginnt der Endspurt vor der Landtagswahl

Bayerns Koalition und Opposition haben in den Fraktionsklausuren im Januar ihre Linien für das letzte halbe Jahr vor der Wahl bestätigt. Bis Juli wollen sie die Themen der zu Ende gehenden 16. Legislaturperiode nochmals konkretisieren und voranbringen. Für die Regierungsfraktionen CSU und FDP nach dem Konzept „Aufbruch Bayern für Familie, Bildung, Innovation im neuen Energiezeitalter“. Thematisch stimmt das mit den Zielen der Opposition überein, die es aber gerechter und effektiver machen will. In Einzelfragen gibt es indessen unverändert auch zwischen den Koalitionspartnern Differenzen, die ausgetragen werden sollen. Einig ist man sich wiederum insbesondere in der CSU, keinen Persönlichkeitsstreit mehr auszufechten, wie ihn Ministerpräsident Horst Seehofer im Herbst öffentlich angezettelt hatte.

Im Wildbad Kreuth, wo die CSU traditionell tagte, beschworen insbesondere Seehofer und Finanzminister Markus Söder, sie hätten sich ausgesprochen und die Hände gegeben. Fraktionsvorsitzender Georg Schmid konnte versichern, „nicht Macht-, sondern Sachfragen“ würden die Arbeit und ab August den Wahlkampf beherrschen. Die CSU will sich aber auch in der Koalition als handlungsfähig erweisen.

Lohnuntergrenzen

Das gilt, wie Seehofer versicherte, in den Differenzen mit der FDP, die sich im Kloster Benediktbeuern auch gegen ihren Partner profilierte. Beispielhaft dafür sei die Abschaffung der Studiengebühren genauso wie die Empfehlung an die Tarifpartner, sich auf Lohnuntergrenzen zu einigen.

Seehofers Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil verkündete selbstbewusst, „wir sind jetzt die Alleinerben von Ludwig Erhard, dem Erfinder der sozialen Marktwirtschaft“. Wenn Bayern heute als Nummer Eins in Deutschland dastehe, sei das dem Drängen der FDP nach Ende der CSU-Alleinherrschaft zu verdanken. Übereinstimmung herrscht, dass auch die Kommunen in eine bessere Finanzlage kommen müssten. Hierzu verwies Zeil auf das von ihm neu in Schwung gebrachte Förderprogramm für das Breitbandnetz, ohne das in vielen kleineren Städten und Gemeinden kein wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung möglich sei. In den Sachfragen der aktuellen Politik waren die Oppositionsfraktionen der Meinung, CSU und FDP unternahmen nur ungenügende Schritte in die Zukunft; von den Kindergärten über die Ganztagsschule bis zu den Mindestlöhnen und zur Chancengleichheit wie im stümperhaften Entwurf Zeils für das neue Landesentwicklungsprogramm.

Im Kloster Irsee bestätigte die SPD-Fraktion ihr Alternativprogramm mit dem Motto „Bayern, aber gerechter“. Beim Breitbandausbau befand Annette Karl, der Wirtschaftsminister gebe mit der Schaffung des privatisierten Kompetenzzentrums das Heft aus der Hand und gewährleiste den Kommunen keine unabhängige Beratung. Bei der Energiewende müssten die Kommunen stärker eingebunden werden, verlangte Ludwig Wörner. Fraktionschef Markus Rinderspacher und Ministerpräsidentenkandidat Christian Ude gaben sich trotz schlechter Umfrageergebnisse zuversichtlich, durch eigene Initiativen wie den Gesetzentwurf, staatliche und kommunale Aufträge dürften nur an Firmen mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde vergeben werden.

Die Grünen betonten in ihrer Würzburger Klausur die gleichen Themen von der Bildungs- und Sozialpolitik bis zur Landesentwicklung als Kontrastprogramm zur Koalition, wie Fraktionschefin Margarete Bause bestätigte. Eine Koalition mit der CSU komme nicht in Frage. Des Landesvorsitzenden Dieter Janeceks Erwägung, auf ein „Lagerwahlkampfmodell“ zu verzichten, fand kein Echo.

Keine Leihstimmen

Die Wahlchancen spielten bei allen Fraktionen eine große Rolle, zumal die Umfragen unmittelbar nach den Klausuren und der Landtagswahl in Niedersachsen der CSU eine Tendenz zur absoluten Mehrheit von etwa 48% vorhersagen. Seehofer blieb dabei, sich nicht auf Alleinregierung festzulegen. Er behalte die FDP im Visier, die nach Hannover jetzt auch in Bayern wieder über die Fünf-Prozent-Grenze kommen werde. Leihstimmen wie in Niedersachsen lehnte er strikt ab - was FDP-Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker zurückwies. Wer glaube, über Wählerstimmen so oder so verfügen zu können, zeige „arrogante Geisteshaltung“. Die Liberalen vertrauten darauf, dass jeder Wähler entscheide, wem er sein Votum gebe.

In Landshut tagten die Freien Wähler und zeigten in Punkten wie Donauausbau, Studiengebühren und Pkw-Maut Kontroversen zu schwarz-gelb auf. In der Kommunalpolitik gebe es freilich mehr Schnittmengen mit der regierenden Koalition. Vorsitzender Hubert Aiwanger ließ sich vor dem Wahltag nicht festlegen. „Wir wollen, dass Bayern ab dem Herbst noch besser regiert wird, als derzeit schon“, fasste er zusammen. Die CSU müsse prüfen, ob die Freien Wähler bei allen Differenzen nicht „die bessere FDP“ seien. **rm**

Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften

Fachtagungen des Landesamtes für Umwelt

Jede Kommune kann auf verschiedene Weise zum Klimaschutz und zur Energiewende beitragen. Gerade in ihrer Rolle als Verbraucher können die Kommunen mit Energieeinsparung und Effizienzsteigerung Vorbild sein. Damit entlasten sie gleichzeitig die Verwaltungshaushalte bei steigenden Energiepreisen. Insbesondere um den Energieverbrauch zu senken, gewinnt die energieoptimierte Bewirtschaftung öffentlicher Liegenschaften immer mehr an Bedeutung. Bereits seit etwa 15 Jahren steht hierfür das Energiemanagement kommunaler Liegenschaften (KEM) zur Verfügung. Mit der systematischen Erfassung und Analyse von Energieverbräuchen können Maßnahmen identifiziert werden, die häufig schnell umzusetzen sind. Zudem erfordern z. B. die energetische Optimierung von Gebäuden oder Straßenbeleuchtung nicht immer große Investitionen.

Bislang ist die Umsetzung des KEM allerdings noch kein „Selbstläufer“ in allen Gemeinden, Märkten und Städten. Mit Veranstaltungen in allen Regierungsbezirken will das Landesamt für Umwelt daher den Kommunen ein Forum zum Austausch von Erfahrungen anbieten und Entscheidungsträger und Verwaltungsmitarbeiter von Gemeinden, Märkten und kleinern Städten über das Thema Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften informieren. Dazu sind neben Vorträgen auch Workshops vorgesehen, in denen Kommunen über ihre Erfahrungen berichten.

Die Auftaktveranstaltung findet am 21. Februar 2013 im LfU in Augsburg statt. Die weiteren Veranstaltungstermine sind: 25.02. Bayreuth, Oberfranken / 28.02. Amberg, Oberpfalz / 06.03. Niederalteich, Niederbayern / 07.03. Nürnberg, Mittelfranken / 12.03. Erding, Oberbayern und 19.03. Würzburg, Unterfranken.

Die jeweiligen Programme finden sich unter www.lfu.bayern.de/veranstaltungen/index.htm. Hier besteht auch die Möglichkeit, sich für die kostenlose Veranstaltung anzumelden. ❐

Seehofer will sanften Donauausbau

Keine Staustufen in seiner Amtszeit
Vorbehalte und Skepsis im Landtag

Im jahrzehntelangen Streit um den Ausbau der Rhein-Main-Donau Großschifffahrtsstraße hat sich Ministerpräsident Horst Seehofer offensichtlich durchgesetzt. Der letzte unvollendete Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen soll lediglich mit Hochwasserschutz ausgebaut werden. Der Regierungschef hat sich in einem vierstündigen Gespräch mit der niederbayerischen CSU unter Beteiligung von Kommunal- und Bundespolitikern in der Staatskanzlei und dann im Koalitionsausschuss mit seiner Erklärung durchgesetzt, solange er Ministerpräsident sei, werde es weder Staustufe noch Kanal im Interesse von Wirtschaft und Schifffahrt geben. Da Seehofer im Herbst nächsten Jahres nochmals für fünf Jahre als Ministerpräsident gewählt werden will, gilt das bis 2018.

Demnach wird auf den besonders strittigen letzten 15 der 54 Flusskilometer vorerst weder geplant noch gebaut. Es ist lediglich eine elektronische Regelung des Schiffverkehrs und periodisches Ausbaggern des Flusses mit Vorrang des Hochwasserschutzes vorgesehen. Dafür soll es ein Sonderprogramm der Staatsregierung geben. Seehofer argumentierte, wie berichtet wurde, dass man mit diesem Konzept die einmalige Gelegenheit habe, den erbitterten Streit nicht nur mit den Naturschützern sondern mit der Bevölkerungsmehrheit in Niederbayern friedlich zu beenden.

Tragfähiger Kompromiss

Die Kommentare maßgeblicher Politiker entsprachen den bisher gegensätzlichen Standpunkten. Der einstige Wirtschaftsminister und jetzige Vorsitzende im Wirtschaftsausschuss des Landtags, der Niederbayer Erwin Huber (CSU), lenkte ein, es sei ein tragfähiger Kompromiss für Schifffahrt und Naturschutz erzielt worden. Unter den heutigen Bedingungen sei der Beschluss sinnvoll. „Ich bin Realist. Es nützt nichts, nostalgisch zu sein.“ Der Straubinger CSU-Bundestagsabgeordnete Ernst Hinsken sprach von einem Konsens, der der Sache gerecht werde. Bei der Finanzierung der dreistelligen Millionensummen für die Seehofer-Lösung müsse geklotzt statt gekleckert werden. Staatssekretär Andreas Scheuer vom Bundesverkehrsministerium vertrat in der entscheidenden Staatskanzleirunde seinen Amtschef Peter Ramsauer (CSU), der einen schifffahrtsgerechteren Donauausbau befürwortet hatte, mit der Feststellung, man habe „einen Spagat geschafft“.

FDP fordert Entscheidung

Auch für die FDP ist die Seehofer-Lösung zwiespältig. Wirtschaftsminister Martin Zeil, der mit dem Ministerpräsidenten an der vorentscheidenden Fahrt auf dem umstrittenen Flussabschnitt teilgenommen hatte, und Fraktionschef Thomas Hacker blieben skeptisch. lm Koalitionsvertrag von 2008 steht, „wo immer dies sinnvoll ist, wollen wir die Verlagerung von Verkehren auf Schiene und Wasserkraft fördern“. Die FDP-Politiker warfen Seehofer vor, sich „ein Hintertürchen offen gelassen“ zu haben und forderten eine eindeutige, abschließende Entscheidung. Sie soll im Kabinett im Februar fallen.

Erfolg für Naturschutz

Die Landtagsopposition bewertete die Staatskanzlei-Vorentscheidung, parallel zu einer CSU-Fraktionssitzung, als Zusage auf Zeit. Eike Hallitzky (Grüne) begrüßte Seehofers zeitlich wenig klare Festlegung zwar als Erfolg im Sinne des Naturschutzes, in seiner Fraktion seien die „Betonmischer“ jedoch nach wie vor in der Mehrheit. Nach dem Kabinettsbeschluss hat der Landtag das letzte Wort. **rm**

Zu viele Facebook-Seiten

Datenschutzbeauftragter mahnt
Staatsregierung und Kommunen

Die zunehmende Digitalisierung der Kommunikation auf allen Ebenen bereitet dem Datenschutz immer mehr Sorgen. Der vom Landtag gewählte bayerische Datenschutzbeauftragte Thomas Petri hat in seinem neuen Tätigkeitsbericht 2011/12 Staatsregierung und Kommunen davor gewarnt, Soziale Netzwerke als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit unkontrolliert zu nutzen. Bei einer Reihe von Behörden in Stadt und Land seien bei den Kontrollen erhebliche Datenschutzverstöße aufgefallen, die das Persönlichkeitsrecht der Nutzer öffentlicher Angebote und Aufforderungen dazu verletzten. Staat und Kommunen müssten ihre Vorbildfunktion beim verantwortungsbewussten Umgang mit Daten voll wahrnehmen.

Nach Übergabe des Berichts an die Datenschutzkommission des Landtags forderte Petri vor der Presse die Behörden aller Ebenen auf, ihrer Vorbildfunktion in diesem ständig wachsenden Bereich öffentlicher Diskussion und Kommunikation gerecht zu bleiben oder besser zu werden. Er bat insbesondere die Staatsregierung, vorerst keine neuen Facebook-Fanseiten in den Netzwerken einzurichten. Eine öffentliche Stelle, die Nutzer zur Kommunikation ermuntere, halte „die Bürger zur Offenbarung ihrer persönlichen Daten in einem rechtlich und technisch unsicheren virtuellen Umfeld an“.

Rechtlich unsichere Umgebung

Bei Befragungen seien die Bürger auf die Freiwilligkeit besonders hinzuweisen, soweit keine Auskunftspflicht aufgrund einer Rechtsnorm bestehe. Besonders das „Facebook“ sei eine „rechtlich unsichere Umgebung“. Inzwischen hat die Staatsregierung ein Facebook-Moratorium für ihre Behörden erlassen. In begrenztem Umfang können jedoch Stellungnahmen mit der Möglichkeit der Öffentlichkeit, sich zu beteiligen, fortgesetzt werden. In letzter Zeit waren besonders die Staatskanzlei und das Finanzministerium hier aktiv.

EU-Recht

Die Datenschutzkommission des Landtags wird sich mit dem Bericht beschäftigen. Dabei werden auch die von der Europäischen Kommission letztes Jahr veröffentlichten Vorschläge zur Neuordnung des europäischen Datenschutzrechtes eine Rolle spielen. Im bayerischen Tätigkeitsbericht wird kritisiert, im Entwurf einer Datenschutzgrundverordnung werde den EU-Mitgliedern bei zahlreichen begrüßenswerten Verbesserungsansätzen versagt, eigene weitergehende Regelungen zu treffen. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Brunner
94405 Landau a. d. Isar
am 2.2.

Bürgermeister Martin Esterl
85625 Glonn
am 5.2.

Bürgermeister Arnold Kimmerl
925336 Pfreimd
am 5.2.

Bürgermeister Alfred Schrenk
97772 Wildflecken
am 5.2.

Bürgermeister Alois Bachmeier
94167 Tettenweis
am 9.2.

Bürgermeister Georg Rittler
85652 Pliening
am 14.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Gerhard Wägemann
91781 Weißenburg/Bay.
am 2.2.

Bürgermeister Georg Wagner
82447 Spatzenhausen
am 3.2.

Bürgermeister Felix Schwaller
83043 Bad Aibling
am 4.2.

Bürgermeister Eberhard Steiner
82435 Bad Bayersoien
am 5.2.

Bürgermeister Max Knott
93152 Nittendorf
am 5.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Dietz
96190 Untermerzbach
am 4.2.

Bürgermeister
Manfred Schuster
91793 Alesheim
am 8.2.

Bürgermeister Peter Imminger
82496 Oberau
am 11.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Stadelmann
97475 Zeil am Main
am 2.2.

Bürgermeisterin
Gabriele Wohlhöfler
86488 Breitenthal
am 3.2.

Bürgermeister
Claus Schwarzmann
91330 Eggolsheim
am 10.2.

Bürgermeister
Willy Lehrmeier
86637 Wertingen
am 13.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian Kiendl
84069 Schierling
am 9.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Max Gibis
94151 Mauth
am 13.2.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Timo Erhardt
96337 Ludwigsstadt
am 8.2.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Ansiedlungspolitik:

Invest in Bavaria legt Bilanz vor

Invest in Bavaria, die Ansiedlungsagentur des Freistaats Bayern, konnte im Jahr 2012 mit 83 erfolgreich betreuten Investitionsprojekten über 2.050 neue direkte Arbeitsplätze im Freistaat schaffen und etwa ebenso viele sichern. Während die Zahl der Projekte knapp auf Vorjahresniveau (86) liegt, konnte bei den Arbeitsplätzen ein Zuwachs von rund 28 Prozent gegenüber 2011 erzielt werden. Fast jeder zweite Arbeitsplatz (45 Prozent) kommt dem ländlichen Raum zugute. „Das Ergebnis zeigt: Invest in Bavaria leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der ländlichen Regionen in Bayern. Deren Zukunftsfähigkeit hängt entscheidend davon ab, ob die Menschen außerhalb der Verdichtungsräume attraktive Arbeit finden“, erklärt Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel.

Die Nürnbergerin freut sich zudem, dass die fränkischen Regierungsbezirke auch 2012 sehr gut abschneiden. Mit 30 Prozent aller geschaffenen Arbeitsplätze profitiert Franken genau entsprechend seinem anteiligen Bruttoinlandsprodukt. In absoluten Zahlen stieg dort die Anzahl der neu geschaffenen Stellen von gut 500 auf über 600.Wie in den Vorjahren kamen die meisten Ansiedlungsprojekte aus anderen Bundesländern.

Bei den ausländischen Herkunftsländern steht China wie im Vorjahr an erster Stelle, dicht gefolgt von Japan, Russland, USA und Indien. Aus Branchensicht hat sich die Zahl der Projekte aus dem Dienstleistungsbereich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt und rangiert nun vor Projekten aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Automobilindustrie sowie dem Maschinen- und Anlagenbau.

Invest in Bavaria ist die Ansiedlungsagentur des Freistaats Bayern. Mit rund 25 Mitarbeitern und vier eigenen Repräsentanzen in den Schwerpunktländern USA, Japan und Indien betreibt sie für den Wirtschaftsstandort Bayern Marketing und Unternehmensakquisition. Invest in Bavaria betreut Ansiedlungsprojekte, aber auch Erweiterungsvorhaben und dient als direkter Ansprechpartner für in- wie ausländische Unternehmen. Durch den kunden- und serviceorientierten Ansatz kann sich der Freistaat im immer intensiveren internationalen Standortwettbewerb als erste Wahl für Unternehmensansiedlungen positionieren. ❐

Jahrespressekonferenz des Hauses der Bayerischen Geschichte:

Zahlreiche Erfolgsgeschichten

Eine Bilanz über die vielfältigen Ausstellungsprojekte des Jahres 2012 zog der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte Dr. Richard Loibl im Rahmen einer Jahrespressekonferenz im Münchner Presseclub. Zudem lud Projektleiter Dr. Rainhard Riepertinger auf eine Kreuzfahrt in das Jahr 2013 und in die Themenvielfalt der Bayerischen Landesausstellung „Main & Meer“ ein, die von Mai bis Oktober in der Kunsthalle Schweinfurt gezeigt wird.

Wie Direktor Loibl ausführte, begeisterte die grenzübergreifende Landesausstellung „Verbündet-Verfeindet-Verschwägert. Bayern und Österreich“ in Burghausen, Braunau/Ranshofen und Mattighofen über 331.000 Besucher, davon etwa die Hälfte in Burghausen. Während der siebenmonatigen Laufzeit hätten sich die Besucher von der langen und ereignisreichen bayerisch-österreichischen Beziehungsgeschichte faszinieren lassen und sich auf eine Zeitreise vom Mittelalter bis in die Neuzeit begeben. Loibl sprach von einem äußerst erfolgreichen grenzübergreifenden Projekt, das dafür gesorgt habe, die bayerisch-(ober)österreichischen Beziehungen auch im 21. Jahrhundert weiterhin zu pflegen und zu festigen.

Wertvolle Exponate

Neben den wertvollen Exponaten wie z. B. der „Taufurkunde“ Österreichs von 996 oder dem feuergefertigten Cundpaldkelch waren es die zahlreichen Aktiv- und Mitmachstationen, die bei den Besuchern für eine lebendige Geschichtsvermittlung sorgten. Im Außenbereich der Landesausstellung im Gärtlein auf der Altan konnten die Gäste in einer maßstabsgetreuen Rekonstruktion eines Tetradkrans nachvollziehen, wie viel Kraft es die Arbeiter auf mittelalterlichen Baustellen kostete, Steine, Holz und Mörtel zu heben. Am Pflugsimulator galt es, eine ergiebige Furche zu ziehen und den potentiellen Ernteertrag zu ermitteln. Die Besucher vermaßen den Grundriss einer Burg oder setzen die Elemente mittelalterlicher Glasfenster zusammen.

Auch die Bayern-Ausstellung „Festungen – Frankens Bollwerke“ lockte mit hochwertigen Exponaten und vielen Mitmachstationen zahlreiche Besucher – insgesamt 32.500 - auf die Festung Rosenberg in Kronach. Jung und Alt krabbelten durch einen Minengang, bauten einen Schutzwall und eroberten eine Festung im Computerspiel. „Da macht Museum wieder Spaß“, lobte ein Eintrag im Gästebuch, und eine andere Besucherin schrieb: „Eine didaktische Meisterleistung“. Das größte Exponat war jedoch die Festung selbst: Die Besucher konnten am Originalschauplatz zwischen Festungsmauern spazieren und sich durch das gut erhaltene, unterirdische Gangsystem führen lassen. Besonders schön für alle Beteiligten ist die Nachhaltigkeit: Die erfolgreiche Bayern-Ausstellung wurde nach den fünf Monaten Laufzeit nicht abgebaut, sondern bleibt nahezu vollständig in Kronach erhalten und bereichert nunmehr das museale Vermittlungsprogramm.

Richard Loibl berichtete außerdem über die beiden Wanderausstellungen „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ und „Götterdämmerung. König Ludwig II.“, die im Jahr 2012 in vielen bayerischen Städten gastierten.

Die Bayerische Landesausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ begeisterte 2009 in Würzburg über 365.000 Besucher. Seit 2010 wanderte die verkleinerte Version der Ausstellung durch die bayerischen Regierungsbezirke und war in Bayreuth, Coburg, Nürnberg, Regensburg, Landshut, München, Augsburg, Fürth und Weiden zu Gast. Mit ausgewählten Highlights spannte die Schau den Bogen von den Entbehrungen der Nachkriegszeit bis zum neuen Wohlstand der 1950er Jahre. Von Trümmerfrauen und Care-Paket bis Nierentisch und Petticoat – die Zeit von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder weckte viele Erinnerungen. Diese Epoche prägt Bayern bis heute. Das gilt für Lebensstil und Jugendkultur ebenso wie für die Architektur von Kaufhäusern, Kinos und Kirchen. Ergänzt wurde die Wanderausstellung durch mediale und didaktische Angebote.

Die Wanderausstellung „Götterdämmerung – König Ludwig II. und seine Zeit“ ist eine komprimierte Version der gleichnamigen bayerischen Landesausstellung 2011, die sich mit über 575.000 Besuchern zur erfolgreichsten kulturhistorischen Ausstellung im wiedervereinigten Deutschland entwickelte. Gefördert von der bayerischen Staatskanzlei schickte das Haus der Bayerischen Geschichte die Rekordausstellung auf Reisen.

Fulminanter Auftakt

Nach dem fulminanten Auftakt in Berlin anlässlich der Bayerischen Bundesratspräsidentschaft und nach der ersten bayerischen Station in Bad Kissingen stellte Ingolstadt die dritte Station der Wanderausstellung dar. In einer dramatischen Erzählung rückten dabei König Ludwig II., seine Regierungszeit und sein Land in den Blickpunkt: Bayern im Spannungsfeld zwischen politischen Umbrüchen, traditionalen Lebenswelten und Modernisierungen in der Wirtschaft und Gesellschaft des Industriezeitalters.

Die Ausstellung zeichnete sich besonders durch vielfältige Medienstationen aus: Zu sehen gab es unter anderem faszinierende 3D-Animationen von Ludwigs Schlossbauten in der bayerischen Bergwelt, darunter auch Bauprojekte, die nicht mehr verwirklicht werden konnten, zum Beispiel den byzantinischen Palast und die chinesische Pagode. Fantastisch und modern zugleich mutete die fliegende Gondel in Pfauenform an, mit der der König über den Alpsee schweben wollte.

Großformatige Ausstellungspaneele gaben Einblick in das Leben Ludwigs II. und in eine Zeit, als in seinem Königreich die Moderne Einzug hielt. Besonders eindrucksvoll gestalteten sich dabei riesige Reproduktionen mit bis zu drei Metern Höhe. Lebendig wurde König Ludwig II. in Filmausschnitten aus den bekannten Verfilmungen der 1950er- und 1970er-Jahre sowie in einem satirischen Dialog zwischen Ludwig II. und dem von ihm so verehrten Komponisten Richard Wagner. In der Rolle des Königs brillierte der bayerische Kabarettist und Fernsehmoderator Christoph Süß.

Abschießend wies Direktor Loibl darauf hin, dass das Haus der Bayerischen Geschichte in seiner 2009 begründeten Reihe EDITION BAYERN mit dem Titel „Industriekultur in Bayern“ nun bereits das fünfte Sonderheft, neben acht erschienenen Regionenheften, vorlegt. Insgesamt ist es der 13. Band dieser Reihe.

Die EDITION BAYERN beleuchtete Bayerns Weg vom Agrarland zum postindustriellen Wirtschaftsstandort. Bayerische Industriekultur und die Industriestadt Augsburg werden ebenso thematisiert wie das harte Arbeiterleben und die Rolle der bayerischen Kommerzienräte, Finanziers und Industriepioniere. Innovationen wie das Telefon schufen ein völlig neues Kommunikationswesen, wie am Beispiel der Stadt Kulmbach gezeigt wird, und die Erfindung der Kältemaschine ermöglichte erst den weltweiten Erfolg des bayerischen Bieres und damit die weitere Verbreitung bayerischer Tradition, was das Bayernklischee bis heute prägt.

Unbekannte Schätze

Ebenfalls bis in die Gegenwart erhalten hat sich ein nicht geringer Bestand von über 3000 Industriedenkmälern, darunter viele unbekannte Schätze. Die EDITION BAYERN lädt zu einem Streifzug ein und öffnet die Augen für die Vielfalt dieses Kulturguts, das die Denkmalpflege oft vor Herausforderungen stellt.

Vom 9. Mai bis 13. Oktober 2013 veranstalten das Haus der Bayerischen Geschichte und die Stadt Schweinfurt in Unterfranken gemeinsam die Bayerische Landesausstellung „Main und Meer“. Schauplatz ist die im Jahr 2009 eröffnete Kunsthalle Schweinfurt im ehemaligen Ernst-Sachs-Bad nahe dem Stadtzentrum und dem Main.

Auf insgesamt rund 1.700 qm Ausstellungsfläche bietet die Landesausstellung laut Projektleiter Dr. Rainhard Riepertinger Kreuzfahrten durch die wechselhafte Geschichte und Gegenwart eines bayerisch-fränkischen Gewässers, das sogar an die Weltmeere angeschlossen ist. Erzählt wird vom Main, vom Wasser und von den verschlungenen Wegen zu den Ozeanen. Der Main schlüpft dabei in ganz unterschiedliche Rollen: Er ist Geheimnisträger und Winzer, Lebensspender und Unheilsbringer, Schiffsführer und Arbeitgeber, Seefahrer und Kunstschaffender – und er ist Visionär, der seine Blicke auch in die Zukunft richtet.

Geschichte der Gewässer

Die Geschichte Bayerns ist eng mit seinen Gewässern verbunden. Flüsse wie der Main prägten Landschaften, Kultur- und Wirtschaftsräume und bestimmten Jahrhunderte lang das Leben der Menschen, die als Schiffer, Flößer, Fischer, Fährleute oder Sandschöpfer auf und mit dem Wasser arbeiteten. Der Main spendete Nahrung, lieferte Brauch- und Trinkwasser oder „entsorgte“ die Abwässer von Mensch und Industrie. Einerseits war Wasser ein Motor von Wirtschaft und Siedlung, andererseits konnte es weit reichende zerstörerische Auswirkungen haben wie zum Beispiel Eis, Hochwasser und andere Katastrophen.

Aus naturwissenschaftlicher Sicht geht es bei „Main und Meer“ um Wasser als Lebensgrundlage und um die Tierwelt im Main. Die Landesausstellung nimmt die Qualität der bayerischen Gewässer oder den persönlichen Wasserverbrauch in den Blick. Thematisiert wird schließlich auch die Ressource Wasser in der Zukunft, die manche Überraschungen, Visionen und Fragen birgt: Wasseraufbereitung, Träume von Riesenschiffen oder die Aufstauung des Mittelmeers.

Die facettenreiche Verbindung von Kulturgeschichte und Naturwissenschaft führt immer bis in die Gegenwart. Anschaulich und spannend werden Alltagsgegenstände, technische Exponate und Modelle, kulturgeschichtliche Objekte, Kunstwerke und aufwändige Computeranimationen miteinander arrangiert und inszeniert. Aktiv-Stationen laden Jung und Alt ein, selbst in die aufregenden Flussgeschichten des Mains einzutauchen. „Main und Meer“ ist Riepertinger zufolge eine genussvolle, erlebnisorientierte Landesausstellung für alle Sinne, die sich an das breite Publikum wendet. **DK**

GZ Kolumne
Anne-Marie von Hassel

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Ereignisse der vergangenen Woche haften besonders in meiner Erinnerung: Da ist zum einen die Inauguration des neuen Regensburger Bischofs und zum anderen - ebenfalls im festlichen Rahmen - die Verabschiedung des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Bayerischen Landkreistags, Johannes Reile sowie die Amtseinführung seines Nachfolgers Dr. Johann Keller.

Dr. Rudolf Voderholzer wird es schwerer haben in seinem neuen Amt als Dr. Keller und das nicht nur, weil sein in weiten Kreisen der Gläubigen wenig geschätzter Vorgänger sich rechtswidrig des kostbaren historischen Bischofsstabs

Auf die eigenen Potenziale besinnen!

bemächtigt haben soll, der - so wird kolportiert - wohl eigentlich der Diözese gehöre. Aber vielleicht verschmerzen die Regensburger den Verlust des wertvollen Artefakts ebenso gerne wie die weitere Alimentation des neuen Großinquisitors des Heiligen Stuhls. So bleibt zu hoffen, dass der neue Oberhirte seine unter dem Beifall der Gottesdienstbesucher gemachte Versicherung „wir sind Kirche“ ernst und ehrlich gemeint hat und sein Amt aus der authentischen Lehre Jesu heraus versteht.

Da hat es der neue Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistags doch wesentlich einfacher. Auf ihn warteten schließlich ein wohl bestelltes Haus und sehr qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die schon bisher alle am gleichen Strang in die gleiche Richtung zogen.

Die Landkreise sehen sich wachsenden Aufgaben gegenüber. Als Umlageempfänger sind sie natürlich von jenen abhängig, die sie finanzieren. So nimmt es nicht Wunder, dass Johann Keller an seine Zeit beim Bayerischen Gemeindetag erinnerte, in der ihm sehr daran gelegen war, dass die Kreisumlage so gering wie möglich ausfiel, während es ihm in seiner neuen Position darauf ankomme, eine gute Finanzausstattung für die Landkreise sicherzustellen.

Aber es ist ja keineswegs alles nur vom Geld abhängig! Die Zeiten, in denen die Kommunalpolitiker immer nur Finanzmittel von der nächst höheren Ebene fordern konnten, sind ebenso vorbei wie das Diktat von oben, das die Kommunen für Aufgaben in die Pflicht nehmen konnte, die sie sich selbst gar nicht gestellt hatten. „Wer bestellt, bezahlt“, sagte der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog. Daraus entstand die Einführung des Konnexitätsprinzips. In der Konsequenz bedeutet dies, dass wir uns alle viel stärker auf die Kraft verlassen müssen, die aus uns selbst kommt.

Bei den Dokumentationen der Bayerischen GemeindeZeitung über einzelne Regionen stellen wir fasziniert fest, über wieviel Potenzial jede Gegend im Freistaat verfügt. „Ja, da sind wir Weltmarktführer“, heißt es immer wieder; egal, ob es sich dabei um Daunenbetten, irgendwelche Spezialschrauben, hochdifferenzierte High-Tech-Produkte oder komplizierte Software handelt. Genau diese Potenziale gilt es für unser Gemeinwesen zu erschließen und zu nutzen. Dabei sind die bayerischen Landräte in genau der richtigen Position. Bei ihnen laufen so viele Fäden zusammen, die es ermöglichen, in ganzheitlicher Sicht die vielen Einzelprojekte wirtschafltich sinnvoll zu verbinden. Vielleicht reicht dann die Umlagehöhe, die Dr. Keller in seiner Zeit beim Gemeindetag für sinnvoll hielt!

Ihre Anne-Marie von Hassel

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2013 in Berlin:

Räume vital gestalten

Über 900 Teilnehmer aus ganz Deutschland gingen beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin der Frage nach, wie man das Leben und Arbeiten auf dem Land dauerhaft attraktiv gestalten kann. Wie Bundesagrarministerin Ilse Aigner in ihrer Eröffnungsrede betonte, verlange hier der demografische Wandel Antworten.

„Den ländlichen Raum für das digitale Zeitalter fit zu machen, die Chancen der Energiewende zu nutzen und die regionale Wertschöpfung stärken, das sind große Herausforderungen, denen wir uns stellen“, stellte Aigner fest. Für die unterschiedlichen Regionen seien individuelle und differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien notwendig, die auf die jeweilige Region ausgerichtet sind. Dies gelte vor allem für Regionen, die überdurchschnittlich vom demografischen Wandel betroffen sind: „Wir richten unser Augenmerk gezielt auf Regionen mit einer ungünstigen Alters- und Wirtschaftsstruktur und verstehen den demografischen Wandel auf dem Land als Gesamtaufgabe, die nicht an Zuständigkeitsgrenzen Halt macht. Vitale und lebenswerte ländliche Räume gibt es nur, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Deshalb packen wir gemeinsam an.“

Zu den zentralen Maßnahmen im ländlichen Raum zählen die Dorfentwicklung und die interkommunale Zusammenarbeit, mit der die EU, Bund, Länder und Kommunen Impulse für attraktive und lebenswerte Dörfer setzen. Von 2007 bis 2011 wurden so in rund 8.000 Dörfern Projekte mit einem Investitionsvolumen von über zwei Milliarden Euro unterstützt. „Nur mit attraktiven Dörfern, die mehr sind als bloße Schlafstätten, können wir lebenswerte ländliche Regionen erhalten“, machte Aigner deutlich. Entscheidend sei auch der Ausbau der Breitbandversorgung: Laut Aigner halten mehr als zwei Drittel der Deutschen den Ausbau schneller Internetverbindungen auf dem Land für wichtig oder sehr wichtig. Für junge Familien oder Unternehmen sei ein schneller Internetzugang heute ebenso selbstverständlich wie Wasser oder Strom.

Gelungene Konzepte

Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in den Regionen komme zudem der Energiewende eine besondere Rolle zu. Allein die Gewinnung von Biogas sichere in Deutschland über 30.000 Arbeitsplätze. Dass die Energieerzeugung auch die Dorfentwicklung voranbringen kann, zeige der Wettbewerb „Bioenergiedörfer 2012“, der besonders gelungene Nutzungskonzepte für Bioenergie im dörflich-ländlichen Raum auszeichnet.

Mittlerweile gibt es der Ministerin zufolge in ganz Deutschland über 300 Bioenergiedorf-Ansätze. Diese Entwicklung zeige, welches Potenzial regionale Energieerzeugung aus Biomasse hat. Aigner: „Wenn wir die Energiewende engagiert anpacken, können wir einen wichtigen Beitrag für vitale und lebenswerte ländliche Räume leisten und die Regionen werden auch in Zukunft von der Energiewende profitieren.“ Zur Stärkung der Strukturen und der Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen trage auch die Kennzeichnung regionaler Lebensmittel bei.

Großes Themenspektrum

Neben der Eröffnungsveranstaltung bot das Zukunftsforum ein umfangreiches und vielfältiges Themenspektrum mit insgesamt 23 Begleitveranstaltungen, die von der ärztlichen Versorgung und der Innenentwicklung ländlicher Gemeinden über die Daseinsvorsorge und die Beteiligung der Landjugend bis hin zur Biodiversitätsforschung, zum Standortfaktor Familienfreundlichkeit und dem kulturellen Handeln auf dem Land reichten.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund führte zwei Veranstaltungen mit verschiedenen Kooperationspartnern durch. Auf der Veranstaltung „Ländlicher Raum als Labor. Bürger und Kommunen gestalten Zukunft“ stellte der DStGB gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, dem Deutschen Landkreistag und der Deutschen Vernetzungsstelle für ländliche Räume Projekte vor, in denen Bürgerinnen und Bürger mit ihren Kommunen neue Formen der Zusammenarbeit praktizieren.

(Fortsetzung auf Seite 4)

„Bayerntourismus weiter auf Rekordkurs“

Die Rekordmarken vergangener Tourismusjahre sind zum Greifen nah. Die aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes für den Zeitraum Januar bis November 2012 deuten darauf hin, dass 2012 ein großartiges Tourismusjahr war. Die Zahl der Gästeankünfte liegt um rund 700.000 unter dem Rekordwert für das Gesamtjahr 2011. Bei den Gästeübernachtungen fehlen knapp über zwei Millionen, um den Endstand des Jahres 2011 zu erreichen.

Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Martin Zeil kommentiert die Zahlen des Statistischen Landesamts mit großer Zufriedenheit: „Der Tourismus im Freistaat boomt und zeigt sich 2012 von seiner besten Seite. Bei den Gästeankünften stehen die Zeichen gut, um das Allzeithoch des Jahres 2011 einzustellen und einen neuen Rekord zu erzielen. Bei der Zahl der Übernachtungen bleibt es spannend, ob wir die bis heute gültigen Bestmarken der Jahre 1991 und 1992 (mit knapp über 82 Millionen bzw. rund 81,5 Millionen Übernachtungen) erreichen können. Wenn sich die Dezemberzahlen auf Vorjahresniveau bewegen, werden wir bei Ankünften und Übernachtungen neue Spitzenwerte aufstellen“, erklärt Zeil.

Für die Monate Januar bis November 2012 weist die amtliche Statistik mit 29,1 Millionen Gästeankünften ein Plus von 4,6 Prozent und mit 78,8 Millionen Gästeübernachtungen einen Zuwachs von 4,0 Prozent gegenüber dem Ergebnis vor Jahresfrist aus. Alle Betriebsarten im Bayerntourismus profitieren von diesem Wachstum ebenso wie alle Destinationsgrößen in den verschiedenen Landesteilen Bayerns.

Die weiß-blaue Hotellerie verzeichnet mit 23,9 Millionen Ankünften und 53,9 Millionen Übernachtungen im Zeitraum von Januar bis November deutliche Zuwächse von 4,7 Prozent beziehungsweise 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Einen starken Aufwärtstrend verzeichnet auch der Campingtourismus in Bayern. 1,4 Millionen Ankünfte und 4,6 Millionen Übernachtungen bedeuten ein Plus von 9,2 Prozent und 7,9 Prozent gegenüber dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Wachstumsraten im Campingtourismus sind damit praktisch doppelt so hoch wie die gesamtbayerischen Zuwachsraten bei Gästeankünften und -übernachtungen. Auch die bayerischen Heilbäder verbuchen in den ersten elf Monaten 2012 Zuwächse. Mit 4,3 Millionen Ankünften schneiden sie um 4,9 Prozent besser ab als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres und generieren damit ein Aufkommen von 21,0 Millionen Übernachtungen (+ 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert). Nachhaltig positiv entwickelt sich weiterhin Bayerns Städtetourismus, der mit 3,7 Prozent mehr Ankünften und fünf Prozent mehr Übernachtungen zur Erfolgsbilanz beiträgt.

Gute Wachstumsraten bei Luftkurorten

Sehr gute Wachstumsraten verzeichnen auch die bayerischen Luftkurorte und Erholungsorte mit 5,5 Millionen Gästeankünften (+ 5,7 Prozent) und 19,3 Millionen Übernachtungen (+ 4,8 Prozent). Bayerns kleinere Gemeinden unter 100.000 Einwohnern erzielten ein Plus von 5,1 Prozent bei den Gästeankünften und 3,7 Prozent bei den Gästeübernachtungen. Die erfolgreiche Entwicklung in den kleineren Gemeinden, den Luftkurorten und Erholungsorten und im Campingtourismus belegt, dass sich das Wachstum im Bayerntourismus nicht allein auf die Städte konzentriert, sondern auch in der Fläche Bayerns durchschlägt. Der Tourismus ist damit ein Konjunkturmotor für alle Regionen im Freistaat. Besonders der Ländliche Raum profitiert vom Tourismus als Garant für Arbeitsplätze, Einkommen und gute Zukunftsperspektiven. ❐

Kostentreiber...

(Fortsetzung von Seite 1)
satz fordert die GEMA die Gemeinde auf, künftig Veranstaltungen mit Musik rechtzeitig bei ihr anzumelden.

„Ist die GEMA neuerdings auch eine Brauchtumsgenehmigungsbehörde? Dürfen künftig Maibäume nur noch nach ausdrücklicher Einwilligung der GEMA aufgestellt werden?“ fragte Brandl. „Dass die GEMA nicht gerade ein Sympathieträger ist und von den Gemeinden als geldgieriger Pedant empfunden wird, hat sie sich nicht zuletzt durch solche Kundenbehandlung zuzuschreiben. Dass den Musikschaffenden ein Entgelt für die Verwendung ihrer Werke zusteht, steht außer Frage. Beschämend ist jedoch, dass die GEMA derart unverschämt auf die Nutzer der Musik zugeht, dass es einem die Zornesröte ins Gesicht treibt.“

Brandl rief die musikschaffenden Künstler auf, die GEMA als ihr Inkassobüro zur Mäßigung im Umgang mit ihren Kunden anzuhalten. An die GEMA gerichtet sagte Brandl: „Für die Durchführung von Brauchtumsveranstaltungen in unseren Gemeinden und Städten brauchen wir keine Einwilligung der GEMA. Wir werden eine solche auch weiterhin nicht einholen. Musikveranstaltungen werden vorab gemeldet; darüber hinaus gehende Genehmigungspflichten bestehen nicht.“ Der GEMA empfahl Brandl, ihr Auftreten gegenüber Kunden zu überdenken. „Stil und Auftreten wie zur Kaiserzeit sind heutzutage nicht mehr gefragt!“

Transparenz

Abgelehnt wird vom Bayerischen Gemeindetag auch der Gesetzentwurf für ein Bayerisches Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz. „In Bayern herrscht bereits nach geltender Gesetzeslage größtmögliche Transparenz des Verwaltungshandelns auf kommunaler Ebene. Ein neues Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz könnte deshalb die schon jetzt vorhandenen Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, an sie interessierende Informationen zu gelangen, allenfalls marginal erweitern. Unnötige neue Gesetze brauchen wir nicht“, machte der Präsident deutlich.

Seine Meinung begründete er damit, dass Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte durch den Gemeinderat/Stadtrat und durch den 1. Bürgermeister/Oberbürgermeister verwaltet werden (Art. 29 GO). Der Gemeinderat entscheide in öffentlicher Sitzung. Jedermann könne sich somit über die dort zu treffenden Verwaltungsentscheidungen unmittelbar informieren. Soweit eine Angelegenheit der Beschlussfassung in nicht-öffentlicher Sitzung vorbehalten ist, könne auch ein Informationsfreiheitsgesetz diese gesetzliche Hürde nicht überspringen.

Darüber hinaus seien die Bürgermeister das zweite Verwaltungsorgan. Soweit deren Zuständigkeitsbereich berührt ist, hätten die Bürger während der Amtsstunden oder in Bürgermeistersprechstunden ebenfalls unmittelbaren Zugang zu für sie interessanten Informationen. Zudem hätten sie gemäß Art. 18 GO das gesetzlich verankerte Recht, in Bürgerversammlungen mitzuberaten. Nicht übersehen werden sollten in diesem Zusammenhang laut Brandl – und dies gilt für staatliche und kommunale Behörden in gleicher Weise – die weitgehenden Informationsrechte aus dem Umweltinformationsgesetz und dem Verbraucherschutzgesetz. **DK**

Räume vital..

(Fortsetzung von Seite 3)
Es wurde gezeigt, dass ländliche Räume innovativ sind, wenn es darum geht, dezentral und bedarfsgerecht auf Herausforderungen wie den demografischen Wandel zu antworten. Ob es um familienfreundliche Lebens-, Arbeits- oder Einkaufsmöglichkeiten oder die zukünftige Energieversorgung geht: Kommunen, Bürgerschaft und alle weiteren Akteure müssen an einem Strang ziehen.

So retten beispielsweise Bürgerinnen und Bürger in Nörten-Hardenberg ihr Hallenbad, erschließen in Feldheim (Treuenbrietzen) in Brandenburg die Bürger zusammen mit der Gemeinde Potenziale der erneuerbaren Energien, haben in Nordfriesland Bürger, Unternehmen und Kommunen eine Genossenschaft gegründet, um Mobilität mit erneuerbaren Energien zu fördern und entwickelten in Battenberg im Ederbergland Bürger und Stadt Projekte für die „Zukunftssicherung Battenberg“.

Flächenverfügbarkeit als Standortfaktor

Die Veranstaltung „Fläche als Standortfaktor – Ansprüche, Konflikte, Lösungen“ hatte zum Ziel, die Verfügbarkeit von Fläche als Standortfaktor herauszustellen. Bei der Veranstaltung wurden die verschiedenen Ansprüche an die Fläche thematisiert, um das Spannungsfeld zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Produktion sowie urbaner Entwicklung und Natur- und Landschaftsschutz zu verdeutlichen. Im Anschluss daran wurden Möglichkeiten eines Konflikte verhindernden, nachhaltigen Flächenmanagements diskutiert.

Das Zukunftsforum stand im engen Zusammenhang mit der neuen Gemeinschaftsschau „Lust aufs Land – gemeinsam für die ländlichen Räume“, die die Vielfalt der ländlichen Regionen, ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort sowie ihre Leistungen für die Gesellschaft darstellte. Dort waren Elemente eines typischen Dorfbildes mit Marktplatz, Kirche, Gasthaus, Dorfladen und Landwirtschaft zu sehen. Bei der Deutschen Vernetzungsstelle für Ländliche Räume (DVS) konnte man sich über die Energiegewinnung auf dem Dorf, Vulkane in der Eifel, Bio-Höfe in Brandenburg, den demographischen Wandel und seine Folgen informieren. **DK**

Klares inhaltliches...

(Fortsetzung von Seite 1)
Entbürokratisierung und der Steuergerechtigkeit dienen, waren dagegen einvernehmlich zwischen Bund und Ländern ausgehandelt worden. Da der Bundestag den Vorschlag Mitte Januar 2013 nun insgesamt abgelehnt hat, werden weder die einvernehmlichen Teile des Jahressteuergesetzes noch die strittige steuerliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit dem Ehegattensplitting in Kraft treten. Am 1. Februar muss der Bundesrat nun erneut über das Jahressteuergesetz 2013 in seiner ursprünglichen Fassung abstimmen.

Wertschöpfung in Region

Rößle informierte darüber, dass unter anderem ein Änderungsantrag zur Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags auch für PV-Anlagen eingebracht wurde. Zur Erhöhung der Akzeptanz des Ausbaus erneuerbarer Energien und zur Sicherstellung des Verbleibs von Wertschöpfung in den ländlichen Regionen soll der Zerlegungsmaßstab der Gewerbesteuer für Windkraftanlagen auch auf gewerbliche Photovoltaikanlagen (Neuanlagen) übertragen werden, wodurch 70 % in der Standortgemeinde verbleiben sollen. Für Anlagen zur Erzeugung von Windenergie wurde bereits mit dem Jahressteuergesetz 2009 ein besonderer Zerlegungsmaßstab eingeführt. Hier erfolgt gemäß § 29 Absatz 1 Nr. 2 Gewerbesteuergesetz die Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags zu 30 Prozent nach Arbeitslöhnen und zu 70 Prozent nach dem Sachanlagevermögen.

Der Schwerpunkt des operativen Geschäfts eines Energieerzeugers liegt bei der Energieerzeugung und nicht bei der Verwaltung. Nach jetziger Praxis (Ausnahme sind Windkraftanlagen) wird der Gewerbesteuermessbetrag grundsätzlich nach dem Verhältnis der Arbeitslöhne, die den einzelnen Betriebsstätten zuzurechnen sind, zerlegt. Daher erhält diejenige Gemeinde, in der der Energieerzeuger seine für das operative Geschäft ausschlaggebenden Energieanlagen betreibt, mangels zurechenbarer Arbeitslöhne keinen Gewerbesteueranteil; demgegenüber fließt diese Steuer vollumfänglich in die Sitzgemeinde, in der lediglich die Energieerzeugung verwaltet wird. Damit fehlt jeder wirtschaftliche Anreiz für die Standortgemeinden, die aus der Errichtung von Erneuerbaren-Energien-Anlagen folgenden Beeinträchtigungen etwa des Orts- und Landschaftsbildes auf sich zu nehmen.

Nach Rößles Auffassung ist die Energiewende eines der wichtigsten Projekte der Gegenwart und der Zukunft für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende sieht er auch Handlungsbedarf bei der Beteiligung der Gemeinden an der Wertschöpfung. Ohne die Bereitschaft der Standortkommunen, neue Standorte für Erneuerbare-Energien-Anlagen auszuweisen, sei die Energiewende schlicht nicht umsetzbar.

Hierzu seien freilich die entsprechenden bundes- und landesgesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Netzbetrieb, die Speicherung von Strom, eine noch deutlich höhere Energieeinsparung, eine Steigerung der Energieeffizienz, die Versorgungssicherheit und auch bezahlbare Preise gewährleistet sind.

Das Gelingen der Energiewende werde auch davon abhängen, inwieweit die Bürger vor Ort entsprechende Projekte mit tragen, betonte der Vorsitzende. Dazu sei es notwendig, dass die Bürger die Möglichkeit haben, zum Beispiel als Betreiber oder als Mitglied einer Genossenschaft von Energieeinspeisungen oder Energieeinsparungen zu profitieren.

Die Akzeptanz der Einwohner werde aber auch steigen, wenn auf Gemeindegebiet Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien errichtet werden und die Kommune durch Steuereinnahmen profitiert, machte Rößle deutlich. „Dies gilt insbesondere für Windkraft und Photovoltaikanlagen.“ **DK**

Stabwechsel in...

(Fortsetzung von Seite 1)
Jahren 2004 und 2011 sowie die Neuregelung der Generalsanierung bei Schulen.

Auf der Ebene des Landkreistags habe Johannes Reile ebenfalls viel bewirkt, führte Kreidl weiter aus. „Als kundiger, vorausblickender und umsichtiger Macher bautest Du den Landkreistag als Servicestelle für die 71 bayerischen Landräte und ihre Landkreise aus.“ Während Reiles Amtszeit wurde die Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags in der Kardinal-Döpfner-Straße grundlegend renoviert und energetisch auf den neuesten Stand gebracht. Das Ergebnis könne sich sehen lassen. „Architektonisch und energetisch ist das neu benannte ‚Haus der bayerischen Landkreise’ ein Musterbeispiel einer gelungenen Renovierung.“

Sozialkompetenz

Als vielseitiger und bescheidener Mensch mit hoher Sozialkompetenz habe Johannes Reile das Wohl des Landkreistags in den Mittelpunkt gestellt. Dafür bedankte sich Präsident Kreidl im Namen aller Mitarbeiter aufs Herzlichste.

Mit Blick auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Geschäftsführer Dr. Johann Keller erklärte Kreidl: „Schon jetzt kennen Sie die Arbeit eines kommunalen Spitzenverbandes. Ich bin mir daher sicher, dass wir gemeinsam erfolgreich die Zukunft der Landkreise gestalten werden.“ Keller war zunächst von 1979 bis 1983 als Beamter des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes bei der Regierung von Oberbayern und beim Landratsamt Dachau beschäftigt. In dieser Zeit hat er nebenbei Jura studiert. Sein Examen eröffnete ihm die Möglichkeit, als Richter am Verwaltungsgericht und in der Kommunalabteilung des Innenministeriums zu arbeiten. „Keller kennt das Verbandsgeschäft aus dem ff, da er zuletzt mehr als 20 Jahre beim Gemeindetag in verantwortungsvoller Position tätig war.“

Für die drei Schwesterverbände des Bayerischen Landkreistages sowie für die Geschäftsführer der Kommunalen Spitzenverbände sprach das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Verbandes der bayerischen Bezirke, Norbert Kraxenberger, ein Grußwort. Er bedankte sich für die beispielhaft gute, vertrauensvolle und verlässliche Zusammenarbeit.

Zwar sei Johannes Reile stets ein überzeugter, argumentationsstarker und engagierter Anwalt der Sache der bayerischen Landkreise gewesen - „dennoch war er auch bereit, auf Gegenargumente zu hören, sie abzuwägen, sie ernst zu nehmen“. Das scharfe, verletzende Wort sei seine Sache ebenso wenig wie der Theaterdonner. Für ihn zähle stets das Argument, nicht die Lautstärke. „Das Maß aller Dinge ist für Johannes Reile nicht die schnelle Schlagzeile, sondern ein nachhaltiges, belastbares Ergebnis. Er selbst blieb dabei bescheiden eher im Hintergrund als in der allerersten Reihe“, hob Kraxenberger hervor und ergänzte: „Johannes Reile ist authentisch, mit sich und der Welt im Reinen. Das spüren die Menschen und suchen das Gespräch und den Kontakt mit ihm. Seine vielen Kontakte, Verbindungen und Beziehungen, nicht zuletzt auch zum Kommunalministerium, haben allen kommunalen Spitzenverbänden genutzt.“

Für die nun „neue wunderbare Aufgabe und Herausforderung als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages“ wünschte Kraxenberger Johann Keller „alles Gute, viel Erfolg und das stets notwendige Quäntchen Glück“. „Wir freuen uns auf eine hoffentlich ebenso gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dazu reichen wir die Hand. Denn nur gemeinsam sind wir stark!“

Wie Kommunalminister Joachim Herrmann in seiner Festrede darlegte, liege ihm eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit von Staat und Kommunen seit jeher am Herzen. Nur so seien die derzeitigen großen Herausforderungen zu meistern. „Die kommunale Seite in alle wichtigen Entscheidungsprozesse einzubinden und über einen lebendigen Meinungs-, Erfahrungs- und Ideenaustausch ein partnerschaftliches Miteinander zu erreichen, ist deshalb das A und O“, folgerte Herrmann.

Den Landratsämtern mit ihren Landrätinnen und Landräten an der Spitze komme hierbei eine sehr wichtige Rolle zu. Sie seien nicht nur Kreisbehörde und damit Behörde für den Vollzug der Selbstverwaltungsaufgaben der Kreise, sondern auch untere staatliche Verwaltungsbehörde. Dadurch ergänzten sich kommunale Selbstverwaltung und Staatsverwaltung optimal. Die kommunale Seite gewinne den Blick für die gesamtstaatliche Verantwortung und die staatliche Seite gewinne das nötige Verständnis für die kommunale Selbstverwaltung und die Belange der Bürger vor Ort.

Gerade die zentralen Schnittstellen müssten mit kompetenten, verantwortungsbewussten und erfahrenen Persönlichkeiten besetzt werden; Persönlichkeiten, die Integrationsfähigkeit besitzen und auch über das notwendige Durchsetzungsvermögen verfügen, um für die Interessen der Mitglieder einzustehen, fuhr Herrmann fort. Johannes Reile sei nicht nur als Fachmann besonders geschätzt gewesen. „Sie konnten auch schon früh Ihre großen Fähigkeiten bei Querschnittsaufgaben und höchst verantwortungsvollen Führungsfunktionen unter Beweis stellen. Dabei zeigten Sie jeweils die menschlichen Qualitäten, die man hier braucht. Dank Ihrer freundlichen, humorvollen, ausgeglichenen Art und Ihrer ausgeprägten Sozialkompetenz durften Sie sich bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stets größter Beliebtheit erfreuen.“

Managementqualitäten

Alle beruflichen Stationen habe Reile „stets mit Bravour“ gemeistert. Er sei auch genau der „richtige Mann“ gewesen, um die zentrale geschäftsführende Position im Landkreistag auszufüllen. Hier seien echte Managementqualitäten ebenso gefragt wie solide Fachkenntnisse und Geschick im persönlichen Umgang mit den zahllosen Partnern. Herrmann: „Es gilt nicht nur, zu koordinieren und zu beraten, sondern auch künftige Entwicklungen in der kommunalen Familie früh zu erkennen und entsprechend mitzusteuern. Das ist Ihnen stets großartig gelungen.“ Für die staatliche Verwaltung sei Johannes Reile immer ein „sehr kompetenter, verlässlicher Ansprechpartner“ gewesen.

Der Minister zeigte sich überzeugt, dass Johann Keller an die gute Tradition seines Vorgängers nahtlos anknüpfen werde. Als erfahrener „Kommunalrechtler“ habe er sein Geschäft „von der Pike auf“ gelernt.

Herrmanns abschließender Appell: „Lassen Sie uns die bewährte Linie auch in Zukunft kontinuierlich fortsetzen – im Interesse unserer Kommunen und unseres gesamten Gemeinwesens! 2013 und 2014 werden uns im Hinblick auf die auf allen Ebenen stattfindenden Wahlen vor wichtige Herausforderungen stellen. Ich bin mir sicher, dass wir die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam mit Bravour meistern werden.“ **DK**

Bundeskongress in Berlin:

„Energiewende - dezentral und genossenschaftlich“

Auf Einladung des DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. - trafen sich in Berlin rund 500 Vertreter von Energiegenossenschaften und anderen Bürgerenergieprojekten zum Bundeskongress „Energiewende – dezentral und genossenschaftlich“, um über ihre Erfahrungen mit Genossenschaften im Bereich der Erneuerbaren Energien zu diskutieren. Als Hauptredner betonte Bundesumweltminister Peter Altmaier die Aktualität des Genossenschaftsgedankens und seine Bedeutung für die Energiewende.

Genossenschaften zeigen Altmaier zufolge, wie die Energiewende als Gesellschaftsaufgabe gelingen kann. Durch Genossenschaften könnten Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen gemeinsame Lösungen im Energiebereich entwickeln und damit den Ausbau der erneuerbaren Energien und gleichzeitig die Steigerung der regionalen Wertschöpfung voranbringen.

Engagierte Bürger

Wie Altmaier betonte, hat sich innerhalb nur einer Dekade die Zahl der Energiegenossenschaften verzehnfacht, und ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen. In Deutschland gibt es aktuell mehr als 650 Genossenschaften im Bereich der erneuerbaren Energien mit über 80.000 engagierten Bürgern, die viel Engagement, Zeit und Geld in erneuerbare Energien investiert haben.

Vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung

Die Möglichkeiten der Beteiligung sind vielfältig. Einige Genossenschaften bieten schon mit relativ geringen Beiträgen eine Mitgliedschaft an. Eine Beteiligung ist oftmals unter 100 Euro pro Anteil möglich. Mehr als 90 Prozent der Mitglieder der Genossenschaften sind Privatpersonen. Durch diese Möglichkeit der Mitbestimmung werden komplexe Prozesse transparenter, unabhängiger und überschaubar. Der Bürger wird vom Konsumenten zum Produzenten. Vielerorts haben Bürgerinnen und Bürger die Initiative selbst ergriffen und eigenständig investiert: in Bürgerwindparks, in die Biogasanlage auf dem Hof oder die Photovoltaikanlage auf dem eigenen Dach.

Grundstein und Motor

Genossenschaften, so der Minister, können den Grundstein für eine energiepolitische Selbstbestimmung liefern. Durch die Einbindung regional ansässiger Unternehmen seien Energiegenossenschaften zudem ein Motor für die lokale und regionale Wertschöpfung. Sie seien der Arbeitgeber vor Ort, der Aufträge größtenteils an benachbarte Unternehmen vergibt. Mit dem Vorstand und einem Aufsichtsrat stehe der Genossenschaft ein professioneller Leitungs- und Kontrollmechanismus zur Verfügung, der in der Regel nicht die kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern die Idee eines nachhaltigen Wachsens verfolgt. So entstünden neue Arbeitsplätze und die Gewinne blieben überwiegend in der Region. Zusätzlich profitierten die Kommunen durch Steuereinkünfte.

Bürgerdividende

Der Genossenschaftsgedanke lässt sich laut Altmaier von der Stromerzeugung auch auf andere Bereiche übertragen, beispielsweise auf die Sektoren Wärme und Verkehr, auf die Energieeffizienz und den Netzausbau. „Dadurch wird auch mein Vorschlag einer Bürgerdividende beim Netzausbau unterstützt, der auf eine Beteiligung betroffener Bürger am Bau neuer Stromleitungen abzielt.“ ❐

Weiterentwicklung des Mehrwertsteuersystems:

Staatsregierung begrüßt Initiativen der EU-Kommission

Wie Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer beim Parlamentarischen Abend in Brüssel zum Thema „Mehrwertsteuerreform für den Binnenmarkt“ betonte, begrüßt die Bayerische Staatsregierung die Initiativen der Europäischen Kommission zur Weiterentwicklung des Mehrwertsteuersystems für den europäischen Binnenmarkt. „Sie unterstützt die Zielrichtung der EU-Kommission, das Mehrwertsteuersystem der Zukunft noch einfacher, effizienter und robuster zu gestalten. Damit werden auch Handelshürden im Binnenmarkt abgebaut und die Wettbewerbsgerechtigkeit des Mehrwertsteuersystems verbessert“, erläuterte Pschierer.

Die Mehrwertsteuer sei, so Pschierer, eine der tragenden Säulen der öffentlichen Haushalte auf europäischer und nationaler Ebene. Es sei deshalb außerordentlich wichtig, das Mehrwertsteuersystem und damit die Steuereinnahmen zu stabilisieren. Gleichzeitig müsse die Durchführung des Besteuerungsverfahrens für Wirtschaft und Finanzverwaltung einfacher und effizienter werden.

Konstruktive Begleitung

Die derzeit geltenden mehrwertsteuerlichen Regelungen des Massenverfahrens der Umsatzbesteuerung funktionierten in Wirtschaft und Finanzverwaltung weitgehend reibungslos. Gleichwohl gebe es Anlass und Möglichkeiten, die Sicherstellung der Besteuerung, die Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens und die Verhinderung von Missbrauch auch im grenzüberschreitenden Verkehr noch zu verbessern.

„Die Bayerische Staatsregierung wird die Arbeiten der Europäischen Kommission am Mehrwertsteuersystem weiter konstruktiv begleiten“, versicherte Staatssekretär Pschierer. ❐

Bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken:

Höchste Vergabe von Immobilienkrediten seit zehn Jahren

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken verzeichneten bei der Vergabe von Immobilienkrediten 2012 das stärkste Wachstum seit über zehn Jahren. Unter den Mitgliedsbanken des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) stiegen die Ausleihungen für den Wohnungsbau um 2,3 auf 37,9 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Zuwachs von 6,5 Prozent. Im Vorjahr verzeichneten die Kreditgenossenschaften ein Plus von 5,2 Prozent.

Wichtiger Beitrag zur Schaffung von Wohnraum

Sowohl in den Ballungsräumen als auch in den ländlichen Regionen konnten sie das Kreditgeschäft im Jahr 2012 ausweiten. „Mit der Kreditvergabe leisten die Genossenschaftsbanken im Freistaat einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Wohnraum“, hält GVB-Präsident Stephan Götzl fest.

Erheblicher Investitionsbedarf und hohe Nachfrage

Die schwache Bautätigkeit im vergangenen Jahrzehnt hat heute Wohnraumknappheit und steigende Mietpreise zur Folge. Obwohl sich die Zahl der fertiggestellten Wohnungen zuletzt wieder etwas erholt, liegt sie nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Es besteht weiterhin erheblicher Investitionsbedarf. Götzl: „Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken rechnen deshalb auch für 2013 mit einer anhaltend hohen Nachfrage nach Immobilienkrediten.“

2,7 Millionen Mitglieder

Der GVB vereint unter seinem Dach 1.237 genossenschaftliche Unternehmen mit etwa 2,7 Millionen Mitgliedern. Dazu zählen 292 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 945 ländliche und gewerbliche Genossenschaften. ❐

Bestand an Wohnungsbaukrediten der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken in Mrd. Euro

	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
2012	14,6	4,3	3,5	2,4	3,4	3,3	6,4
2011	13,4	4,1	3,3	2,3	3,2	3,2	6,1
Veränderung in %	8,3	5,0	6,6	4,3	5,3	3,9	6,1

Bayerische Landesbausparkasse:

Gestärktes Geschäftsmodell

Als „Bausparkasse der Sparkassen“ tritt die Bayerische Landesbausparkasse im Markt schon lange auf. Seit dem 1. Januar 2013 gehört sie auch den Sparkassen. Zum Jahreswechsel ist der Verkauf der LBS von der BayernLB an die bayerischen Sparkassen für einen Preis von 818,3 Millionen Euro wirksam geworden. Im Interview mit der Bayerischen GemeindeZeitung äußert sich der Vorstandsvorsitzende der LBS Bayern, Dr. Franz Wirnhier, über die Zusammenarbeit mit den Sparkassen, den Bausparboom und die Perspektiven seines Unternehmens.

GZ: Nach 41 Jahren unter dem Dach der Landesbank ist die LBS Bayern nun selbstständig. Was bedeutet dieser Schritt für Ihr Unternehmen?

Wirnhier: *Der Erwerb durch die Sparkassen stärkt das Geschäftsmodell der LBS. Unser Hauptvertriebspartner investiert in uns. Wir sind künftig in jeder Hinsicht die Bausparkasse der Sparkassen. Das vertieft die Bindung unserer Kunden an unsere Organisation. Das unterstreicht die enge Verbundenheit der Sparkassen mit ihrer LBS. Und es ist ein großer Vertrauensbeweis für die Mitarbeiter der LBS. Wir sind stolz auf die Wertschätzung, die uns die Verwaltungsräte und Vorstände der bayerischen Sparkassen entgegenbringen. Unsere Zukunft als eigenständiges Unternehmen gestalten wir bereits und bauen in der LBS die eigene Kompetenz aus. Unter anderem werden wir künftig Bankkaufleute ausbilden und ein Trainee-Programm anbieten.*

GZ: Was wird sich nun für die LBS ändern?

Wirnhier: *Unsere Verbindung zu den Sparkassen, die schon immer ausgezeichnet war, wird noch enger. Die Sparkassen haben künftig als alleinige Eigentümer auch ein nachhaltiges unternehmerisches Interesse an der Vertriebsstärke und Ertragskraft ihrer Bausparkasse. Das erfolgreiche Geschäftsmodell der LBS und unser gemeinsames erfolgreiches Wirken mit den Sparkassen sollen mit größtmöglicher Kontinuität fortgesetzt werden. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt: Es ist zusammengewachsen, was zusammen gehört.*

GZ: Welche Bedeutung hat die Zusammenarbeit mit den Sparkassen für die Landesbausparkasse?

Wirnhier: *Die Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen ist die Grundlage unserer Marktführerschaft im Bausparen in Bayern. Über 80 Prozent des Neugeschäfts, das 2012 mit 8,4 Milliarden Euro den höchsten Wert in der Geschichte der LBS Bayern erreichte, vermitteln die bayerischen Sparkassen.*

Die LBS-Handelsvertreter im eigenen Außendienst und in unserer integrierten Marktbearbeitung profitieren vor Ort nachhaltig vom Miteinander mit den örtlichen Sparkassen, an dem diese nun noch mehr Interesse haben werden. Die enge und sehr vertriebsorientierte Verbundpartnerschaft mit den Sparkassen ist unser Erfolgsmodell.

GZ: Wie sehen Sie Ihre Rolle als Verbundpartner?

Wirnhier: *Innerhalb der Sparkassenorganisation sind wir der Spezialist für Erwerb und Erhalt von Wohnimmobilien. Die bayerischen Sparkassen betrachten den LBS-Bausparvertrag als ihr ureigenes Produkt und honorieren unsere umfassende Vertriebsunterstützung, die maßgeschneidert auf ihre Bedürfnisse eingeht.*

Auch die Kommunen, die Eigentümer der Sparkassen, haben ein positives Bild von der LBS. Die Bayerische Staatsregierung sieht in uns einen wichtigen Partner bei der Förderung des Wohneigentums im Freistaat und weiß unser gesellschaftliches Engagement zu schätzen. Kurzum: Unsere Verankerung in der bayerischen Sparkassenorganisation wird nun noch weiter gefestigt.

GZ: Sie haben gerade den dritten Neugeschäftsrekord in Folge aufgestellt. Wie bewerten Sie die Perspektiven?

Wirnhier: *Die Rahmenbedingungen für unser Geschäft bleiben gut. Wohnimmobilien und Bausparen genießen nach wie vor eine riesige Wertschätzung. Wir haben ausgezeichnete Produkte und verfügen im Zusammenspiel mit den Sparkassen, mit dem LBS-Außendienst und unserer integrierten Marktbearbeitung über eine große Vertriebskraft. Darauf wollen wir aufbauen, um noch mehr Kunden für uns zu gewinnen. Wir waren, sind und bleiben die Bausparkasse der Sparkassen und können voller Optimismus in die Zukunft blicken.* ❐

Der Vorstandsvorsitzende der LBS Bayern, Dr. Franz Wirnhier (rechts) gemeinsam mit dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner. ❐

Zuteilungen 2012:

2,5 Milliarden Euro für Wohneigentum in Bayern

Höchste Zuteilungssumme der LBS im Freistaat seit 1998

79.922 Bausparverträge hat die LBS Bayern im Jahr 2012 zugeteilt. Die Bausparsumme dieser Verträge lag bei 2,5 Milliarden Euro, die in den Bau, den Kauf oder die Renovierung von Wohneigentum in Bayern investiert werden.

Während die Zahl der zugeteilten Verträge gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent sank, stieg die Summe um 6,6 Prozent und erreichte den höchsten Wert seit dem Jahr 1998. Während damals die durchschnittliche Bausparsumme pro zugeteiltem Vertrag bei 16.584 Euro lag, betrug dieser Wert im vergangenen Jahr 31.194 Euro (+ 9,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr).

In der deutlich gestiegenen Summe pro zugeteiltem Vertrag spiegelt sich wider, dass viele Bausparverträge bereits beim Abschluss mit konkreten Finanzierungsvorhaben verbunden sind und das Bausparen im Rahmen von Immobilienfinanzierungen eine zunehmende Bedeutung einnimmt.

Einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest zufolge nutzt fast jeder zweite Bayer (46 Prozent), der auf einen Wohneigentumserwerb hin spart, einen Bausparvertrag dafür, so die Landesbausparkasse. ❐

Von rechts: Manfred Kuhn, Auditor TÜV Saarland, bestätigt die TÜV-geprüfte Qualität der Stadtsparkasse Augsburg. Das freut Vorstandsmitglied Cornelia Kollmer (Mitte) und Jürgen Fuchs, Abteilungsdirektor Immobilien und Baufinanzierung. ❐

Stadtsparkasse Augsburg:

Beste Beratungsqualität

Top Beratung bei der Baufinanzierung – das genießen die Kunden der Stadtsparkasse Augsburg und das wurde dem Geldinstitut nun zum wiederholten Male von unabhängiger Seite bestätigt. Der TÜV Saarland erneuerte nach 2010 das Siegel „geprüfte Kundenberatung Baufinanzierung“.

Das Siegel bescheinigt der Sparkasse eine verständliche, umfangreiche und dabei doch übersichtliche Information seiner Kunden. Vorstandsmitglied Cornelia Kollmer: „Konditionen stellen wir offen und transparent dar, versteckte oder zusätzliche Gebühren gibt es bei uns nicht.“

Beratung wird groß geschrieben und endet nicht nach der Zinsfestschreibung. Die Stadtsparkasse Augsburg versteht sich als fairer und verlässlicher Partner vom ersten Beratungsgespräch bis zur kompletten Rückzahlung des Darlehens. Bei Finanzierungskonzepten stehen die Bedürfnisse der Kunden an erster Stelle. Dazu zählt z. B. eine umfangreiche Beratung zur Risikoabsicherung, sei es die persönliche Absicherung bei Arbeitslosigkeit oder -unfähigkeit oder die Objektabsicherung. Auch das Einbeziehen öffentlicher Fördermittel in Finanzierungskonzepte ist dabei selbstverständlich. Fachlich versierte und hochmotivierte Berater richten ihre Termine nach den Kundenwünschen aus.

Geballte Kompetenz rund um die Immobilie: So verwundert es auch nicht, dass die Stadtsparkasse Augsburg als größter Immobilienmakler in Bayern im vergangenen Jahr über 450 Immobilien vermittelte. Auch hier ist das Geldinstitut top. ❐

DSGV-Präsident Fahrenschon:

Bei Beratungsregulierung „den Bogen überspannt“

Bei der Vielzahl von neuen Regelungen für die Kundenberatung wie zum Beispiel die MiFID-Richtlinie, das Beratungsprotokoll, das Produktinformationsblatt und das neue Berater- und Beschwerderegister sieht Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) „den Bogen überspannt“. „Das Übermaß an Bürokratie sowie der Generalverdacht gegen Wertpapierberater sind dazu geeignet, der Wertpapierkultur hierzulande einen schweren Schlag zu versetzen“, sagte Fahrenschon.

Gleichzeitig drohe Deutschland eine Zwei-Klassengesellschaft bei der Anlage- und Wertpapierberatung, wenn man weiterhin Tag für Tag das Modell der Honorarberatung propagiere. Dabei werde verschwiegen, dass Honorarberatung nur etwas für Wohlhabende sei. In der breiten Bevölkerung würde die Aufteilung schließlich dazu führen, dass am Ende weniger Beratung in Anspruch genommen würde. Dem Verbraucherschutz in Deutschland würde damit dann „ein Bärendienst“ erwiesen.

Sozial stabilisierend

„Als Sparkassen wollen wir nicht, dass in Deutschland eine Situation entsteht, bei der die öffentliche Hand einkommensschwachen Menschen so etwas wie ‚Beratungskostenzuschüsse‘ - ähnlich der Prozesskostenzuschüsse vor Gericht - bewilligen muss, damit wirklich alle Kunden sich Beratung leisten können“, so Fahrenschon. Die kostenlose Beratung, wie sie Sparkassen und Volksbanken anbieten, sei sozial stabilisierend und müsse als solche auch erhalten bleiben.

Fahrenschon forderte darüber hinaus, die Bankenregulierung stärker zu differenzieren. Zuerst müssten diejenigen Marktakteure reguliert werden, die das größte Risiko darstellten, bevor man sich über die Regulierung von kleinen und mittleren Kreditinstituten Gedanken mache. Statt eines „Maßanzuges für stabiles Wirtschaftswachstum und gute Kundenberatung“ habe die Politik in den vergangenen Jahren eine „Zwangsjacke für mittelständische Kreditinstitute“ geknüpft.

Falscher Zuschnitt

Den „falschen Zuschnitt“ bei der Bankenregulierung machte Fahrenschon an drei Punkten fest: an der mangelnden Betrachtung der Neben- und Wechselwirkungen der einzelnen Regulierungsvorhaben, an der unzureichenden Differenzierung nach unterschiedlichen Geschäftsmodellen der verschiedenen Marktteilnehmer und an der Tatsache, dass bevorzugt solche Regulierungsvorhaben in Angriff genommen würden, die am schnellsten umgesetzt werden könnten - und abhängig davon, ob hier auch die größten Risiken lauerten.

Bedenkliche Reihenfolge

Dies gelte besonders für Fragen der Schattenbankenregulierung, bei der ein konzertiertes, internationales Vorgehen notwendig ist. Dass man in Brüssel erst fünf Jahre nach Beginn der Finanzmarktkrise einen Richtlinienentwurf zur Schattenbankenregulierung vorgelegt habe, hielt Fahrenschon für eine bedenkliche Reihenfolge angesichts der Risiken, die von diesem Sektor ausgingen. ❐

Konstituierende Sitzung des Aufsichtsgremiums

Theo Zellner führt LBS-Verwaltungsrat

Sparkassen und kommunale Spitzenverbände vertreten

Der Verwaltungsrat der LBS Bayern hat in seiner konstituierenden Sitzung Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Zu seiner Stellvertreterin wurde Marlies Mirbeth, Mitglied des Vorstands der Stadtsparkasse München, bestimmt.

Dem Aufsichtsgremium der Landesbausparkasse, die seit 1. Januar 2013 als eigenständiges Unternehmen im Eigentum der bayerischen Sparkassen besteht, gehören zwölf Mitglieder an. Dazu zählen neben dem Präsidenten des Sparkassenverbands insgesamt acht Sparkassen-Vorstände aus allen Regierungsbezirken sowie jeweils ein Vertreter der drei kommunalen Spitzenverbände.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats der LBS Bayern im Einzelnen:

- Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Vorsitzender
- Marlies Mirbeth, Mitglied des Vorstands der Stadtsparkasse München, stellvertretende Vorsitzende
- Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags (benannt vom Bayerischen Gemeindetag)
- Dr. Peter Buchmann, Vorstandsvorsitzender der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen
- Dr. Ivo Holzinger, Oberbürgermeister der Stadt Memmingen und Verbandspräsident des Sparkassenverbandes Bayern (benannt vom Bayerischen Städtetag)
- Walter Pache, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Günzburg-Krumbach
- Dr. Ulrich Reuter, Landrat des Landkreises Aschaffenburg (benannt vom Bayerischen Landkreistag)
- Peter Schleich, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Ostunterfranken
- Joachim Sommer, Vorstandsvorsitzender der Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen
- Walter Strohmaier, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Niederbayern-Mitte
- Dr. Markus Witt, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Regensburg
- Siegfried Wölki, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Coburg-Lichtenfels. ❐

BayernLabo begibt erfolgreich 500 Mio. Euro Anleihe

Die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) hat eine Euro-Anleihe mit der Laufzeit von zehn Jahren und dem Volumen von 500 Mio. Euro erfolgreich am Markt platziert. Die Vermarktung erfolgte bei einer anfänglichen Preisspanne von Swap-Mitte plus 13 Basispunkten.

Die Transaktion traf auf hohe Investorennachfrage, so dass das Orderbuch nach einer kurzen Vermarktungsperiode bereits die Zielgröße von 500 Millionen Euro erreichte. In Folge dieser starken Nachfrage wurde die Preisspanne auf Swap-Mitte plus 11-12 Basispunkte angepasst und schließlich der Preis bei Swap-Mitte plus 11 Basispunkten festgelegt. Das endgültige Orderbuch vor Allokation war knapp 850 Millionen Euro groß.

Federführung

Die Begebung der Anleihe erfolgte unter der Federführung der BayernLB, DZ Bank, Natixis, NordLB und Unicredit. Die letzte öffentliche Benchmark-Transaktion hatte die BayernLabo im Februar 2012 lanciert.

Der Issue/Reoffer Kurs wurde bei 99,91 Prozent festgelegt woraus sich eine Rendite der Anleihe von 1,885 Prozent ergibt. Die festverzinsliche Anleihe wird am 25. Januar 2023 fällig, die Notierung erfolgt an der Börse München. Die Valutierung der Emission ist für den 25. Januar 2013 vorgesehen. Der Kupon wurde mit 1,875 Prozent festgelegt.

Die BayernLabo wird von der Ratingagentur Standard & Poor’s mit „AAA“ bewertet und damit der höchsten Bonitätsstufe. Zudem haftet der Freistaat Bayern für alle von der BayernLabo aufgenommenen Verbindlichkeiten, unbefristet und unwiderruflich. Damit verfügen die Titel der BayernLabo für Investoren über den gleich hohen Bonitätsstandard wie der Freistaat Bayern.

Erfreulich war die breite internationale Distribution der Emission. So entfielen rund 47 Prozent des sehr granularen Orderbuches, bestehend aus 51 Einzelorders, auf Investoren außerhalb Deutschlands. Skandinavien bildete mit 19 Prozent den größten internationalen Block, gefolgt von der Region Benelux mit 15 Prozent. ❐

Die Auszubildenden des 2. Ausbildungsjahres und Verantwortliche informierten u. a. über den Ablauf der Ausbildung sowie über Karriere- und Weiterbildungschancen. ❐

„Mach den Check 2013“

Angehende Banker informierten sich bei der Stadtsparkasse Augsburg aus erster Hand

Auch heuer fanden sich wieder zahlreiche Interessierte in der Kundenhalle der Augsburger Hauptstelle in der Halderstraße ein, um sich über eine mögliche Ausbildung als Bankkauffrau oder Bankkaufmann ab 2014 zu informieren.

Fast schon traditionell berichteten an diesem Tag die Auszubildenden des 2. Ausbildungsjahres und –verantwortliche darüber, wie die Ausbildung abläuft, welche Karriere- und Weiterbildungschancen es gibt und natürlich, was dafür von den Bewerbern von der Sparkasse erwartet und benötigt wird.

Das von den Azubis selbst gestaltete und organisierte Projekt reizt mit einem Krawattenkurs und einem Gewinnspiel. Natürlich wird auch für das leibliche Wohl gesorgt.

In 2014 werden voraussichtlich 38 Bewerber in den Genuss der TÜV-zertifizierten Premium-Ausbildung der Stadtsparkasse Augsburg kommen. Gute Übernahmechancen und ein krisenfester Arbeitsplatz zeichnen den Beruf des Bankkaufmanns aus. Als größter Ausbilder im Bankenbereich bildet die Sparkasse derzeit 93 Azubis aus.

Alle Informationen rund um Ausbildung und Bewerbung gibt es auch im Netz: www.sska.de/ausbildung ❐

„Keine Strafe für solides Wirtschaften!“

Wirtschaftsminister Zeil zu den aktuellen Zahlen zum Länderfinanzausgleich

Bayerns Wirtschaftsminister und Stellvertretender Ministerpräsident Martin Zeil sieht durch die aktuellen Zahlen des Länderfinanzausgleichs den klaren Kurs der Staatsregierung bestätigt. „Nun hat sich mit Hamburg das nächste SPD-regierte Land aus dem Kreis der Zahler verabschiedet“, stellt Zeil nüchtern fest. „Der Länderfinanzausgleich ist zur Strafabgabe für solides Wirtschaften verkommen. Da nun auch Hamburg Geld erhält, stehen den verbliebenen drei Geberländern 13 Nehmerländer gegenüber, die die Hand aufhalten. Und erneut ist es Bayern, das die Hälfte der gesamten Mittel aufbringen muss. Die aktuellen Zahlen sollten auch dem letzten Verfechter des alten Systems klarmachen, dass es so nicht weitergehen kann. Solidarität ist keine Einbahnstraße“, erklärt Zeil. Die Klage Bayerns sei damit überfällig.

Zeil macht deutlich, dass es der Staatsregierung nicht allein um die Höhe des Länderfinanzausgleichs gehe. Kern der Verfassungsklage seien vielmehr die höchst zweifelhaften Anreize, die vom Länderfinanzausgleich ausgehen – für Geber-, aber vor allem für Nehmerländer. „Der Länderfinanzausgleich muss jedem stabilitäts- und wachstumsorientierten Landespolitiker ein Dorn im Auge sein“, betont Zeil. „Denn jeder Politiker, der solide wirtschaftet und die ihm anvertrauten Steuergelder erfolgreich einsetzt, wird bestraft und muss bis zu 90 Prozent seiner eingefahrenen Ernte wieder abgeben.“

Sozialismus auf Länderebene

Dieses System stelle jeden Leistungsgedanken auf den Kopf und sei nichts anderes als Sozialismus auf Länderebene. „Bei dem herrschenden Regelwerk ist es nur verständlich, dass sich viele Landespolitiker lieber darauf konzentrieren, fremde Gelder zu verteilen, als die eigenen Felder zu bestellen“, kritisiert Bayerns Wirtschaftsminister.

Zeil bekräftigte in diesem Zusammenhang noch einmal seine Forderung nach einem Schulden-Soli. „Schuldenbremse und Länderfinanzausgleich passen nun mal nicht zueinander“, erläutert der Minister. Gute Politik werde bestraft, schlechte be-

Martin Zeil. ❐

lohnt. Der Vorschlag Zeils sieht verpflichtende Zuschläge auf die Einkommensteuer für jene Länder vor, die die Vorgaben der Schuldenbremse reißen. „Wir müssen verhindern, dass die Folgen einer überzogenen Ausgabenpolitik permanent auf andere abgewälzt werden können“, betont Zeil. „Seien es nun zukünftige Generationen, der Bund oder solide wirtschaftende Bundesländer wie Bayern. Schulden sind das süße Gift der Politik.“

Empfehlung

Angesichts der neuen Zahlen empfiehlt Zeil auch dem Land Baden-Württemberg, sich der Klage Bayerns und Hessens gegen dieses marode System endlich anzuschließen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann und sein Vize Nils Schmid sollten sich sehr genau überlegen, ob ihnen die Loyalität gegenüber ihren Partei-Kollegen wichtiger ist, als die eigenen Steuermittel“, erklärt der Minister. „Dann müssten sie vielleicht auch nicht – wie angekündigt – die über 11.000 Lehrerstellen streichen.“ ❐

DSGV-Präsident Georg Fahrenschon:

Wachstumsmotor weiter stärken

Für eine weitere Stärkung des Wachstumsmotors Deutschland und höhere private Investitionen sprach sich Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), aus. „Der Motor läuft gut. Aber wir müssen weiter tüfteln, entwickeln und verbessern, damit er noch leistungsfähiger wird. Angesichts der großen Zukunftsaufgaben unseres Landes braucht es mehr Wachstum und Investitionen“, so Fahrenschon. Er forderte die Politik auf, weiter an guten Bedingungen für private Investitionen zu arbeiten. Dazu gehörten eine mutige Entbürokratisierung unternehmerischer Tätigkeit, eine verbesserte öffentliche Infrastruktur sowie ein deutlich vereinfachtes Steuersystem.

„Bürokratie wirkt wie Sand im Getriebe. Hier gilt die Maxime, dass alles, was keinen Nutzen schafft, weg muss“, so Fahrenschon. Schon allein die Verkürzung der Aufbewahrungs-

Georg Fahrenschon. ❐

fristen von Rechnungen und Belegen würde nennenswerte Erleichterung verschaffen. Ein gezielter Bürokratieabbau könne pro Jahr 2,5 Mrd. Euro freisetzen. Statt dessen seien die bürokratischen Belastungen der deutschen Unternehmen in 2012 um eine Mrd. Euro gestiegen.

Nötige Bestandsaufnahme

Zu einer leistungsfähigeren Infrastruktur gehörten nach Ansicht Fahrenschons nicht allein die Energienetze. Die Bundesregierung müsse eine Bestandsaufnahme machen und Erhalt und Ausbau der Hauptverkehrsachsen bei Straße, Schiene und Wasserstraße vorantreiben. Eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur sei für wirtschaftliches Wachstum ebenfalls notwendig. Nicht zuletzt warte Deutschland nach wie vor auf ein einfaches und strukturell verbessertes Steuersystem, das Sparen und Investieren nicht benachteilige.

Zudem müsse eine Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital vermieden werden. Eine wichtige Voraussetzung für Wachstum sei auch ein lokal verankertes Bankensystem, welches Mittelstand und private Haushalte verlässlich über Krisen hinweg trägt. Fahrenschon: „Die Investitionen des deutschen Mittelstands werden in erster Linie über Bankkredite finanziert. Das ist gut so, denn die Hausbanken federn die Risiken der Kapitalmärkte entscheidend ab. Der Mittelstand braucht auch in Zukunft verlässliche Finanzierungsbedingungen. Das gilt es bei allen Regulierungsvorhaben gerade auch auf europäischer und internationaler Ebene zu berücksichtigen.“

Mehr private Investitionen und höheres Wachstum in Deutschland helfen nach Ansicht Fahrenschons, die Zukunftsaufgaben Deutschlands anzugehen. Nur so könnten hierzulande Arbeitsplätze geschaffen werden, die den privaten Konsum stärkten und zum Abbau des Leistungsbilanzüberschusses beitrügen. Damit leistete Deutschland zugleich einen Beitrag für die Erholung der Krisenländer im Euro-Raum. ❐

BayernLabo setzt auf „blended Learning“

hydra entwickelt integriertes E-Learning-Portal für die BayernLabo

Bei der Umsetzung eines neuen E-Learning-Portals entscheidet sich die BayernLabo für die Stuttgarter Agentur hydra newmedia.

Die BayernLabo ist das Förderinstitut der BayernLB und als Organ der staatlichen Wohnungspolitik für die Wohnraumförderung im Freistaat Bayern zuständig. Stark aufgestellt ist die BayernLabo auch im Kreditgeschäft mit bayerischen Gebietskörperschaften sowie mit ihrem Rating von AAA durch Standard & Poor’s als Emittent am Kapitalmarkt.

Maßgeschneiderter Trainingsplan

Aktuell führt die BayernLabo eine neue, SAP-basierte Finanzsoftware ein. Ein professionelles Schulungsprogramm unterstützt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesem Wechsel. Das Förderinstitut setzt dabei auf ein integriertes Lernkonzept („blended learning“), das Präsenztrainings und E-Learnings miteinander kombiniert. Auf diese Weise können die Inhalte beliebig oft trainiert werden. Das Konzept fußt auf einem maßgeschneiderten Trainingsportal, das die vielfältigen Lernformen konsistent aufeinander abstimmt: Lernen, kommunizieren, informieren sowie Wissensmanagement. So werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur geschult, sondern durch spielerisches Lernen und andere positive Vernetzungseffekte für die Arbeit mit der neuen Software besonders motiviert.

Über hydra newmedia

hydra newmedia ist eine Agentur für digitale Medien. Ihre Schwerpunkte liegen im Online-Produkterlebnis, in der Markenführung und Händlerkommunikation. Ob zur Neukundengewinnung oder Kundenbindung: Produkte zu inszenieren ist das Kernanliegen der Stuttgarter Agentur. Auch E-Learnings können dabei zum Erlebnis werden. Weltweit nutzen Händler hydras innovative Onlinetrainings zur effizienten Produktschulung und Verkaufsförderung – am Rechner, Tablet und Smartphone. Zu hydras Kunden gehören Sony Mobile, Schuberth, incadea, Daimler, Toshiba, Infront Sports & Media, FIBT, Lunar Europe, Stepstone Solutions, Trelleborg Sealing Solutions und andere sowie nun auch die BayernLabo. ❐

Bayerische Versorgungskammer:

Wechsel an der Spitze

Innenminister Joachim Herrmann: „Versorgungskammer sichert Altersversorgung für über 1,5 Millionen Versicherte“

Bei der Bayerischen Versorgungskammer hat es einen ‘Wachwechsel’ gegeben: Innenminister Joachim Herrmann verabschiedete den bisherigen Vorstandsvorsitzenden, Lothar Panzer, in den Ruhestand und führte dessen Nachfolger, Daniel Just, in das Amt ein.

„Lothar Panzer kann auf eine sehr erfolgreiche Arbeit an der Spitze der Bayerischen Versorgungskammer zurückblicken“, so der Innenminister. „Als Kompetenzzentrum für berufsständische und kommunale Altersversorgung betreut sie über 1,5 Millionen Versicherte und Kapitalanlagen von über 50 Milliarden Euro.“

Besonnenes Agieren

Die Bewegung an den Kapitalmärkten in den letzten zehn Jahren habe die Versorgungswerke wie die Lebensversicherer vor große Herausforderungen gestellt. Hier habe sich das vorausschauende und besonnene Agieren von Lothar Panzer bewährt, das sich auch in der strategischen Neuausrichtung der Kapitalanlage unter Risikogesichtspunkten manifestierte.

Gute Wünsche für Lothar Panzer

Joachim Herrmann: „Lothar Panzer hat seine Aufgaben stets mit großem Gestaltungswillen und großer Leidenschaft angepackt. Für sein unermüdliches Engagement danke ich ihm persönlich im Namen der gesamten Staatsregierung. Für seinen neuen Lebensabschnitt wünsche ich ihm alles erdenklich Gute, Gesundheit und persönliches Wohlergehen.“

Lothar Panzer begann seine berufliche Karriere im April 1975 bei der Regierung von Oberfranken. Nach weiteren Stationen in der Staatskanzlei, am Landratsamt Bayreuth, und im Innenministerium führte ihn sein Weg im November 1997 schließlich an die Bayerische Versorgungskammer. Im Jahr 2000 wechselte er in den Vorstand, in dem ihm im Februar 2003 der Vorstandsvorsitz übertragen wurde.

Nachfolger von Lothar Panzer wird Daniel Just. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre in München und Lissabon begann er 1985 seine Karriere bei der Dresdner Bank. Im Januar 1993 wechselte er an die damalige Bayerische Vereinsbank und kam schließlich im Juni 1998 zur Bayerischen Versorgungskammer. Im Mai 2001 wurde er Vorstandsmitglied und im Mai 2006 stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

Nachfolger Daniel Just

Innenminister Joachim Herrmann: „Daniel Just ist genau der Richtige für den Posten des Vorstandsvorsitzenden. Wir brauchen hier eine erfahrene Persönlichkeit mit hoher fachlicher wie sozialer Kompetenz, die besonderen Mut und viel Kraft zur Weiterentwicklung und Neuerung mitbringt. Ich wünsche Daniel Just für sein neues Amt alles Gute, viel Kraft und viel Erfolg.“

Die Bayerische Versorgungskammer führt die Geschäfte von 12 berufsständischen und kommunalen Altersversorgungseinrichtungen in Bayern, wie zum Beispiel der Bayerischen Ärzteversorgung, der Bayerischen Apothekerversorgung oder der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden. Sie ist eine Oberbehörde mit rund 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ressort des Bayerischen Staatsministeriums des Innern. ❐

Finanzminister Söder:

380 Millionen Euro für den Staatshaushalt

Spielteilnehmer gewinnen bei Lotto Bayern 490 Millionen Euro

Vielfältige soziale und kulturelle Leistungen werden damit ermöglicht: 380 Millionen Euro an Lotteriesteuer und Gewinnablieferung flossen 2012 in die Kassen des Freistaats Bayern. „Insgesamt 490 Millionen Euro gingen an bayerische Spielteilnehmer. 17 Gewinner wurden durch die von Lotto Bayern angebotenen Lotterien zu Millionären“, so Dr. Markus Söder, Finanzminister, anlässlich der Umsatzbilanz 2012 der Staatlichen Lotterieverwaltung.

Über den höchsten bayerischen Einzelgewinn des Jahres mit über 11,26 Millionen Euro freute sich ein Spielteilnehmer aus Oberbayern bei der neu eingeführten Lotterie Eurojackpot. Bei LOTTO 6aus49 haben Spielaufträge, die in bayerischen Annahmestellen abgegeben wurden, sechsmal die höchste Gewinnklasse getroffen. 64 Mal erzielten bayerische Spielteilnehmer „sechs Richtige“.

Millionärsbilanz

Den höchsten Einzelgewinn bei Lotto mit knapp 3,3 Millionen Euro erzielte ein Spielteilnehmer aus Oberbayern. Über 3,1 Millionen Euro gingen an einen Spielteilnehmer aus Unterfranken, fast drei Millionen Euro und knapp 2,3 Millionen Euro an oberbayerische Spielteilnehmer. Nach Mittelfranken gingen jeweils für einen „Supersechser“ und für weitere sechs Richtige rund 1,6 Millionen Euro Lottogewinn. Knapp 1,6 Millionen gingen ebenfalls nach Oberbayern sowie nach Niederbayern und über 1,3 Millionen Euro gab es für einen Spielteilnehmer aus Oberfranken. Ein Gewinn von fast 1,1 Millionen Euro in Oberbayern rundet die Millionärsbilanz bei LOTTO 6aus49 ab.

Im Spiel 77 entfiel die höchste Gewinnklasse im Jahr 2012 zweimal auf Bayern - mit über 3,5 Millionen Euro für einen Spielteilnehmer aus Oberfranken und knapp 1,1 Millionen Euro für einen in Schwaben abgegebenen Spielschein. Bei der Lotterie GlücksSpirale gab es 2012 in Mittelfranken und Oberbayern je einen Treffer in der höchsten Gewinnklasse „7“. Ebenfalls in Oberbayern gab es einen Gewinn von einer Million Euro bei der Zahlenlotterie KENO. ❐

EU-Garantie für Kredite an bayerischen Mittelstand

1.000 Unternehmen haben Risikoübernahmen bislang genutzt

Kleine und mittlere Unternehmen in Bayern können auch 2013 auf europäische Finanzierungshilfe setzen. Wie die LfA Förderbank Bayern und der Europäische Investitionsfonds (EIF) kürzlich vereinbart haben, übernimmt der EIF weiterhin die Hälfte des Kreditrisikos der LfA bei bestimmten Förderkrediten für bayerische Mittelständler. Die bayerisch-europäische Zusammenarbeit sorgt seit 2011 für einen offenen Zugang der Unternehmen zu neuen Krediten.

„Die Garantie des EIF stärkt die ohnehin gute Risikotragfähigkeit unserer Förderbank. In den vergangenen zwei Jahren hat die LfA mit der Rückendeckung des EIF rund 90 Millionen Euro an Kreditrisiken bayerischer Mittelständler übernommen. Dadurch konnten die Firmen Kredite in Höhe von rund 150 Millionen Euro erhalten. Das ist ein wichtiger Baustein unserer Mittelstandspolitik“, so Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, zugleich LfA-Aufsichtsratsvorsitzender.

LfA-Chef Dr. Otto Beierl erklärt: „Die europäische Absicherung bewirkt, dass die LfA zusätzliche Kreditrisiken im Interesse bayerischer Unternehmen übernehmen kann, wenn diese nicht ausreichend über eigene bankübliche Sicherheiten verfügen. Seit 2011 haben wir so rund 1.000 Unternehmen den Zugang zu zinsgünstigen Universalkrediten ermöglicht.“

Die Garantie des EIF wurde innerhalb des Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) gestellt und kommt bei Haftungsfreistellungen im Universalkredit der LfA zum Einsatz. Dadurch wird den Hausbanken der Einsatz von Förderkrediten für Investitionen und Betriebsmittel erleichtert. Die Förderkredite der LfA werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. ❐

Wirtschaftsförderung in Oberbayern:

Über 55 Mio. Euro im Jahr 2012

„Mit über 55 Millionen Euro hat die Wirtschaftsförderung in Oberbayern 2012 die heimische mittelständische Wirtschaft unterstützt und damit 1.700 bestehende Arbeitsplätze gesichert und 250 neuen Arbeitsplätze geschaffen“, bilanziert Regierungspräsident Christoph Hillenbrand. Die Mittel hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie nach Bereitstellung durch den Bayerischen Landtag bewilligt.

Aus Mitteln der Bayerischen Regionalen Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft hat die Regierung von Oberbayern 2012 Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen aus Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistung und Fremdenverkehr, wie etwa Modernisierungsmaßnahmen oder Betriebserweiterungen, mit insgesamt 10 Millionen Euro unterstützt. Das geförderte Investitionsvolumen betrug rund 95 Millionen Euro. Damit wurden über 1.700 bestehende Arbeitsplätze gesichert und 250 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen. Weitere 1,3 Millionen Euro an Zuschüssen erhielten kleine und mittlere Handwerksbetriebe für Messebeteiligungen.

Die Regierung von Oberbayern hat ferner kommunalen Trägern aus Mitteln der Bayerischen Regionalen Förderprogramme Zuwendungen von 978.000 Euro für die Generalsanierung und Neuerrichtung von öffentlichen Fremdenverkehrseinrichtungen bewilligt. Gefördert wurde unter anderem die Neugestaltung der Uferpromenade in Gstadt a. Chiemsee, ein Erlebniswanderweg in Grassau, die Neugestaltung des Kurparks in Waging a. See und die Verlagerung der Tourismusinformation in das Rathaus in Traunstein.

Mit rund 954.000 Euro hat die Regierung von Oberbayern technologieorientierte Gründerzentren gefördert. Ferner wurden im Rahmen des Luftfahrtforschungs- und Technologieprogramms, des Bayerischen Raumfahrtförderprogramms und der Förderung von Projekten der außeruniversitären Forschung rund 33,8 Millionen Euro bewilligt. Verschiedene Güterverkehrsstudien wurden mit rund 1,5 Millionen Euro gefördert.

Neben der direkten Wirtschaftsförderung hat die Regierung von Oberbayern im Rahmen der Förderung der beruflichen Bildung auch die Aktivitäten der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und anderer Berufsbildungsträger unterstützt. Darunter fallen Investitionen in die Schulungsstätten sowie die Durchführung von überbetrieblichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Hierfür wurden im vergangenen Jahr rund 6,9 Millionen Euro bereitgestellt. Hinzu kommt die Förderung der Betriebsberatungen durch die Handwerkskammer in Höhe von rund 332.000 Euro. ❐

Stadt Traunreut ist schuldenfrei

Ab sofort zählt die Stadt Traunreut zu den wenigen Kommunen in der Größenordnung von 20.000 Einwohnern, die schuldenfrei sind und gleichzeitig noch 28 Millionen Euro auf der hohen Kante haben. Die letzte Darlehensrate in Höhe von 55.357,68 Euro wurde jüngst getilgt und verbucht.

Symbolisch überreichte Bürgermeister Franz Parzinger an den Vorstand der Raiffeisenbank Trostberg/Traunreut, Franz Hofmann, per Scheck die letzte Rate eines Darlehens, das 2004 in Höhe von 2,5 Millionen Euro bei der DG Hyp aufgenommen worden war. Rathauschef Parzinger sprach von einem „historischen Tag“. Erstmals sei die Stadt seit ihrer Gründerzeit in den 1950er Jahren schuldenfrei. ❐

Regierung von Oberbayern:

54 Stiftungen in 2012 neu anerkannt

„Der Trend zum gemeinnützigen Stiften hält auch in Oberbayern weiter an. Die Regierung von Oberbayern hat im vergangenen Jahr 54 neue Stiftungen staatlich anerkannt. Besondere Höhepunkte im Stiftungsjahr 2012 waren etwa die Anerkennung der Anna and Erwin Foundation – Anna Netrebko and Erwin Schrott for kids, die Graf von Montgelas-Stiftung, die EDEKA-Südbayern Stiftung, die Stiftung Bergwacht, die BFV-Sozialstifung, die Stiftung Erneuerbare Freiheit oder auch die Bürgerstiftung Holzkirchen. Mit der Bürgerstiftung Rosenheim konnte bereits die 1.500. Stiftung in Oberbayern staatlich anerkannt werden.

Seit dem Jahr 2000 hat sich die Gesamtzahl der rechtsfähigen Stiftungen in Oberbayern damit von 733 auf nunmehr 1508 Stiftungen mehr als verdoppelt“, freut sich Regierungspräsident Christoph Hillenbrand über diese aktuelle Zahlen.

Auch wenn gerade die ersten Monate im Leben einer Stiftung eine echte Herausforderung sind und den Mitgliedern des Stiftungsvorstandes in der Regel viel Engagement abverlangen, so zahlt sich dieser Einsatz aus. Denn insbesondere rechtsfähige Stiftungen verfügen bei einer entsprechenden Vermögensausstattung über ein langes Leben. So zählt die älteste, von der Regierung von Oberbayern betreute rechtsfähige Stiftung, die Münchner Heiliggeistspital-Stiftung, inzwischen ein stolzes Alter von 803 Jahren. Den Urkunden nach hat sie Herzog Ludwig I., genannt „der Kehlheimer“ im Jahr 1208 höchst selbst errichtet. Heute dient die Stiftung dazu, den Betrieb und Unterhalt des Altenheims Heiliggeist in München-Neuhausen sicherzustellen.

Aktive Bürgergesellschaft

Der Entschluss eine Stiftung zu errichten ist ein bedeutsamer Schritt in Richtung einer aktiven Bürgergesellschaft. Hillenbrand: “Darunter ist eine Gesellschaft zu verstehen, in der sich am besten jeder Einzelne nach jeweiligen Kräften eigenverantwortlich und nachhaltig auf sozialem, wissenschaftlichem oder kulturellem Gebiet engagiert. Dabei kann und soll das Engagement von Stiftern zwar staatliches Engagement nicht ersetzen, wird aber in erfreulicher Weise zunehmend mit zu dem Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.“

Mit 23 neuen Stiftungen ist die Landeshauptstadt München Spitzenreiter in Oberbayern. Jeweils fünf Stiftungen wurden in den Landkreisen München und Rosenheim errichtet. Die übrigen neuen Stiftungen verteilen sich auf die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Ebersberg, Eichstätt, Freising, Landsberg am Lech, Miesbach, Starnberg und Weilheim-Schongau bzw. auf die kreisfreien Städte Ingolstadt und Rosenheim. Als 1.500 rechtsfähige Stiftung mit Sitz in Oberbayern wurde im vergangenen Jahr die Bürgerstiftung Rosenheim staatlich anerkannt. Die Regierung von Oberbayern ist damit derzeit für 1508 rechtsfähige Stiftungen zuständig. Allein 983 Stiftungen entfallen auf die Region München, die zugleich auch die höchste Stiftungsdichte pro Einwohner aufweist.

Unkompliziertes Instrument

Die mit der Stiftungsaufsicht befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierung von Oberbayern beraten bei der Anerkennung neuer Stiftungen und unterstützen auch alle bestehenden Stiftungen, damit der Stiftungszweck satzungsgemäß erfüllt wird. Die Stiftungen fördern vor allem soziale Zwecke wie Erziehung, Ausbildung, Jugend- und Altenhilfe sowie das Gesundheitswesen, daneben aber auch Forschung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, Denkmalpflege, Umweltschutz sowie Sport.

Eine Stiftung ist ein unkompliziertes und flexibel gestaltbares Instrument, mit dem Vermögen für einen guten Zweck angelegt werden kann. Millionenbeträge sind nicht erforderlich, um eine rechtlich selbständige Stiftung zu errichten. Das Grundstockvermögen sollte mindestens 50.000 bis 100.000 Euro betragen.

Wer eine Stiftung gründen will, bekommt nähere Informationen bei der Regierung von Oberbayern unter der Telefonnummer 089/2176-0 oder im Internet. Dort findet sich auch ein aktueller Leitfaden zur Errichtung einer Stiftung. Das neue elektronische Stiftungsverzeichnis aller rechtsfähigen Stiftungen (Ausnahme: kirchliche Stiftungen) mit Sitz in Bayern ist auch abrufbar. ❐

KfW-Zuschussförderung für energetische Gebäudesanierung:

Wichtiges Signal für alle Hausbesitzer

„Das neue Zuschussprogramm der KfW für Eigentümer selbst genutzter Wohnungen bei der energetischen Gebäudesanierung ist nach dem Scheitern der Initiative der Bundesregierung zur steuerlichen Förderung solcher Maßnahmen im Vermittlungsausschuss ein wichtiges Signal für alle Hausbesitzer“, so Innenminister Joachim Herrmann zum neuen Förderprogramm des Bundes.

Die Ausgestaltung des neuen Programms entspricht genau den Vorschlägen, die ich Anfang November in den Kabinettsausschuss Energiewende eingebracht habe. Gerade die Zielgruppe der Eigentümer selbst genutzter Wohnungen ist über Darlehensprogramme für Gebäudesanierungen nur begrenzt erreichbar. Die Förderung mit Zuschüssen kann hier wichtige Impulse geben, um mehr energetische Sanierungen anzustoßen“, machte Minister Herrmann deutlich.

Dies werde erheblich dazu beitragen, dass in Deutschland die ambitionierten Ziele bei der Energieeinsparung und der Energieeffizienz erreicht werden. Gleichzeitig seien davon positive wirtschaftliche Impulse zu erwarten.

Möglichkeit nutzen

Herrmann weiter: „Ich appelliere schon jetzt an alle Hausbesitzer, diese Möglichkeit zu nutzen. Mit energetischen Sanierungen schützen sie nicht nur die Umwelt, sondern reduzieren auch ihre Heizkosten und schonen damit letztendlich den eigenen Geldbeutel.“ So richtig dieses Programm jetzt sei, so bedauerlich bleibe die nur parteipolitisch motivierte Blockadehaltung SPD-geführter Landesregierungen gegen steuerliche Anreize zur energetischen Sanierung. ❐

Kommunale Wasserversorgung in Bayern:

Bedrohung durch EU-Konzessionsrichtlinie

Trotz zahlloser Appelle hat der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments eine Ausnahmeregelung für die kommunale Trinkwasserversorgung in der EU-Richtlinie zur Konzessionsvergabe abgelehnt. In einer ersten Abstimmung wurde dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission grundsätzlich zugestimmt, für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen europaweit einheitliche Vergaberegelungen zu schaffen. Dies bedeutet, die in Deutschland überwiegend kommunale Wasserwirtschaft könnte liberalisiert und damit für Konzerne geöffnet werden.

Nach Auffassung der Präsidenten des Bayerischen Städtetags (Dr. Ulrich Maly), Bayerischen Gemeindetags (Dr. Uwe Brandl) und Bayerischen Landkreistags (Dr. Jakob Kreidl) steht zu befürchten, dass durch eine solche Richtlinie eine Liberalisierung des Wassersektors „durch die Hintertür“ erreicht wird.

„Abgesehen davon, dass wir die Richtlinie nach wie vor grundsätzlich ablehnen, da keine Notwendigkeit einer Regelung der Dienstleistungskonzession auf EU-Ebene besteht – die Regeln des Primärrechts und die EuGH-Rechtsprechung reichen vollkommen aus – drohen auch eine zusätzliche Verrechtlichung, mehr Verwaltungsaufwand, kostenintensiver Beratungsbedarf und zeitliche Verzögerungen“, stellen die Verbandschefs in einem Schreiben an die bayerischen Abgeordneten im Europäischen Parlament fest. Insbesondere sehen sie Gefahr einer „tiefgreifenden Strukturänderung im Wassersektor“.

Keine nachvollziehbaren Argumente

Argumente aus Abgeordnetenkreisen, wonach Bayern durch die Richtlinie keine Strukturänderungen zu erwarten habe, seien nicht nachvollziehbar, so die Vorsitzenden. Exemplarisch nennen sie folgende Argumentation: „Kommunen sind aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen, auch wenn die Kommune im Stadtwerk einen privaten Partner hätte (z. B. E.ON mit 25,1 % des Stammkapitals), sie einen beherrschenden Einfluss ausübt und die Stadtwerke ihr Geschäft auf dem Gebiet der Kommune erbringen.“ „Das wäre wünschenswert, aber wir fragen uns, wo dies im Richtlinienentwurf steht? Es ist uns auch derzeit noch leider kein Kompromissänderungsantrag bekannt, der diese Position in die Richtlinie einbringen würde...“

Ein weiteres Argument laute: „Nach der Richtlinie müssen Dienstleistungen künftig nur dann ausgeschrieben werden, wenn ein Stadtwerk mehr als 20 % seines Umsatzes außerhalb der eigenen Kommune erwirtschaftet (siehe Art. 11 der Richtlinie für verbundene Unternehmen).“ „Hier haben wir aber genau ein Problem unserer Mehrspartenstadtwerke, die im Querverbund sind und diese Bedingungen nicht erfüllen können. Da diese nämlich nach der deutschen Rechtsprechung, wenn sie auch eine (liberalisierte) Energiesparte haben, immer mehr als 20 Prozent außerhalb ihrer eigenen Kommune erbringen, muss der Wassersektor zwangsläufig ausgeschrieben werden“, betonen Maly, Brandl und Kreidl.

Hintergrund ist, dass die Rechtsprechung die gesamten Energieumsätze – unerheblich, ob sie innerhalb oder außerhalb der Kommune erwirtschaftet werden – als extern bewertet, weil die Energieversorgung im Wettbewerb stattfindet. Dies habe zur Folge, dass nach der Rechtsprechung die Leistung nicht für die Trägerkommune, sondern auf dem Markt erbracht wird und somit der Trägerkommune nicht zugerechnet werden kann. Die Folge der Richtlinie wäre, dass private Wasserkonzerne zu Dumpingpreisen mitbieten würden und ein erster Einstieg in die Liberalisierung und Privatisierung des Wassermarktes getan wäre. „Langfristig können daher alle betroffen sein.“

Eine derzeit diskutierte Übergangsfrist für Mehrspartenstadtwerke zur gesellschaftsrechtlichen Trennung von Wasser- und Energiesektor würde dieses Problem nach Auffassung der Verbandschefs auch nicht lösen, sondern auf Dauer den Eingriff in bewährte Strukturen lediglich verzögern. Außerdem müsste eine komplizierte, kostenintensive, informationelle, organisatorische und gesellschaftsrechtliche Trennung vorgenommen werden.

Eine Trennung der bewährten Mehrspartenunternehmen würde künftig Synergieeffekte verhindern, zu Mehrkosten durch zusätzlichen Personalaufwand und zu mehr Ineffizienz führen. Der Wegfall des Querverbunds würde Investitionen im Wasserbereich unterbinden, sowie Preissteigerungen und Qualitätsverlust nach sich ziehen. „Der Mehrwert von Mehrspartenunternehmen liegt ja gerade in Wirtschaftlichkeits- und Effizienzgesichtspunkten, die mit der Richtlinie zunichte gemacht würden. Überdies würde diese erzwungene Umstrukturierung in die durch den Vertrag von Lissabon garantierte kommunale Selbstverwaltung eingreifen.“

Nach Darstellung des bayerischen Europaabgeordneten Markus Ferber ist der ursprüngliche Kommissionsvorschlag an vielen Stellen nicht zielführend gewesen und hätte die kommunalen Versorger unnötigerweise vor ernsthafte Probleme gestellt. Entsprechend habe er sich im Austausch mit kommunalen Spitzenverbänden sowie den Vertretern der Wasserwirtschaft und dem zuständigen Binnenmarktkommissar Barnier für eine Lösung eingesetzt, die den Anliegen der kommunalen Wasserversorger in Bayern Rechnung trägt.

Anwendungsbereich

Die Richtlinie betreffe im Kern nur Unternehmen, die bereits zumindest teilweise privatwirtschaftlich organisiert sind. Wenn eine Kommune Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge (wie z. B. die Trinkwasserversorgung) vollkommen selbstständig erbringt, fällt dies nicht in den Anwendungsbereich der Konzessionsvergaberichtlinie.

Solange die Stadtwerke ihr Geschäft ausschließlich auf dem Gebiet der Kommunen erbringen, blieben auch Zweckverbände oder Stadtwerke mit privater Minderheitsbeteiligung vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen, sofern diese unter dem „beherrschenden Einfluss des Auftraggebers“ stehen, machte Ferber deutlich. Dieser sei so definiert, dass 80 % des Unternehmensumsatzes der vergangenen drei Jahre aus der Erbringung von Dienstleistungen für den Auftraggeber erbracht wurden.

Nur wenn Stadtwerke etwa durch Gas- oder Energieversorgung mehr als 20 % des Unternehmensumsatzes an Dritte erbringen, greife die Ausschreibungspflicht. Für Stadtwerke, für die dies zutrifft, deren Wasserversorgung aber nur für die eigene Kommune erbracht wird, seien lange Übergangsfristen bis ins Jahr 2020 vorgesehen, damit ausreichend Zeit für eine gesellschaftsrechtliche Trennung von Wasser- und Energiesektor besteht, erklärte Ferber.

Fakt ist: Noch ist in Brüssel nichts entschieden. Zunächst müssen Europäischer Rat und Europäisches Parlament Verhandlungen aufnehmen, um sich auf einen einheitlichen Richtlinientext zu verständigen. Nach Ansicht des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) ist ein Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens bis Juli 2013 möglich. **DK**

Innovationspreis Abwasser 2012:

Auszeichnung für sechs Vorzeigeprojekte

Um innovative Vorzeigeprojekte mit Vorbildcharakter für andere Kommunen auszuzeichnen, verlieh das Bayerische Umweltministerium in diesem Jahr erstmals den „Abwasser-Innovationspreis“. Damit wurden herausragende Verfahren der weitergehenden Abwasserreinigung, der Kanalsanierung, der Misch- und Regenwasserbehandlung, der Energieeffizienz und der Energiegewinnung aus Abwasser prämiert.

Bei der Abwasserentsorgung gibt es noch Potential für Innovationen, erklärte Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber bei der Preisverleihung in München. „High-Tech-Kläranlagen reinigen nicht nur nach höchsten Umweltstandards. Sie vereinen Gewässerschutz mit den Herausforderungen von Energiewende und Klimaschutz.“

Preisträger sind die Gemeinde Rott (Landkreis Landsberg am Lech) sowie die Städte Cham, Pegnitz und Straubing, die damit die Zusage erhalten, dass ihre Projekte mit einem Festbetrag in Höhe von 350.000 bis zu 1,2 Millionen Euro gefördert werden. Zudem wurden auch Prämien ausgelobt: Je 2.500 Euro erhalten die Stadt Bischofsheim an der Rhön und die Stadt Erlangen als Sonderpreis für ihre zukunftsweisenden Konzepte.

Die Gemeinde Rott (Landkreis Landsberg am Lech) saniert ab April 2013 ihre vorhandene Teichkläranlage für 4.500 Einwohner durch Neubau zweier SBR-Reaktoren und den Bau eines Ausweichbodenfilters. Die Kombination und Auslegung wurde so in Bayern noch nicht praktiziert und ist gut auf andere Anlagen übertragbar. Bei fast jeder zweiten Kläranlage in Bayern handelt es sich um eine Teichkläranlage.

Die Stadt Cham möchte auf ihrer Kläranlage eine Flotationsanlage installieren, mit der die energiehaltigen Anteile im Abwasser gezielt der Faulgaserzeugung zugeführt werden. Das eiweißhaltige Abwasser einer Molkerei soll mit einer eigenen Leitung dieser Anlage zugeführt werden, dadurch werden auch Geruchsprobleme beseitigt.

Umrüstung der Kläranlage

Die Stadt Pegnitz beabsichtigt mit der Umrüstung ihrer Kläranlage den Energieverbrauch zu minimieren, indem der anfallende Klärschlamm nicht mehr durch aerobe Belüftung stabilisiert wird, sondern gesammelt und einer benachbarten Kläranlage mit Schlammfaulung zugeführt wird.

Die Stadt Straubing plant eine Druckleitung, mit der energiehaltiges Abwasser von Industriebetrieben am Sammelkanal vorbei direkt auf die Kläranlage geführt und dort zur Faulgasnutzung verwertet wird. Oberbürgermeister Markus Pannermayr freute sich über die Auszeichnung: „Wir wollen mit der geplanten Maßnahme organisch hoch belastetes Abwasser aus dem Industriegebiet zur Kläranlage Straubing leiten, um damit die Auslastung der Kläranlage erneut zu erhöhen und Voraussetzungen für weitere Betriebsansiedlungen im ZVI zu schaffen. Die technischen Aspekte der Anlage sind äußerst innovativ: die anaerobe Vorbehandlung von hochbelastetem Abwasser unter Gewinnung von methanhaltigem Gas, aus dem sich Strom erzeugen lässt, ebenso wie auch die in Bayern erstmalige Umrüstung eines bestehenden Voreindickers zu einem UASB-Reaktor. Dass mit dem Innovationspreis nun ein Zuschuss vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit für diesen innovativen Charakter in Höhe von 350.000 Euro einhergeht, freut mich natürlich ganz besonders!“

Die Stadt Bischofsheim an der Rhön erhält eine Prämie für ihr Konzept, eine Kläranlage mit einer Ausbaugröße von 8.500 EW mit einer Klärschlammfaulung zur Klärgasgewinnung umzurüsten. Die Stadt Erlangen wiederum bekam eine Prämie für ihr Konzept einer „Energie-Plus Kläranlage“, die langfristig mehr Energie erzeugen als verbrauchen soll. **DK**

Ein Jahr Impulse pro Kanalbau:

Aktionsbündnis erreicht Politik

Der Zustand des Netzes zur Abwasserentsorgung in Deutschland muss als dramatisch eingeschätzt werden. Deshalb formierten sich innerhalb des letzten Jahres bundesweit rund 20 Verbände aus den Bereichen Wirtschaft, Industrie, Gewerbe, Gewerkschaft sowie Universitäten zum Aktionsbündnis „Impulse pro Kanalbau“. Ziel der Kampagne ist es, auf Folgen des erheblichen Investitionsstaus durch die öffentliche Hand aufmerksam zu machen.

Der Wert der öffentlichen Kanalisation in Deutschland wird auf 687 Mrd. Euro geschätzt. Dem stehen Investitionsdefizite gegenüber, die als ökonomische und ökologische Zeitbomben zu bewerten sind: Es werden jährlich lediglich 1,41 Mrd. Euro in die Kanalisation investiert, das entspricht gerade mal einem Fünftel dessen, was nötig wäre, um deren Wert für 100 Jahre zu erhalten. So verrottet seit Jahren das Kanalnetz, ganz nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn“. Gefährliche Exfiltrationen aus Abwässern, die das Grundwasser belasten, aber auch problematische Infiltrationen, die das Grundwasser verschwenden oder Kläranlagen überlasten können, sind die Folge. Die Organisationen der Kampagne Impulse pro Kanalbau erstellten deshalb gemeinsam einen Forderungskatalog: Schluss mit dem Investitionsstau! Stattdessen ein nachhaltiger Schutz von Mensch und Natur durch eine sinnvolle Sanierung oder Erneuerung der defekten Abwasserentsorgungsanlagen.

Im Forderungskatalog nimmt die Aktionsgemeinschaft Impulse pro Kanalbau Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer beim Wort, der in seinem Vorwort zum Leitfaden Nachhaltiges Bauen von 2011 betont: „Öffentliche Bauten haben hier eine Vorbildfunktion“. Dazu passt, dass Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, in einem Interview mit der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V., Landesverband Bayern, 2011 erklärt: „Den Netzbetreibern muss bewusst werden, dass die Kanalnetze das größte Anlagenvermögen der Städte und Gemeinden sind.“

Der Forderungskatalog, der zeigt, dass die Sanierungsquote als wesentlich zu niedrig einzuschätzen ist, wurde von der Praxis bestätigt: So würden in Bayern laut Erich Englmann, Leiter des Referats Schutz der oberirdischen Gewässer und Abwasserentsorgung am Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, gerade einmal 500 km des Abwassernetzes pro Jahr saniert. Das Vier- bis Fünffache sei erforderlich. Aber auch in Sachsen wurde ein erheblicher Sanierungsbedarf bestätigt. Wie der sächsische Umweltminister Frank Kupfer annimmt, liege der Anteil von Haltungen mit einem kurz- und mittelfristigen Sanierungsbedarf bei rund 17 Prozent der Netzkilometer. Der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller ging noch einen Schritt weiter: Er begrüßte angesichts der anstehenden großen Investitionen ausdrücklich die Aktivitäten des Aktionsbündnisses. „Damit können Sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Investitionsmaßnahmen in diesem Bereich tatsächlich in erforderlichem Umfang ergriffen werden.“, betonte Untersteller in einem Schreiben an die Aktionsgemeinschaft.

Dies geht nur gemeinsam mit den Verantwortlichen aus Städten und Gemeinden. Impulse pro Kanalbau sensibilisierte deshalb vor Ort für die Problematik und brachte auch die Politik auf Bundes- und Landesebene in die Mitverantwortung. Neben dem aktuellen Forderungskatalog wurden im vergangenen Jahr in den Regionen Informationsveranstaltungen initiiert, die den Städten und Gemeinden eine Plattform bieten, Lösungswege suchen und aufzeigen, wie dem Investitionsstau zur Behebung der dringlichsten Umweltschäden begegnet werden kann. In Bremen, Duisburg, Mannheim, Mühldorf, Nürnberg und Weiden diskutierten Vertreter aus dem Umweltministerium, aber auch aus der Wissenschaft und Wirtschaft mit Ansprechpartnern aus den Kommunen. ❐

11. Deutscher Schlauchlinertag in Würzburg:

Etabliert und immer wieder neu

Nach dem Schlauchlinertag ist vor dem Schlauchlinertag – frei formuliert nach einem geflügelten Wort, geäußert von einem Mann, für den der Ball rund war. Letztendlich ist dies auch die passende Redewendung für eine Veranstaltung, die dank ihrer inhaltlichen Wertigkeit schon lange Jahre einen festen Platz in der Fülle von tiefbaurelevanten Veranstaltungen, Messen und Foren behauptet hat. „Das hat sich gelohnt“ – „das bringt uns weiter“, lautete der Tenor nach dem kleinen Jubiläum in Berlin, wenn sich Auftraggeber, Netzbetreiber, Planer und Mitarbeiter von Ingenieurbüros über die Veranstaltung äußerten, deren Erfolgsgeschichte 2003 in Hannover begann.

„Wir wollen unbedingt weitermachen“ – so das gemeinsam Credo von Sponsoren, Herstellern, Unternehmen aus der Sanierungsbranche und Machern des Schlauchlinertags, der folgerichtig am 11. April 2013 im Congress Centrum in Würzburg zum 11. Mal seine Pforten zur Vortragveranstaltung mit begleitender Fachausstellung öffnen wird.

Atuelles Know-how

Der jährlich stattfindende Kongress versteht sich als Forum, auf dem aktuelles Know-how vermittelt wird, aber auch sensible Aspekte des Kanalsanierungsverfahrens kritisch und ergebnisoffen angesprochen werden. Das wird in Würzburg fortgesetzt: Neben politischen und marketingtechnischen Gesichtspunkten der Schlauchlinertechnologie werden Qualitätsaspekte ebenso im Fokus stehen wie die politischen, rechtlichen und technischen Facetten von Themen wie zum Beispiel der Grundstücksentwässerung. Fallbeispiele von der Planung bis zur Ausführung stellen den Praxisbezug her.

Entwicklungspotenzial

„Die Jubiläumsveranstaltung in Berlin hat gezeigt, dass in der Branche noch Entwicklungspotenzial steckt“, erklärt Dipl.-Ing. Franz Hoppe, Hamburg Wasser, einer der Gründerväter der Veranstaltung. Die vorwiegend mittelständisch geprägten Anbieter der Schlauchlinertechnologie sind äußerst aktiv. „Ständig wird an Lösungen gefeilt, die das Schlauchlinerverfahren weiter nach vorne bringen“, so Hoppe. „Dabei zählt es bereits zu den bestgeprüften Verfahren schlechthin.“ Weitere kleine Verbesserungen, etwa im Bereich der Wiederanbindung von Hausanschlüssen oder von Schächten werden die Marktakzeptanz weiter verbessern – so Hoffnung und Fazit der damaligen Diskussion.

Größere Dimensionen

Auch bei den lichtaushärtenden Verfahren tut sich was. Sie werden zunehmend nachgefragt. Folgerichtig versuchen die Hersteller die anspruchsvolle Technik weiterzuentwickeln und in größere Dimensionen vorzustoßen. Die Branche darf jedenfalls gespannt sein, ob es auf diese und andere Fragen in Würzburg eine Antwort geben wird. „Die Teilnehmer können davon ausgehen, dass es im April nächsten Jahres durchaus Neues zu berichten gibt“, ist Dr.-Ing. Igor Borovsky, 1. Vorsitzender der Technischen Akademie Hannover und Organisator des Deutschen Schlauchlinertages, überzeugt. In welchem Umfang, das bleibt abzuwarten. Sicher ist: Für den fachlichen Austausch wird es genügend Diskussionsstoff geben. Und dass auf dem Schlauchlinertag offen und kontrovers diskutiert wird, haben die vergangenen Jahre deutlich gemacht.

Großer Erfolg

Borovsky und Hoppe sind sich einig: „Der gemeinsame Austausch von Auftraggebern, Planern und Herstellern hat neue Denkweisen eröffnet, Impulse für die Weiterentwicklung von Produkten und Verfahren gegeben, aber auch Vorurteile abgebaut und die Vorteile eines lange verkannten Sanierungsverfahrens in das rechte Licht gerückt.“ Das ist ein großer Erfolg, der auf das Engste mit dem Schlauchlinertag verbunden ist.

Etabliertes Verfahren

Die Vorteile des grabenlosen Renovierungsverfahrens, bei dem ein flexibles harzimprägniertes Trägermaterial in eine zu sanierende Haltung eingebracht und nach dem Einbau durch unterschiedliche Techniken zu einem neuen Rohr-im-Rohr ausgehärtet wird, sind vielfältig. Konsequent greifen öffentliche und private Bauherren heute auf Sanierungsstrategien und Sanierungsverfahren zurück, bei denen der Einsatz der Linertechnologie zunehmende Bedeutung bei der Realisation von schnellen und wirtschaftlichen Lösungen gewinnt.

Die Vorteile wurden oft genannt: Die geringen Kosten, die im Gegensatz zu einer Neuverlegung für eine Sanierungsmaßnahme aufzubringen sind, zählen dazu. Auch können die notwendigen Arbeiten in kurzer Bauzeit ausgeführt werden und die Unterbrechung der Abwasserentsorgung ist in der Regel innerhalb von Stunden erledigt. Zudem halten sich die Beeinträchtigungen für den Fußgänger- und Straßenverkehr in Grenzen. Das trägt zu einem deutlich reduzierten CO2-Ausstoß bei. Nicht zuletzt verfügt der sanierte Leitungsabschnitt wieder über eine wesentlich erhöhte Lebensdauer.

Neue Entwicklungen beim Regelwerk

Diese Fülle an Argumenten hat dazu beigetragen, dass der Anteil der Kanalerneuerung durch Neuverlegung zurückgegangen ist. Grabenlose Verfahren laufen der offenen Bauweise inzwischen den Rang ab – auch das eine Schlussfolgerung der oft zitierten Umfrage der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) zum Zustand der Kanalisation in Deutschland (2009). Das liegt unter anderem daran, dass Auftraggeber, Netzbetreiber, Planer, Hersteller und ausführende Unternehmen in vielerlei Hinsicht an einem Strang ziehen. Das gilt nicht nur für die verfahrenstechnische Seite, auch beim Regelwerk hat sich gerade in den letzten Monaten viel bewegt.

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von technischen Regelwerken und ein ausgereiftes Qualitätsmanagement, in das die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte eingeflossen sind – positive wie negative. So zum Beispiel in Anwendungshandbücher und allgemeine bautechnische Zulassungen für die Verfahren oder in Güteschutz-Systeme für die Unternehmen.

Hinzu kommt: Mit dem überarbeiteten Arbeitsblatt DWA- A 143-3, in dem nunmehr auch die Besonderheiten der kleinen Durchmesser für die Grundstücksentwässerungsleitungen aufgenommen wurden, und dem neuen Merkblatt DWA-M 144-3 ist erstmals ein umfassendes und einheitliches technisches und vertragliches Regelwerk entstanden. Für viele ein Schritt in die richtige Richtung, da hiermit Rahmenbedingungen geschaffen wurden, die sowohl zur Qualität des Endproduktes als auch zur Vertragssicherheit zwischen den Beteiligten beitragen können.

So enthält das neue Merkblatt DWA-M 144-3 Regelstatiken für alle handelsüblichen Liner. Ein Aspekt, der für die Auftraggeber- und Auftragnehmerseite mehr Rechtssicherheit schafft. Ein Ergebnis aber auch, das deutlich macht, wie weit alle Beteiligten aufeinander zugegangen sind. Und hierin liegt vielleicht wieder eine der stärksten Argumente für den dauerhaften Erfolg der Veranstaltung.

Die Branche darf sich auf die Fortsetzung freuen, wenn auf dem 11. Deutschen Schlauchlinertag in Würzburg (www.schlauchliner.de) die volkswirtschaftliche Bedeutung der innerstädtischen Infrastruktur ebenso zur Sprache kommt, wie politische, vergabetechnische und qualitative Aspekte bei Herstellung, Planung, Ausschreibung und Einsatz der zukunftsweisenden Technologie. ❐

Wasserversorgungsbilanz Unterfranken 2025:

Lokale Maßnahmen

Die öffentliche Trinkwasserversorgung wird von Veränderungen in der Region beeinflusst. Ob Bevölkerungsentwicklung, geänderte Nutzungen oder Auswirkungen des Klimawandels: Es gilt, die Situation immer wieder kritisch zu überprüfen und rechtzeitig Vorsorge zu treffen.

Mit der Wasserversorgungsbilanz 2025 hat die Regierung von Unterfranken eine Gesamtschau über die öffentliche Trinkwasserversorgung erarbeitet, sich abzeichnende Entwicklungen abgebildet und überprüft, wie es um die Versorgungssicherheit bis 2025 bestellt ist. Die Bilanz ist Grundlage für die staatlichen Stellen bei der Beratung und Begutachtung von Vorhaben und gibt den Wasserversorgungsunternehmen Anhaltspunkte, wo eine detaillierte Überprüfung der Anlagen angezeigt ist.

Kaum Engpässe

Laut Regierung ist die Wasserversorgung in Unterfranken gut aufgestellt. Kaum einmal treten Engpässe auf. Dank des hohen Engagements der Wasserversorgungsunternehmen kann man sich in der Region darauf verlassen, dass die Qualität am Wasserhahn den hohen Anforderungen der Trinkwasserverordnung entspricht. Gleichwohl werden zur langfristigen Optimierung der Versorgungssicherheit lokale Maßnahmen für erforderlich gehalten.

Fakt ist, dass der demographische Wandel bis 2025 in Unterfranken einen leichten Bevölkerungsrückgang von etwa minus -3 % bewirken wird. Dabei stehen den weitgehend stabilen Bevölkerungszahlen in den Ballungsräumen starke Rückgänge (bis minus 17 %) in strukturschwachen Kommunen gegenüber.

In einigen Gebieten von Odenwald, Rhön und Spessart ist auf Grund des geringen Speichervermögens des Untergrundes der Spitzenbedarf bei verringerten Quellschüttungen in ausgeprägten Trockenphasen nicht vollständig abgedeckt. Hier können meist nur überörtliche Verbundlösungen wirksam Verbesserungen schaffen.

Eine eingeschränkte Versorgungssicherheit weisen zudem Gebiete auf, deren Wasserversorgung nur auf einer einzelnen Fassung (Brunnen, Quelle) beruht. Bei einem Ausfall dieser Fassung kommt die örtliche Wasserversorgung zum Erliegen. Die Erschließung eigener neuer Vorkommen sowie lokale und regionale Verbünde stehen als Lösungen offen.

Die Zusatzwasserversorgung von außerhalb Unterfrankens über Fernwasser erreicht nur in der Region 2 (Würzburg) eine nennenswerte Größenordnung (Anteil am Wasseraufkommen 13 %). Aufgrund des stabilen Wasserbedarfs bis 2025 bleibt die Bedeutung der Fernwasserversorgung unverändert. Sie leistet damit auch weiterhin einen wichtigen Beitrag für die Sicherstellung der Wasserversorgung in Unterfranken und muss für die Zukunft erhalten bleiben.

Der Klimawandel wird bis 2025 nur einen moderaten Einfluss auf die Wasserversorgung in Unterfranken haben. Verstärkt sind Versorgungsengpässe bei Spitzenverbräuchen dort zu erwarten, wo in Gebieten mit ungünstigen Speichereigenschaften des Untergrundes Quellwasser einen hohen Anteil am Wasseraufkommen besitzt. Hierfür sind entsprechende Vorsorgemaßnahmen zu treffen.

Nitratbelastungen

Die Nitratbelastungen im Rohwasser sind in einigen Gebieten nach wie vor hoch, auch wenn der Trend zum Rückgang bei Nitratbelastungen mit mehr als 50 mg/l anhält. Es sind weiterhin erhebliche Anstrengungen zum Schutz des Grundwassers erforderlich, zumal die Herausforderungen an das Management des Nitrathaushalts im Boden durch den Klimawandel wachsen werden.

Das Dargebot an Grundwasser in Unterfranken ist in der Summe ausreichend, um neben den aktuellen Nutzungen auch die oben genannten Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssicherheit realisieren zu können. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der durch den Klimawandel ausgelösten Veränderungen. Die Grundwasservorkommen sind in Unterfranken aber ungleich verteilt. Insofern ist die Verfügbarkeit des Grundwassers am Ort des Bedarfs differenziert zu betrachten. **DK**

Die Chip-Unit inversiert den Synthesefaserliner mit Luftdruck in das zu sanierende Rohr. Foto: Insituform GmbH

Gütesicherung Kanalbau bei HAMBURG WASSER hoch im Kurs:

„Wir setzen konsequent auf Qualität“

In Hamburg heißen die Straßenabläufe Trumme und die Abwasserkanäle Siele – so steht es im Vorwort der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen für den Bau von Sielen (ZTV – Siele Hamburg), die in Ergänzung zu den geltenden DIN-Normen und Richtlinien auf die Gegebenheiten der Hansestadt abgestimmt sind. Das „Hamburger Standardwerk“ genießt seit vielen Jahren einen hervorragenden Ruf, auch über die Region hinaus, und setzt mit seinen hohen Anforderungen Maßstäbe beim Neubau und bei der Sanierung von Abwasserleitungen und -kanälen.

Konsequent wird in Hamburg auf die Qualität von Material und Ausführung sowie die Qualifikation der ausführenden Unternehmen geachtet. Dementsprechend wird bei Auftragsvergabe ein Qualifikationsnachweis von den Bietern gefordert. Der Auftragnehmer darf nur dann Sielbaumaßnahmen ausführen, wenn er über die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit verfügt. Der Auftragnehmer hat seine Eignung vor Auftragserteilung auf Grundlage der Gütesicherung RAL-GZ 961 nachzuweisen. Damit ist der Grundstein für einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Kanalbau in Hamburg gelegt.

Ziel ist es, mit geeigneten Maßnahmen und Prüfungen Bauwerke mit langer Nutzungsdauer und geringen Unterhaltskosten zu errichten. Davon profitieren alle: Mit zuverlässiger Bauausführung verbessert sich die Wirtschaftlichkeit der Abwassernetze, denn geringere Unterhaltskosten sowie eine längere Nutzungsdauer sind die Folgen – hierin ist man sich bei HAMBURG WASSER einig.

Im Gleichordnungskonzern HAMBURG WASSER sind die Unternehmen Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) und die Hamburger Stadtentwässerung AöR (HSE) zusammengeschlossen. Kernaufgaben sind die Wasserbeseitigung in der Region und die Beseitigung des anfallenden Abwassers, das in das unterirdische Sielnetz fließt. Dieses hat eine Länge von 5.700 Kilometern und sammelt das Abwasser von rund 2,2 Millionen Haushalten, Gewerbe- und Industriebetrieben sowie von 28 Umlandgemeinden. Es wird zum Klärwerksverbund Köhlbrandhöft/Dradenau transportiert, wo eine mehrstufige Behandlung und Reststoffverwertung erfolgt.

Hohe Ausführungsqualität

Bei der Hamburger Stadtentwässerung stehen der Werterhalt und die Modernisierung des Sielsystems im Vordergrund. Bereits im 19. Jahrhundert wurden unter Federführung des britischen Ingenieurs William Lindley die ersten Siele in Hamburg gebaut. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts sind bereits 900 km gemauerter Abwasserkanäle entstanden. „Und das auf einem handwerklich hohen Niveau“, wie Dipl.-Ing. Burkhard Schonlau, Ingenieurbüro, Abteilungsleiter Sonderprojekte, HAMBURG WASSER erklärt.

Hierauf basiert in Hamburg eine 170jährige Ingenieurstradition, die – unter Berücksichtigung der infrastrukturellen und baulichen Rahmenbedingungen der Region – ausschlaggebend für die Schaffung und stete Weiterentwicklung der hohen Anforderungen war, wie sie heute charakteristisch für den Umgang mit der unterirdischen Infrastruktur sind.

Erhöhte Anforderungen

Vor allem die nicht einfachen Baugrundverhältnisse – es handelt sich häufig um Marschgebiete mit hohem Grundwasserspiegel und organischen Böden – und der baulichen Ausgestaltung des Innenstadtbereichs mit seinen typischen Fleeten und der engen Bebauung schaffen besondere Spielregeln. Hinzu kommt: Mehr als 200 Pumpwerke halten das Abwasser in Bewegung, denn das Gelände ist äußerst flach. Das stellt unter anderem hohe Anforderungen an die eingesetzten Materialien, da die geringe Fließgeschwindigkeit bei gleichzeitig hoher Verweildauer die biogene Schwefelsäurekorrosion begünstigen. „Bei einem pH-Wert < 1 ist da schon eine besondere Sorgfalt bei der Auswahl der Werkstoffe gefragt“, so Schonlau.

Materialliste leistet Orientierung

Orientierungshilfe gibt hier die so genannte Materialliste, die Bestandteil der ZTV – Siele ist. „Erfüllt ein Werkstoff bestimmte Prüfkriterien, wird er in die Liste aufgenommen und darf bei Neubau- oder Sanierungsmaßnahmen eingesetzt werden“, erklärt Schonlau. Ebenso große Anforderungen bestehen hinsichtlich der Bauausführung. Es muss sehr präzise gearbeitet werden. Deshalb gibt es zum Beispiel besondere Anforderungen hinsichtlich der Lagegenauigkeit.

Entsprechende Sielbauvorschriften gibt es in Hamburg bereits seit den 1920er Jahren. Hieraus hat sich die ZTV – Siele entwickelt, die zurzeit in der 2011er Ausgabe vorliegt. Nach Aussage von Burkhard Schonlau handelt es sich um eine dynamische Arbeitsunterlage, in die die Erfahrung von allen Baustellen sukzessive einfließt – vom ersten Planungsgedanken über die Ausschreibung und Ausführung bis hin zur Bauabnahme. Besonders wertvoll sind die langjährigen Betriebserfahrungen, die systematisch vom Netzbetrieb rückgekoppelt werden. Hauptverantwortlich hierfür ist das unternehmenszugehörige Ingenieurbüro, das allerdings nicht nur Leistungen für HAMBURG WASSER erbringt, sondern auch für externe Auftraggeber tätig wird. „Und das mit Brief und Siegel“, weist Dipl.-Ing. Hans-Christian Möser, vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft beauftragter Prüfingenieur, auf den Umstand hin, dass das Ingenieurbüro ebenso wie HAMBURG WASSER Mitglied in der RAL-Gütegemeinschaft Kanalbau ist. „Während HAMBURG WASSER als Gründungsmitglied seit 1988 mit der Nr. 15 zur Mitgliedsgruppe 2 gehört, führt das Ingenieurbüro ein Gütezeichen der Beurteilungsgruppe ABS, die Eignungskriterien für die Ausschreibung und Bauüberwachung von Maßnahmen in der grabenlosen Sanierung definiert“, so Möser weiter. Auch hier waren die Hamburger ganz vorne mit dabei. Dem Ingenieurbüro wurde als eine der ersten Organisationen die Erfüllung der Anforderungen bestätigt und das Recht zum Führen des Gütezeichens ABS verliehen. ❐

Kultur+Kongress Forum Altötting:

Repräsentatives Jahrhundertprojekt

Festakt mit Ministerpräsident Horst Seehofer

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste ist das Kultur+Kongress Forum Altötting feierlich eröffnet worden. Nach nur 25-monatiger Bauzeit wurde das moderne Gebäude seiner Bestimmung übergeben. Das serviceorientierte Haus bietet mit rund 1.850 qm Veranstaltungsfläche den geeigneten Raum für Kongresse, Kulturveranstaltungen und Feierlichkeiten. Das Herzstück des neuen Forums bildet der mit modernster Technik ausgestattete Raiffeisen-Saal, der bis zu 850 Menschen Platz bietet.

Für das Projekt Kultur+Kongress Forum Altötting wurde ein Energiekonzept entwickelt. Grundlage hierfür ist ein kompaktes Gebäudevolumen, also eine günstige Baukörperform, die zu möglichst geringen Energieverlusten führt. ❐

Erster Bürgermeister Herbert Hofauer wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass mit der Fertigstellung des Kultur+Kongress Forum Altötting ein jahrzehntelanges Bemühen um die Schaffung einer repräsentativen und bedarfsgerechten Veranstaltungsstätte für die Kreisstadt Altötting und für das Bayerische Nationalheiligtum an ein glückliches Ende gelangt sei. Es handle sich hier um die größte städtische Hochbaumaßnahme in der mehr als 1265-jährigen Geschichte Altöttings.

Ein langer Weg

„Es war ein langer und manchmal auch steiniger Weg zu beschreiten, bis wir an diesem heutigen Tag ankommen konnten“, stellte Hofauer fest. Vom Erwerb des Baugrundstückes im Zentrum der Stadt und von entsprechenden Voruntersuchungen, ob hier ein Veranstaltungssaal zu realisieren sei, vom Neubau der Passage durch den Gasthof Scharnagl, vom Bau der Tiefgarage am Forum, von der umfangreichen Diskussion des Raumprogramms über die Durchführung eines europaweiten Architektenwettbewerbs mit anschließendem VOF-Verfahren, die Erledigung notwendiger Bauleitplanungsverfahren, die Auswahl des Architekturbüros, die Erstellung der Eingabeplanung und über den notwendigen Zuerwerb zusätzlicher Grundstücksflächen in der Nachbarschaft, bis hin zur Werkplanung und zur Durchführung des Bauprojektes und dem Probebetrieb in den letzten Wochen hätten viele Steine aus dem Weg geräumt werden müssen.

Tragfähiges Finanzierungskonzept

Grundlage für alle Überlegungen sei die Aufstellung eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes gewesen, „war uns doch von Anfang an klar, dass die Stadt Altötting alleine ein derartiges Vorhaben mit einem Kostenaufwand von über 16 Millionen Euro nicht stemmen könnte“. So galt Hofauers Dank in erster Linie Ministerpräsident Seehofer für die herausragende Unterstützung dieses Projektes durch den Freistaat Bayern. Als Hauptzuschussgeber stellte Bayern aus Mitteln des Programms der regionalen Wirtschaftsförderung (RÖFE) rund 7 Mio. Euro zur Verfügung. Aus Mitteln der Städtebauförderung erhielt die Kreisstadt Altötting eine Zuwendung in Höhe von rund 1,6 Mio. Euro.

Gemeinschaftsleistung

Wegen der Bedeutung des Projektes für die Kreisstadt Altötting und die gesamte Region erklärte sich zudem die VR meine Raiffeisenbank eG Altötting-Mühldorf bereit, im Rahmen einer Sponsoring-Vereinbarung 1 Mio. Euro als Anschubfinanzierung zum Bau des Kultur+Kongress Forum Altötting zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus stiftete das Kreditinstitut für den Außenbereich des Kultur+Kongress Forum Altötting einen Trinkbrunnen des Bildhauers Joseph Michael Neustifter. Insgesamt bringt die Kreisstadt Altötting Eigenmittel in Höhe von rund 5,8 Mio. Euro auf.

Enges Zeitfenster

Nach Hofauers Worten konnte für dieses Projekt ein enges Zeitfenster genutzt werden. „Mutige Entscheidungen waren notwendig, Hilfe von den verschiedensten Seiten wurde uns gewährt, manchmal glaubten wir wirklich an wahre Fügungen, dass diese beispielhafte Gemeinschaftsleistung gelingen konnte.“

Der Rathauschef brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass das Kultur+Kongress Forum Altötting die Stadt weiter aufwerten und bereichern kann und sich neue wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Akzente setzen lassen „für eine erfolgreiche Zukunft der schönen Stadt“. Die Altöttinger Bürgerschaft und viele Gäste aus nah und fern sollten diese neue Einrichtung als die ihre erkennen und bestmöglich annehmen.

Zweites Standbein

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer betonte in seiner Festansprache, dass mit dem Kultur+Kongress Forum die Wallfahrtsstadt Altötting jetzt einen Veranstaltungsort hat, der ihrer Bedeutung gerecht wird. Mit dem Kultur+Kongress Forum stelle sich Altötting aber auch fest auf ein zweites Standbein. Altötting sei eine moderne Kreisstadt, ein Mittelzentrum im östlichen Oberbayern. Zudem habe der Landkreis Altötting als Industriestandort im Bayerischen Chemiedreieck Bedeutung weit über die Region hinaus.

Der richtige Rahmen

Seehofer: „Das sind hervorragende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kongressstadt. Das neue Forum bietet dafür genau den richtigen Rahmen. Hier sind Veranstaltungen mittelständischer Unternehmen genauso gut möglich wie Kongresse internationaler Konzerne. Große Verbände können ihre Jahrestagungen abhalten. Kurz: Das Kultur+Kongress Forum ist ein absolutes Alleinstellungsmerkmal von Altötting in der Region! Sie haben hier an der Zukunft Ihrer Stadt gebaut.“

Begegnungsstätte

Geistliche Tradition und wirtschaftlicher Erfolg – „das Kultur+Kongress Forum stärkt beide Lungenflügel Ihrer Stadt“, fuhr Seehofer fort. Und mehr noch: Für die Bürgerinnen und Bürger Altöttings sei eine Begegnungsstätte entstanden.

Mit dem neuen Veranstaltungszentrum sei das Herz dieser Stadt noch reicher geworden, konstatierte der Ministerpräsident. Hier fänden Jung und Alt Ablenkung und Anregung. Im Forum Altötting komme Theater und Kabarett auf die Bühne, geboten würden große Spektakel und mitreißende Musik.

Kultur in Bayern

Seehofer abschließend: „Für Bayern gilt: Die Vielfalt ist unsere große Stärke. Die kommenden Veranstaltungen im Kultur+Kongress Forum sind dafür das beste Beispiel. Hier finden lokale und regionale Künstler und Vereine genauso eine Bühne wie internationale Produktionen. So ist Kultur in Bayern: weltoffen und traditionsbewusst zugleich.“

Mit der symbolischen Schlüsselübergabe an Bürgermeister Hofauer bzw. an die Geschäftsführerin des Kultur+Kongress Forum Altötting, Martina Horn, endete der offizielle Festakt. Ministerpräsident Horst Seehofer enthüllte im Anschluss eine Sponsorentafel im Foyer des Kultur+Kongress Forums. **DK**

Baustoff Recycling Forum 2013 in Augsburg

Wichtige Informationsplattform

Auch 2013 lädt der Baustoff Recycling Bayern e.V. zu seinem Baustoff Recycling Forum ein, um Herstellern, Anwendern und der öffentlichen Verwaltung eine Informationsplattform über die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für den Einsatz von Recyclingbaustoffen in Bayern zu bieten. Treffpunkt ist am 27. Februar im Hotel Steigenberger Drei Mohren in Augsburg.

Die Themen könnten aktueller nicht sein: Kreislaufwirtschaftsgesetz und Anlagenverordnung (AwSV) - Risiken und Chancen für die Aufbereitungsbranche, Ordnungsgemäße und schadlose Verwertung von Recyclingbaustoffen - aktuelle Anforderungen an Hersteller, Verwender und Verwaltung, Qualitätssicherung und Zertifizierung in der Praxis, Mantelverordnung - Zukunft oder Niedergang?

Vertreter aus Ministerien, der Verwaltung, der Wissenschaft und natürlich aus Unternehmen werden ab 9 Uhr zu diesen Themen Stellung nehmen, Chancen und Risiken skizzieren, Lösungsmöglichkeiten aufzeigen und insbesondere die Zukunft von Recyclingbaustoffen sowie der Verfüllung in Gruben, Brüchen und Tagebauen erörtern.

Die Veranstaltung endet gegen 17 Uhr. Vertreter des öffentlichen Dienstes können kostenlos teilnehmen.

Programm und Anmeldung: www.baustoffrecycling-bayern.de

Landkreis Landshut:

Zukunftsorientierte Investition

Richtfest für neues Ergoldinger Gymnasium

Leidenschaftlich und kontrovers wurde über die Notwendigkeit eines neuen Gymnasiums im Landkreis Landshut debattiert und gerungen. Erst ein Bürgerentscheid wies den Weg zum Neubau auf einem Gelände der Marktgemeinde Ergolding. Im November 2011 fand der offizielle Spatenstich statt, im April 2012 war symbolische Grundsteinlegung und Ende des vergangenen Jahres konnte nun das Richtfest gefeiert werden. Vor gut 100 geladenen Gästen zeigten sich Landrat Josef Eppeneder und Regierungspräsident Heinz Grunwald zuversichtlich, dass das neue Gymnasium ein Aushängeschild für die Bildungsregion Landshut sein wird.

Der Bau des 32-Millionen-Euro-Projekts ist absolut im Zeit- und Kostenrahmen. Einzugstermin wird der Schuljahresbeginn im September 2013 sein. Dann verfügt der Landkreis laut Eppeneder über ein modernes, vierzügiges Gymnasium mit einem naturwissenschaftlichen und einem wirtschaftswissenschaftlichen Zweig. Der Landkreischef kündigte einen Wettbewerb mit und für das neue Gymnasium an und war davon überzeugt, dass das neue Gymnasium in der Bevölkerung angenommen und „voll belegt und ausgelastet“ sein werde.

Enge Kommunikation

Lob und Dank zollte der Landrat allen am Bau Beteiligten. Der rasche Baufortschritt sei letztlich nur möglich geworden durch eine enge und umfangreiche Kommunikation zwischen Architekten, Politik und Verwaltung. „Fast so frostig wie die heutigen Temperaturen“ sei manchmal die „Zeit des Ringens um die Entscheidung Ja oder Nein zu einem neuen Landkreis-Gymnasium“ gewesen, blickte der Landrat zurück, doch gehöre dies nunmehr der Vergangenheit an.

Zeichen für Bildung

Regierungspräsident Heinz Grunwald bescheinigte dem Landkreis Landshut, mit dem Neubau einmal mehr zu zeigen, wie wichtig Schulen und Schüler seien. So sei mit dem Engagement für die Sanierung der beiden Landshuter Berufsschulen erst vor kurzem „ein Zeichen für die Bildung gesetzt“ worden. Grunwald dankte Eppeneder stellvertretend für alle Beteiligten dafür, dass mit dem Bau des neuen Gymnasiums „ein neues Kapitel im Buch der Bildungsregion“ aufgeschlagen werde und man den schulpolitischen Trend in der Region im Visier habe. Denn die Tendenz gehe weiterhin dazu, dass noch mehr Schüler eines Jahrgangs das Abitur am Gymnasium machen wollen. Der Zuschuss des Freistaats Bayern aus Steuermitteln in Höhe von 10,4 Milliarden Euro sei sehr gut angelegt, betonte der Regierungspräsident. Damit könne etwa ein Drittel der Baukosten abgedeckt werden.

Topmodernes Schulgebäude

Neben Landrat und Regierungspräsident lobten auch Ergoldings Bürgermeister Josef Heckner und Architekt Markus Neuber den Fleiß, die Tüchtigkeit, die Zuverlässigkeit und die Termintreue aller Beteiligten. Bürgermeister Heckner sprach von einem „topmodernen Schulgebäude“, das den Schulstandort Ergolding komplettiere und verwies auf den Beitrag der Marktgemeinde, die das 20.000 qm große Grundstück mit einem Wert von rund 2,7 Millionen Euro dem Landkreis kostenlos übereignet hat. Da Wissen nun einmal „die zentrale Ressource für uns“ darstelle, sei die wohnortnahe Schule eine zukunftsorientierte Investition in die Bildung nachwachsender Generationen. **DK**

Studie zum Eigenheimerwerb:

Wohnimmobilien in Bayern erschwinglich

Wirtschaftliche Situation und Zinsniveau tragen zur Finanzierbarkeit bei

Trotz steigender Preise sind Wohnimmobilien in Bayern für breite Bevölkerungsschichten erschwinglich. 42 Prozent der Haushalte, die zwischen 2008 und 2011 eine Eigentumswohnung im Freistaat erworben haben, verfügen über ein Monatsnettoeinkommen von weniger als 3000 Euro. Das geht aus einer repräsentativen Studie von TNS Infratest hervor, wie die LBS Bayern mitteilt. Im Durchschnitt liegt die monatliche Belastung durch eine Wohnimmobilienfinanzierung bei 900 Euro.

Zur Finanzierbarkeit von Wohneigentum trägt neben der nach wie vor guten wirtschaftlichen Situation und der geringen Arbeitslosigkeit im Freistaat auch das historisch niedrige Zinsniveau bei, erklärt die LBS Bayern. Der Zinssatz für Immobilienfinanzierungen mit zehnjähriger Zinsfestschreibung hat sich in den vergangenen fünf Jahren nahezu halbiert.

Derzeit sind Immobilienfinanzierungen mit einem Zinssatz von unter drei Prozent möglich. Dies verbilligt Finanzierungen und kompensiert selbst die teils deutlichen Preisanstiege in gefragten Ballungsräumen. Gerade für Haushalte mit mittleren Einkommen spielt die langfristige Absicherung gegen steigende Zinsen eine wichtige Rolle, betont die Landesbausparkasse.

Wenn eine Immobilienfinanzierung mit einem Bausparvertrag verknüpft wird, lässt sich das Zinsniveau bis zur letzten Rate festschreiben – auch wenn diese erst in 20 oder mehr Jahren fällig ist. ❐

Recycling-Baustoffe aus Bayern - der Umwelt zuliebe nur mit diesem Zeichen!
BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
UMWELT PAKT BAYERN
Teilnehmer am
www.baustoffrecycling-bayern.de

Bayerischer Ingenieuretag in München:

„Ingenieure gestalten Zukunft“

„Der 21. Bayerische Ingenieuretag in München war ein voller Erfolg“, resümiert Dr.-Ing. Heinrich Schroeter, Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau. „Wir hatten mit Prof. Dr. Klaus Töpfer und Joachim Herrmann großartige Referenten; wir haben drei Ingenieure, die herausragende Projekte geplant und realisiert haben, mit dem Ingenieurpreis 2013 ausgezeichnet und mit rund 900 Gästen konnten wir obendrein einen Besucherrekord verzeichnen“, fasst Schroeter die Veranstaltung zusammen.

„Ingenieure gestalten Zukunft“ war das Motto des diesjährigen Ingenieuretages, den die Bayerische Ingenieurekammer-Bau jedes Jahr im Januar ausrichtet. Zugleich war es das Thema des Ingenieurpreises, den die Kammer im Zweijahresrhythmus vergibt.

Fokus auf Sanierung

In seiner Rede stellte der frühere Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer besonders die Bedeutung der energetischen Zukunft heraus. Er betonte, dass die Energiewende keineswegs nur im Kontext der Stromversorgung gesehen werden dürfe. Der Energiebedarf von Gebäuden dürfe keinesfalls vergessen werden: „Es ist unmöglich, Energiewende zu machen, ohne bei den Bestandsgebäuden etwas zu tun. Denn 40 Prozent der Energie wird über Gebäude verbraucht.“ Töpfer forderte: „Es reicht nicht, sich auf den Neubau zu konzentrieren. Wir müssen mehr tun bei der Sanierung im Gebäudebestand!“ Er erläuterte, dass derzeit nur 1 Prozent der Bestandsgebäude pro Jahr saniert würde. „Also braucht man 100 Jahre, um durch zu sein. Und nach 50 Jahren muss man wieder von vorne anfangen“, so Töpfer.

Töpfer hatte auch einen Lösungsvorschlag: Man müsse die Sanierung des Bestands steuerlich fördern. Denn kein Trieb sei so stark wie der Steuerspartrieb. Das müsse man nutzen. Klar sei aber auch: „Es wird ohne Ingenieure die Energiewende nicht erfolgreich geben.“

Lebensqualität sichern

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann sagte: „Unsere Bau- und Infrastrukturprojekte müssen ihrer Zeit voraus sein. Denn wir bauen für die Zukunft unseres Landes. So sichern wir die hohe Lebensqualität der Menschen in Bayern auch für kommende Generationen. Gemeinsam mit unseren Ingenieuren und Architekten wollen wir auch weiterhin das Bauen fördern und voranbringen. Energieeffizientes und ressourcenschonendes Planen und Bauen, die Nachhaltigkeit beim Bau und Betrieb von Straßen und Gebäuden und die demografischen Veränderungen zählen dabei zu unseren wichtigsten Handlungsfeldern.“

Mit dem mit 10.000 Euro dotierten Ingenieurpreis 2013 wurden anschließend das Münchner Büro von Prof. Dipl.-Ing. Christoph Ackermann und das Ingenieurbüro Bamberger aus dem Landkreis Eichstätt sowie Dipl.-Ing. Gisela Raab aus Oberfranken ausgezeichnet. Ackermann und Bamberger belegten je Platz eins, Frau Raab den dritten Platz. Zudem gab es zwei lobende Erwähnungen.

Ausstellungsbeleuchtung der Galerie im Lenbachhaus

Das Büro von Prof. Ackermann bekam den Preis für das Solardach des Carports des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM). Das Ingenieurbüro Bamberger wurde für die Ausstellungsbeleuchtung der Galerie im Münchner Lenbachhaus ausgezeichnet. Gisela Raab lieferte mit ihrem Mehrfamilienhaus, das für Menschen mit multipler Chemikalienunverträglichkeit geeignet ist, ein prämierungswürdiges Beispiel für baubiologisches und ökologisches Bauen.

Lobende Erwähnungen gab es für Dipl.-Ing. Peter Voland von SSF Ingenieure AG, München, und Dipl.-Ing. Norbert Nieder von der IB Konstruktionsgruppe Bauen AG aus Kempten. Voland hatte den Neubau des Bayerischen Zentrums für Angewandte Energieforschung e. V. (ZAE Bayern) in Würzburg verantwortet; Nieder die Talbrücke Enzenstetten in Seeg. ❐

Die Gewinner des Ingenieurpreises 2013: Prof. Dipl.-Ing. Christoph Ackermann, Dipl.-Ing. Gisela Raab und Dipl.-Ing. Michael Bamberger zwischen Prof. Dr. Klaus Töpfer und Dr.-Ing. Heinrich Schroeter, Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau. Foto: Birgit Gleixner

Internationale Grüne Woche in Berlin:

Projekte für innovatives Bauen ausgezeichnet

Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, hat im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin vier Bauherren als Gewinner des Bundeswettbewerbs „HolzbauPlus“ ausgezeichnet, fünf weitere Projekte wurden mit Anerkennungen geehrt.

„Die Preisträger haben bei ihren Bauprojekten sehr innovativ mit Holz oder anderen Materialien aus nachwachsenden Rohstoffen einen Neubau realisiert oder ein bestehendes Gebäude saniert. Sie haben gezeigt, wie leistungsfähig Baustoffe und Energieträger aus nachwachsenden Rohstoffen sind. Die umgesetzten Bauvorhaben sind vorbildliche Beispiele für besonders nachhaltiges Bauen, die andere Bauherren inspirieren können“, sagte Aigner. Insgesamt hatten sich 151 Personen mit ihren Projekten um eine Auszeichnung und die Preisgelder in Höhe von insgesamt 37.500 Euro beworben.

Wettbewerb „HolzbauPlus“

Der Bundeswettbewerb „HolzbauPlus“ umfasst alle Aspekte des Bauens mit nachwachsenden Rohstoffen. Neben dem Einsatz von Holz in der Konstruktion zeigt er unter anderem die Verwendungsmöglichkeiten von alternativen Dämm- und Ausbaustoffen sowie Naturfarben und gibt Anregungen für Fassadenlösungen oder Innenraumgestaltungen auf Basis nachwachsender Rohstoffe. Eine energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe rundet die ganzheitliche Idee der Nachhaltigkeit ab.

Die unabhängige Jury wählte Projekte aus, die gestalterisch, konzeptionell und technologisch in besonderer Weise das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen demonstrieren. Die vier Gewinner erhalten ein Preisgeld von je 7.500 Euro, fünf weitere Projekte bekommen eine Anerkennung von je 1.500 Euro.

Die Preisträger in den vier Kategorien:

- Öffentliches Bauen: Im Kindergarten der Gemeinde Uttenreuth (Bayern) entsprechen die eingesetzten konstruktiven Mittel, u.a. Holzrahmenbau, Brettstapeldecken, Zellulosedämmstoffe und Lärchenholzfassade, einem kostenbewussten Baustandard, der mit einer hochwärmegedämmten Hüllkonstruktion und mit hohen optischen, akustischen und haptischen Qualitäten realisiert wurde.
- Gewerbliches Bauen: Das Verwaltungsgebäude der Scheiffele-Schmiederer KG in Philippsburg (Baden-Württemberg) wurde unter Einsatz modernster Holzbau- und Holzwerkstoffe gefertigt und zeugt von der Leistungsvielfalt und Gestaltungsqualität des modernen Holzbaus. Auch im Innenausbau wurde umfangreich auf den Einsatz nachwachsender Rohstoffe mit hohen gestalterischen und technischen Qualitätsmerkmalen gesetzt.
- Wohnungsbau Neubau: Mitten in Berlin steht das Wohnungsbauprojekt der Baugemeinschaft 3XGRÜN. Der fünfgeschossige Holzbau stellt eine intelligente Mischkonstruktion aus Holzskelett-, Holzrahmen- und Brettsperrholzbauweise dar. Die Wärmeversorgung basiert auf erneuerbaren Energien in Form einer zentralen Pelletheizanlage. Das Projekt zeigt einen interessanten Weg, nachhaltige Baustoffe und attraktives, urbanes Wohnen miteinander zu verbinden.
- Wohnungsbau Sanierung: Eine zweite Hülle bekam ein Mietwohnungsblock mit 60 Wohneinheiten der Augsburger Wohnungsbaugesellschaft in Bayern: Durch eine vorgesetzte Fassade aus Holztafelelementen und eine Zellulosedämmung konnte der Energieverbrauch deutlich gesenkt werden. Die bestehenden Balkone wurden in Wohnraum und Wintergärten umgewandelt, zusätzlich entstanden neue Balkone. Die Sanierung mit den vorgefertigten Holzbauelementen erfolgte sehr kosteneffizient, da sie nur wenig Zeit in Anspruch nahm und die Mieter weiter dort wohnen konnten.

Darüber hinaus hat das BMELV fünf weitere Projekte geehrt:

- Gemeinde Frickingen – Neubau Bauhof, Landkreis Bodensee, Baden-Württemberg
- Da-Di-Werke – Neubau einer Sprachheilschule in Griesheim, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Hessen
- Design.s Richard Stanzel – Schreinerei Werkhalle in Freising, Landkreis Freising, Bayern
- Hans Peter Kleemann – Umbau und Erweiterung eines Berggasthofes am Illmensee, Landkreis Sigmaringen, Baden-Württemberg
- Brigitte und Bernhard Schele - Ländlicher Wohnungsneubau in St. Georgen, Landkreis Schwarzwald-Baar, Baden-Württemberg. ❐

Hinter den Mauern herrscht Freiheit

Stadtmauern: In Unterfranken gibt es besonders viele alte Befestigungsanlagen

Nur in einer einzigen deutschen Stadt hat man die Chance, auf der Stadtmauer komplett um die Siedlung herumzulaufen: In Nördlingen. In Unterfranken sind mehrere Mauern immerhin fast vollständig erhalten. Vor allem in fränkischen Städten um Würzburg wie Aub, Eibelstadt, Sommerhausen und Ochsenfurt. In Lohr sind noch Reste der Stadtmauer zu sehen. In Würzburg stehen Teile der Burgbefestigungsanlage. Rund 20 Stadtmauern gibt es unterfrankenweit heute noch zu bewundern.

Dass es um die unterfränkischen und bayerischen Stadtmauern recht gut bestellt ist, sei König Ludwig I. zu verdanken, erklärt Professor Dr. Egon Johannes Greipl. „Als früherer Denkmalpfleger setzte er sich für den Erhalt der mittelalterlichen Stadtmauern ein, als diese keinen militärischen Zweck mehr hatten“, erläutert der Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege.

Belastung für die Stadt

Bis in die Zeit um 1800 waren Stadtmauern das eigentliche Kennzeichen der Lebensform Stadt. Doch schon damals, also zu Beginn des 19. Jahrhunderts, stellten sie wegen des erforderlichen Bauunterhalts für die jeweiligen Städte eine Belastung dar.

Stadtmauern begeistern Touristen. Greipl: „Gerade, wenn sie gut erhalten sind.“ Bestes Beispiel ist Rothenburg ob der Tauber. Aber auch für Geschichtsinteressierte sind sie aufgrund ihrer historischen Bedeutung ein begehrtes Objekt. „Hinter den Mauern herrschte die Freiheit. Mauern, Türme, Gräben, Zwinger, Tore und Schanzen bedeuteten Sicherheit für die Bürger und begründeten die Bedeutung der Städte in den großen und den kleinen Kriegen.“ Sie kosteten allerdings schon damals viel Geld, mussten sie doch unterhalten und ständig den Fortschritten der Kriegstechnik angepasst werden.

Bayern ist das Bundesland mit den meisten Stadtmauern. Die Bauwerke, die einst den Zu- und Abgang von Menschen, Waren und Informationen zur Stadt und aus der Stadt kontrollierten, gibt es heute noch in mehr als 60 Städten zu bewundern. In Schleswig-Holstein hat lediglich Lübeck eine Befestigungsanlage aufzuweisen. In Mecklenburg-Vorpommern kann man die Städte mit erhaltener Mauer an einer Hand abzählen. Zu den besonders attraktiven bayerischen Mauern zählt neben jener von Nördlingen die in Amberg. Greipl: „Unterhalb des fünften Stadttors fließt die Veils. In dieser spiegeln sich die Torbögen mit dem Pfeiler in der Mitte.“ Einheimische sprechen von „Stadtbrille“.

Historische Bedeutung

Städte waren einst nicht zuletzt deshalb mit Mauern eingefasst, weil sie in Zeiten von Epidemien das Eindringen von Krankheiten verhindern sollten. „In ihrer Bedeutung sind Stadtmauern darum durchaus mit den strengen Sicherheits- und Kontrollschleusen auf den Flughäfen unserer Tage zu vergleichen“, erklärt der Generalkonservator.

Wegen ihrer historischen Bedeutung sollte alles getan werden, um sie zu schützen, appelliert der Historiker. In Bayern würde die Erhaltung von Stadtmauern regelmäßig aus Denkmalmitteln gefördert: „Dass diese bei weitem nicht ausreichen, um das Notwendige zu tun, ist bekannt.“

Dass Stadtmauern bei Touristen Interesse und Bewunderung erregen, bestätigt Dieter Daus von der Stadt Lohr: „Die Vorstellung, dass Städte früher ‚eingezäunt‘ waren, um sich vor Gefahren zu schützen, übt immer noch eine große Faszination aus.“ Durch die noch vorhandene Mauer fühlten sich die Lohrer Gäste in die Vergangenheit zurückversetzt: „Das macht das Urlaubserlebnis aus.“ Hinsichtlich des Bauunterhaltes stelle die Mauer die Stadt allerdings vor große Aufgaben, müssten doch immer wieder Teilbereiche saniert werden: „Wir würden uns deshalb eine größere staatliche Hilfe wünschen.“

Hohe Kosten

Im Gegensatz zu Lohr ist die Karlstadter Stadtmauer mit Ausnahme der Türme bisher nicht als Sehenswürdigkeit ausgebaut. „Bei den verschiedenen Stadtführungen ist sie jedoch selbstverständlich eingebunden“, so Cornelia Winkler, zuständig für Kultur- und Tourismus in Karlstadt. Bis zu 10.000 Euro lässt sich die Stadt den Erhalt ihrer Mauer im Jahr kosten. Für 2013 ist die Umgestaltung eines Tores für rund 75.000 Euro geplant. Winkler: „Vorliegende Pläne für eine stärkere touristische Nutzung der Stadtmauer sind mit hohen Kosten verbunden.“ Umgesetzt werden könnten diese nur mit staatlicher Unterstützung.

Beispiel Iphofen

In Iphofen bei Kitzingen können Touristen den Anblick einer Stadtmauer genießen, die noch nahezu vollständig erhalten ist. 1293 erhob Manegold von Neuenburg, Würzburgs Bischof, Iphofen zur Stadt. Noch im gleichen Jahr begann man mit dem Bau der Mauer.

Zu Beginn des 14. Jahrhunderts entstand das Rödelseer Tor, das bekannteste und älteste der drei erhaltenen Stadttore, das zum Wahrzeichen Iphofens erkoren wurde. Der massive Wehrturm stammt noch aus der Anfangszeit. Um- und ausgebaut wurde die Anlage zwischen 1450 und dem 17. Jahrhundert. Das „Schlupflöchlein“, das heute noch zu sehen ist, gewährte verspäteten Ankömmlingen Einlass. **Pat Christ**

Immobilientage Augsburg:

Themenwelten zur Jubiläumsmesse

Vom 15. bis 17. Februar 2013 präsentieren Architekten, Makler, Bauträger, Wohnungsbaugesellschaften und Finanzdienstleister im Rahmen der Immobilientage Augsburg auf dem Messegelände auch heuer wieder ihre aktuellsten Angebote.

Mit rund 200 Ausstellern, einem spezialisiertem Vortragsprogramm in modernen Messehallen und vielem mehr präsentiert sich die Messe für Bauen, Sanieren, Wohnen und Finanzieren einmal mehr als größte in Süddeutschland. Leistungsvielfalt, fachgerechte Beratung und Service zeichnen die ausstellenden Unternehmen auf den Immobilientagen aus. Mit dem bewährten Konzept steht die Messe wieder im Mittelpunkt der regionalen Immobilienwirtschaft.

In diesem Jahr soll das Thema „Wasser ist Leben...“ mehr in den Vordergrund gerückt werden. Geplant ist eine gemeinsame Themenwelt rund um das Element Wasser.

Mehrwert für Besucher

Jeder zweite Messebesucher träumt von einem Haus im Süden. Immer mehr Deutsche machen Ihren Traum vom Haus im warmen Klima und an herrlichen Stränden zur Wirklichkeit. Um den Besuchern einen Mehrwert zu bieten, ist für 2013 ebenfalls ein Themenbereich „Ferien- und Auslandsimmobilien“ geplant.

Gebäude in Stadt und Land kommen zunehmend „in die Jahre“ und fallen teilweise unter die Bestimmungen des Denkmalschutzes. Sanieren und Restaurieren spielen hier die entscheidende Rolle.

Die Augsburger Immobilienmesse besteht heuer seit 25 Jahren. Ihre Wiege stand 1987 im Mozartsaal der Kongresshalle Augsburg. In den folgenden Jahren stieg die Zahl der Aussteller stetig an, bis dann auch die Ausstellungsflächen der großen Kongresshalle mit den Foyers nicht mehr ausreichten, um alle Standanfragen zufrieden zu stellen.

Multifunktionsarena

Auf dem neuen Messegelände baute die Stadt Augsburg 1998 die Multifunktionsarena der Schwabenhalle mit rund 6.000 qm Hallenfläche. Im Jahr 1993 entschloss sich der Veranstalter zum Umzug der Immobilientage in das neue Messegelände Augsburg.

Zu dieser Zeit verzeichnete die Bau- und Immobilienbranche manche Konjunkturkrisen mit der Folge vieler Insolvenzen. Die Immobilientage hielten allen konjunkturbedingten Herausforderungen stand und konnten weiter wachsen. Der Verein Bau im Lot wurde im Jahre 2002 mit ihrer Baumesse zum beständigen Partner der Augsburger Immobilientage.

Einen der letzten Meilensteine nahmen die Augsburger Immobilientage mit ihrem Umzug in die 2009 erbaute Messehalle 5 mit über 8.000 qm Ausstellungsfläche. Augsburgs zweitälteste Messe für Endverbraucher kann sich so auch künftig den Anforderungen eines wachsenden Immobilienmarktes stellen. **DK**

Jubiläumsfeier 1200 Jahre Pliening:

Lebendige Heimatliebe und Kultur

Am 13. Januar 813 wurde Pliening (Kirchpliening - Gebiet um die Geltinger Kirche und Zehmerhof) zum ersten Mal urkundlich erwähnt. Mit vielen über das Jahr verteilten Veranstaltungen wird das Jubiläumsjahr 2013 in der oberbayerischen Gemeinde gefeiert. Die erste urkundliche Erwähnung beruht auf einer Schenkung von Besitztümern des Priesters Cundhart und dessen Neffen Liuthram im Bereich der heutigen Geltinger Kirche am Fuße der Endrißmoräne an Bischof Hitto.

Zum Auftakt des Festjahres gaben sich ranghöchste Würdenträger ein Stelldichein: Reinhard Kardinal Marx, Erzbischof von München und Freising, zelebrierte den Festgottesdienst in der Geltinger Dorfkirche und Ministerpräsident Horst Seehofer hielt als Schirmherr für die 1200-Jahr-Feier in Pliening eine launige Festrede.

An die Adresse von Bürgermeister Georg Rittler gerichtet lobte Seehofer in seiner Festansprache: „Für Ihr Jubiläum planen und organisieren Sie schon viele Monate. Sie haben in Ihrer Freizeit geschuftet: im Festausschuss, im Verein, als aktive Mitglieder Ihrer Gemeinde. Alle zusammen haben Sie das Festprogramm auf die Beine gestellt. Und das ehrenamtlich. Dieses Miteinander ist großartig!“

Liebeserklärung

Den Einsatz der Bevölkerung bezeichnete der Ministerpräsident als „echte Liebeserklärung an Pliening – und an unsere Heimat Bayern“! Sie erforschten die Geschichte ihres Ortes. Sie erweckten alte Bräuche und Traditionen zum Leben. „Sie zeigen: Heimatliebe und Kultur sind in Pliening jung und lebendig!“

Jubiläen wie in Pliening seien Anlass, sich bewusst zu machen, was die Vorfahren Bleibendes geschaffen haben, fuhr Seehofer fort. Angesichts des großartigen historischen Erbes müsse sich auch die heutige aktive Generation immer wieder fragen: Was schaffen wir an Bleibendem, von dem einmal unsere Kinder und Enkel profitieren werden?

In Pliening gestalte man die Zukunft gemeinsam. Transparenz, Bürgernähe und soziales Miteinander – nirgendwo würden diese Werte so unmittelbar gelebt wie in den Kommunen. „Deshalb beginnt unsere Politik für die Menschen immer dort – nah an den Alltagssorgen der Bürger, nah und schnell bei den Lösungen. Starke Kommunen sind Garanten für eine lebenswerte Heimat“, so Bayerns Ministerpräsident.

Der Freistaat unterstütze seine Gemeinden und Städte so stark wie noch nie: In diesem Jahr steigt der kommunale Finanzausgleich mit 7,8 Milliarden Euro auf Rekordhöhe. Die Leistungen an die Kommunen insgesamt lagen allein 2012 bei 10,4 Milliarden Euro und werden 2013 auf voraussichtlich 11,6 Milliarden Euro steigen. Damit geht nahezu jeder vierte Euro an die Kommunen.

Zudem würden die Gemeinden auch für das digitale Zeitalter gerüstet. In Pliening stehe die Versorgung mit schnellem Internet kurz vor dem Abschluss. Der Freistaat habe den Ausbau in Ihrer Gemeinde mit der Höchstsumme von 100.000 Euro gefördert. Überall in Bayern werde die Breitbandversorgung vorangebracht. Seehofer: „Jetzt startet das neue Förderprogramm für Hochgeschwindigkeits-Internet in ganz Bayern - weitere 500 Millionen Euro für die Zukunftskraft unserer Heimat! Bayern ist das kommunalfreundlichste Land in Deutschland. Wir bleiben ein verlässlicher und fairer Partner unserer Kommunen.“

„Bayerns Stärke sind seine Menschen“, fuhr der Ministerpräsident fort. Die Menschen in Bayern seien leistungsstark und sozial, heimatverbunden und weltoffen. Nirgendwo in Deutschland sei die Bindung zur Heimat so fest, so stark wie in Bayern. Nirgendwo sei die Bereitschaft so groß, sich für die Heimat einzusetzen. Bürgerschaftliches Engagement sei hier tief verwurzelt. Fast 3,8 Millionen Menschen seien im Ehrenamt aktiv – und viele gleich mehrfach. Dieses Engagement der Menschen stelle einen wertvollen Schatz für das Land dar.

Freiwilliges Engagement

Seehofer abschließend: „Gemeinschaft, Kreativität und freiwilliges Engagement – das sind die großen Stärken Bayerns. 1200 Jahre Pliening sind der beste Beweis: Jung und Alt helfen zusammen, Gemeindeverwaltung und Festausschuss, Organisatoren, Vereine und die Begeisterung der ganzen Ortsgemeinschaft machen dieses historische Jubiläum zu einem einzigartigen Erlebnis.“

Tatsächlich haben sich die Plieniniger Bürger einiges zum Jubiläumsjahr einfallen lassen. So hatte die Post am Jubiläumstag ein Sonderpostamt im Bürgerhaus eingerichtet, wo sich Liebhaber den Sonderstempel „13. 1. 2013“ auf einer Sonderbriefmarke „1200 Jahre Pliening“ abholen konnten. Darüber hinaus komponierte der Tiroler Komponist Adi Rinner für die Musikkapelle Gelting den „Plieninger Jubiläumsmarsch“ und eine dreiteilige, umfangreiche Chronik bzw. Festschrift ist nun auch erhältlich. Neben einem Plieninger Jubiläumsbrot der örtlichen Bäckereien wird u. a. auch am langen Festwochenende im Juni ein eigenes Festbier ausgeschenkt. **DK**

Sagenhafte Städte erzählen Geschichte(n)

Städte als Jahresthema 2013/2014 des Ferienlandes Donau-Ries

Sagenhafte Städte voller Geschichte und Geschichten spielen im Ferienland Donau-Ries eine wichtige Rolle. Als Jahresthema stehen sie in diesem und dem kommenden Jahr im Mittelpunkt der Marketingaktivitäten des Tourismusvereins.

Insgesamt neun historische Städte gibt es im Ferienland Donau-Ries. Die größte Stadt im Ries ist Nördlingen, bis heute umgeben von Deutschlands einziger vollständig erhaltener und rundum begehbarer Stadtmauer. Einmalig ist auch der Türmer, der noch das ganze Jahr hindurch in den Abendstunden seinen Wächterruf „So, G`sell, so!“ über Nördlingen erschallen lässt.

Große Bedeutung hatte die ehemals freie Reichsstadt Donauwörth nicht zuletzt aufgrund der Lage am Zusammenfluss von Donau und Wörnitz, die romantische Prachtstraße im Herzen der Stadt zeugt bis heute vom einstigen Reichtum. Doch auch in den kleineren Städten Bopfingen, Harburg und Höchstädt sowie in Monheim, Wemding und Rain finden sich zahlreiche Zeugnisse der Geschichte. Beeindruckend ist die einst konfessionell-geteilte Residenzstadt Oettingen i.Bay. mit ihren unterschiedlichen Straßenseiten: Fachwerkhäuser und Barockfassaden erinnern an die einstige Erbteilung zwischen zwei Grafenbrüdern.

Doch die neun Städte im Ferienland Donau-Ries haben nicht nur eine lange und reiche Vergangenheit, es sind auch lebendige Städte mit attraktiven Geschäften und guter Gastronomie, die zum Bummeln und Verweilen einladen. Und sie lassen die Besucher Geschichte hautnah spüren, etwa bei historischen Festen wie dem Stadtmauerfest in Nördlingen oder bei Stadtführungen mit historisch gewandeten Führern.

Aus diesem Grund erfreuen sich gerade kleinere historische Städte bei den Besuchern großer Beliebtheit. Das Ferienland Donau-Ries hat den Markttrend aufgegriffen und stellt seine historischen Städte zwei Jahre lang in den Mittelpunkt. In diesem Jahr wird der Schwerpunkt auf Stadtgeschichte und Stadtführungen gelegt, 2014 auf Stadterleben und Stadtfeste. Von Vorteil erweist sich dabei, dass mittlerweile in allen neun Städten ein interessantes und gutes Führungsangebot zu unterschiedlichen Themen besteht, betont Ferienland-Geschäftsführer Günther Zwerger. Lob gibt es auch von Landrat Stefan Rößle, Vorsitzender des Ferienlandes Donau-Ries, dass sich die städtischen Tourist-Informationen sehr professionell bei diesem Thema engagieren. Sicher ein Grund dafür, dass die Nachfrage nach Stadtführungen sichtbar zugelegt hat in den vergangene Jahren.

Informationen zum Jahresthema „Sagenhafte Städte“ und den neuen Städten im Ferienland gibt es nicht nur im neuen Angebotskatalog, sondern auch im Flyer „Historische Städte“. Broschüren, Flyer und weiteres Infomaterial unter Telefon 0906/74-211 oder im Internet unter www.ferienland-donau-ries.de. ❐

Fast jedes zweite Krankenhaus in Bayern schreibt rote Zahlen

Die bayerischen Krankenhäuser steuern in ein ausgesprochen schwieriges Jahr 2013. Die finanzielle Lage, die sich bereits im Jahr 2012 besorgniserregend entwickelte, droht sich in 2013 weiter zu verschlechtern.

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) fragt mit dem „Bayerischen Krankenhaustrend“ regelmäßig zum Jahreswechsel die aktuelle wirtschaftliche Lage und die Stimmung in den bayerischen Kliniken ab. Die Umfrage zum Jahresende 2012 ergab ein alarmierendes Bild:

Die finanzielle Situation der Krankenhäuser spitzt sich dramatisch zu und die Stimmung wird schlechter. Während im Jahr 2010 rund 20 % der Kliniken ein negatives Ergebnis zu verzeichnen hatten, rechnen im Jahr 2012 ca. 47 % der Häuser mit einem Defizit (2011: 39 %).

Schlechte Stimmung

Im Jahr 2010 konnten noch knapp 80 % der Kliniken in Bayern ein positives oder wenigstens ausgeglichenes Betriebsergebnis erreichen. Dieser Anteil sank in 2012 auf nur noch 46 %.

Auf die Frage nach der Entwicklung ihrer Klinik in den kommenden zwei Jahren, gaben lediglich 17 % der Krankenhauschefs an, dass sie diese positiv einschätzen.

Dies ist der niedrigste Wert, den die BKG bislang erfasst hat.

„Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Krankenhäuser Personal- und Sachkostensteigerungen nicht finanzieren können. Die im vergangenen Jahr von der Bundesregierung versprochene finanzielle Hilfe ist ausgeblieben. Es bleibt somit im Wahljahr 2013 die zentrale Forderung der Krankenhäuser an die Politik, eine faire Finanzierung zu schaffen und die Fehlanreize im Vergütungssystem zu beheben“ sagt der Geschäftsführer der bayerischen Krankenhausgesellschaft Siegfried Hasenbein. ❐

Tagung des Oberpfalzrates in Schwandorf:

Regionalmarketing - fit für die Zukunft

Das Regionalmarketing Oberpfalz befasst sich seit einem Jahr gemeinsam mit der Hochschule Amberg-Weiden (HAW) intensiv mit neuen Finanzierungsmöglichkeiten und Betätigungsfeldern. Erste Ergebnisse wurden nun dem Oberpfalzrat bei dessen Sitzung in Schwandorf präsentiert.

Nach Angaben der dem Oberpfalzrat angehörenden Regierungspräsidentin Brigitta Brunner werden die staatlichen Zuschüsse auslaufen. Nach bisher zehnjähriger Vereinsarbeit bedeute dies, neue Mitglieder und gleichzeitig auch neue Strukturen zu finden. Europaministerin Emilia Müller konstatierte: „Die Landkreise und kreisfreien Städte der Region tragen mit einer deutlichen Erhöhung ihrer Beiträge schon jetzt dazu bei, das Fortbestehen des Regionalmarketings zu sichern. Ich plädiere daher an die Wirtschaft, es jetzt den Kommunen gleichzutun.“

Die Oberpfalz als Marke entwickeln

Das Regionalmarketing Oberpfalz arbeitet daran, die Region und ihren Namen fest im Bewusstsein der Bundesbevölkerung zu verankern. Dies ist ganz im Sinne Emilia Müllers und des Neustädter Landrats Simon Wittmann. Dieser sprach von einer „echten Chance, die Oberpfalz zur Marke zu entwickeln“. Unterstützung fand er beim Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger: „Regensburg braucht diese Region dringend“, machte er deutlich. Deswegen engagiere man sich in der Bezirkshauptstadt für das Regionalmarketing.

Unterzeichnet wurde in Schwandorf eine Resolution, die die gemeinsame Bewerbung der Hochschulen Regensburg und Amberg-Weiden zur „Technischen Hochschule Ostbayern“ unterstützt. In der Oberpfalz gibt es mit den Standorten Amberg-Weiden und Regensburg zwei Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW). Sie könnten nach Meinung des Oberpfalzrates entscheidend aufgewertet werden. Dabei hätten die Hochschulen vor, in zentralen Zukunftsfeldern wie etwa Energiewende und der demografischen Herausforderung eng zu kooperieren. Die Bayerische Staatsregierung will nach Müllers Angaben hierzu im Februar eine Entscheidung treffen. **DK**

Laufer Gäste beim Tirschenreuther Neujahrsempfang

Ganz im Zeichen der Gartenschau stand der diesjährige Neujahrsempfang in der Laufer Partnerstadt Tirschenreuth. Dort wurde im Rahmen eines mehrjährigen Stadtentwicklungsprozesses ein komplettes Stadtareal mit Teichlandschaft und Erholungsgebieten neu geschaffen.
Im Bild (v. l.) Tirschenreuths Zweiter Bürgermeister Peter Gold, Laufs Bürgermeister Benedikt Bisping, Erster Bürgermeister Franz Stahl und der Laufer Partnerschaftsbeauftragte Roland Schriefer. „Die Partnerschaft ist geprägt von großer Freundschaft und besten Kontakten“, so Franz Stahl. ❐

Lechkraftwerk Ellgau:

60 Jahre CO2-freie Stromerzeugung

Bewohner von Meitingen rechnerisch zu 100 Prozent regenerativ versorgt

Einen runden Geburtstag konnte 2012 das Laufwasserkraftwerk Ellgau am Unteren Lech im Landkreis Augsburg feiern. Das Kraftwerk ist das südlichste der vier leistungsstarken Lechkraftwerke der Rhein-Main-Donau AG (RMD) vor der Mündung des Lechs in die Donau. Zum Jahresende 2012 blickte der regenerative „Dauerläufer“ auf 60 Jahre erfolgreichen Betrieb im Dienste einer umweltfreundlichen, erneuerbaren Stromerzeugung zurück.

Die Staustufe Ellgau dient als Mehrzweckanlage und wurde neben der Stromerzeugung für weitere staatlich-wasserwirtschaftliche Zwecke, insbesondere Hochwasserschutz sowie Sohl- und Grundwasserstabilisierung errichtet.

Seit der Inbetriebnahme 1952 erzeugte das nördlich von Meitingen bei Ellgau gebaute Lech-Kraftwerk aus seinen beiden Kaplan-Turbinen mit zusammen 10.000 Kilowatt Leistung durchschnittlich rund 56 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr. Im Vergleich zur konventionellen Stromerzeugung werden damit jährlich rund 39.000 Tonnen Kohlendioxid vermieden.

Seit Betriebsbeginn hat das Kraftwerk Ellgau rund 3,4 Milliarden kWh Strom erzeugt. Dabei kann in dem Kraftwerk eine Fallhöhe des Lechwassers von 8,25 Meter genutzt werden. Dafür wird das benötigte Wasser an drei Wehrfeldern aufgestaut, um dann mit bis zu 165 Kubikmeter pro Sekunde, das entspricht etwa 1.065 Badewannenfüllungen, die Turbinen anzutreiben und über die angekoppelten Generatoren CO2-frei Strom zu erzeugen.

Umweltbeitrag

Die Jahresstromerzeugung des Kraftwerks Ellgau entspricht dem Strombedarf von 16.000 deutschen Durchschnittshaushalten (3.500 kWh Jahresverbrauch bei rechnerisch 2,7 im Haushalt lebenden Personen). Mit einer Jahresproduktion aus dem Ellgauer Lechkraftwerk ließe sich rein rechnerisch der Haushaltsstrombedarf der rund 1.000 Einwohner von Ellgau über 43 Jahre lang decken. Für die rund 11.000 Einwohner von Meitingen würde die Ellgauer Jahresproduktion für knapp vier Jahre ausreichen.

Neben der CO2-Vermeidung von rund 2,36 Millionen Tonnen in den letzen sechs Jahrzehnten leistet auch die Rechenreinigungsanlage einen wichtigen Umweltbeitrag zur Reinhaltung des Lechs. Über 150 Tonnen Schwemmgut, in erster Linie Treibholz, aber auch Wohlstandsmüll und Schrott, „filtert“ die Rechenreinigungsanlage in Ellgau pro Jahr aus dem Fluss. Ein zertifizierter Entsorgungsbetrieb transportiert dieses Material je nach Bedarf ab und übernimmt die fachgerechte Sortierung und Entsorgung.

Zum nachhaltigen Betrieb der Wasserkraftanlagen der RMD kümmert sich die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) aktiv um neue Formen der Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Gewässernutzern. So wurden zum Beispiel gemeinsam mit Fachverwaltung und -verbänden, mit Wissenschaft und Fischerei eine Vielzahl von gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprojekten durchgeführt, u. a. Projekte zur Verbesserung der Gewässerstruktur und Auenentwicklung. Auch ist die BEW als Projektpartner mitbeteiligt am Naturschutz-Großprojekt „Schwäbisches Donautal - Auwaldverbund von nationaler Bedeutung“, einer Auwaldentwicklung oberhalb der Staustufe Dillingen.

Die vier RMD-Kraftwerke am Unteren Lech werden von der BEW betrieben und von deren Zentralwarte in Gersthofen bei Augsburg aus ferngesteuert.

Dazu RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich: „Wir freuen uns, dass wir in der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH einen kompetenten und ausgezeichneten Betreiber für unsere Wasserkraftwerke an Donau und Lech gefunden haben, der unsere Anlagen im Sinne einer zuverlässigen, umweltfreundlichen, regenerativen Stromerzeugung für einen langfristigen Dauerbetrieb fit hält.“

Zuverlässigkeit

„Unsere beiden ältesten Wasserkraftkraftwerke entstanden vor 90 Jahren am Main in Würzburg (Untere Mainmühle, 1922) und an der Donau bei Passau (Kachlet 1922-1927). Seitdem erzeugen sie zuverlässig Strom. Unserem Kraftwerk Ellgau wünschen wir einen mindestens ebenso langen und erfolgreichen Betrieb, der vor allem auch dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Unternehmens und denen unseres Betriebsführers BEW zu danken ist – darauf können alle mit Recht stolz sein“, erklärte Schleich weiter.

Wasserkraft in Bayern

Die Nutzung der Wasserkraft zur Stromerzeugung ist angesichts der angestrebten Energiewende in Deutschland aktueller denn je. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft hat in Bayern eine über 100-jährige Tradition und ist nicht nur die älteste Form der Stromerzeugung, sondern immer noch die effizienteste Art, regenerative Energie rund um die Uhr, wetterunabhängig und in größerer Menge bereit zu stellen. Speziell in Bayern hat die Wasserkraft mit bis zu 15 Prozent einen hohen Anteil an der Stromerzeugung. Mit rund 11,4 Milliarden Kilowattstunden Jahreserzeugung 2011 liegt ihr Anteil im Bereich der erneuerbaren Energien bei rund 44 Prozent und ist somit wichtigster regenerativer Stromproduzent in Bayern, der zudem noch Grundlast fähig ist. Importunabhängig, zuverlässig, flexibel und kundennah stellen die über 200 großen und etwa 4.000 kleineren Wasserkraftanlagen an Bayerns Flüssen Strom in einer Größenordnung zur Verfügung, die für die Versorgung von rund 3,5 Millionen Durchschnittshaushalten ausreichen würde.

Um das bestehende Wasserkraftpotenzial zu erhalten, werden die Wasserkraftwerke mit hohem finanziellem Aufwand instand gehalten.

Laut einer Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts forsa aus dem Jahr 2009 befürworten 91 Prozent der Menschen in Bayern die Nutzung der Wasserkraft. ❐

Das Wasserkraftwerk Ellgau am Unteren Lech. ❐

Regensburgs Bürgermeister Gerhard Weber feierte 65. Geburtstag

Am 20. Januar beging Regensburgs Bürgermeister Gerhard Weber seinen 65. Geburtstag. Wenn der beliebte Kommunalpolitiker im April 2014 in den Ruhestand geht, wird er 18 Jahre lang das Amt des Zweiten Bürgermeisters erfolgreich ausgeübt haben.

Der gebürtige und begeisterte Regensburger absolvierte die Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst und schloss als Dipl. Verwaltungswirt (FH) ab. Nach einigen Jahren am Bayerischen Verwaltungsgericht Regensburg arbeitete er von 1974 bis 1996 als Verwaltungsleiter beim Markt Regenstauf. Neben seiner beruflichen Tätigkeit studierte er an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Ostbayern und erhielt dort das Verwaltungsdiplom VWA.

Zahlreiche Funktionen

Seine politische Tätigkeit begann der Jubilar in der Jungen Union, deren Regensburger Kreisvorsitzender er vier Jahre lang war. Als persönliche Reaktion auf die Bildung der sozialliberalen Koalition in Bonn trat er 1970 in die Christlich-Soziale Union ein, in der er bis heute zahlreiche Funktionen ausfüllt. Von 1999 bis 2011 war er stellvertretender Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU in Bayern. Auch im Bundesvorstand der KPV Deutschland brachte er jahrelang seine Erfahrungen ein. Darüber hinaus verdankt die Bayerische Gemeinde-Zeitung Gerhard Weber zahlreiche kluge Kolumnen.

Seit 1978 setzt er sich für die Belange der Regensburger Kommunalpolitik ein. Seine Meriten erwarb er sich als Mitglied im Stadtrat, Fraktionsvorsitzender, Zweiter Bürgermeister, Mitglied in diversen Ausschüssen, im Verwaltungsrat der Sparkasse und im Aufsichtsrat der REWAG sowie in den Gremien des Bayerischen und des Deutschen Städtetags.

Ehrenamtlich wirkt Gerhard Weber vor allem im sozialen Bereich. So ist er zum Beispiel stellvertretender Vorsitzender des Caritasverbandes für die Diözese Regensburg e.V., Mitglied des Spitalrates der St. Katharinenspitalstiftung Regensburg und des Kreisvorstandes des Bayerischen Roten Kreuzes Regensburg. In seiner knapp bemessenen Freizeit widmet sich der Jubilar gerne dem Sport und besucht überdies mit großem Vergnügen Theateraufführungen oder ein gutes Konzert.

Gerhard Weber. ❐

Schwerpunkte

Schule, Jugend und Sport gehörten von Anfang an zu Webers Tätigkeitsbereich. „Die Sparten passen gut zusammen, es gibt viele Berührungspunkte. Als Chef ist die Koordination meine Aufgabe, ich stimme die Dinge miteinander ab“, stellt er fest. „Das Amt macht mir bis heute viel Spaß, und wenn mir meine Gesundheit erhalten bleibt, werde ich bis 30. April 2014 mit gleichem Engagement und viel Freude weiter arbeiten. Danach ist Schluss. Als hauptberuflicher Bürgermeister sowieso, aber auch als Stadtrat.“

Bis dahin warten noch einige Herausforderungen. Am 1. August 2013 tritt der Rechtsanspruch auf Kitaplätze für Zwei- und Dreijährige in Kraft. Gerhard Webers Ehrgeiz ist, „dass jedes Kind dann einen Platz hat“. 1305 Plätze werden benötigt, davon fehlen noch 204. ❐

Neue Palliativteams für Kinder entlasten Familien in Bayern

Ab sofort unterstützen und entlasten in Bayern zwei weitere ambulant tätige Palliativteams für Kinder die betroffenen Familien.

Das Klinikum St. Marien in Amberg / Oberpfalz und die „Bunte Kreis Nachsorge gGmbH“ in Augsburg / Schwaben haben einen entsprechenden Vertrag mit den gesetzlichen Krankenkassen geschlossen. Die Teams werden die an einer lebensverkürzenden Erkrankung leidenden Kinder und Jugendlichen in ihrer familiären häuslichen Umgebung professionell betreuen. So können diese jungen Schwerstkranken zusammen mit ihren Angehörigen in Geborgenheit ihre begrenzte Lebenszeit verbringen.

Ein mit den gesetzlichen Krankenkassen in Bayern vertraglich abgesichertes Angebot gibt es bereits in München mit dem Klinikum der LMU (Ludwig- Maximilians-Universität) sowie in Mittelfranken mit der Kinder- und Jugendklinik des Universitätsklinikums Erlangen und der Cnopf‘schen Kinderklinik Nürnberg. Die beiden neuen Angebote sind ein weiterer Schritt hin zu einem flächendeckenden Angebot für die betroffenen Familien.

Das Konzept für die spezialisierte ambulante pädiatrische Palliativversorgung (SAPPV) des Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG) und der Arbeitsgemeinschaft Pädiatrische Palliativmedizin von 2009 sieht vor, dass landesweit an fünf bis sechs Zentren Teams aufgebaut werden, die in den jeweiligen Regionen die Versorgung auch im häuslichen Umfeld sicherstellen.❐

Gemeinsam leuchten in der Metropolregion

Rund 110 Gäste aus Politik und Wirtschaft haben Anfang 2013 den Startschuss für den neuen Förderverein „Wirtschaft für die Europäische Metropolregion Nürnberg e.V.“ gegeben. Veranstaltungsort war die Orangerie in Erlangen, der gleiche Ort an dem 2005 die Charta der Metropolregion Nürnberg unterzeichnet wurde.

„Wir leuchten gemeinsam in der Metropolregion Nürnberg!“, so das Thema des Gründungsfestes. Deshalb schalteten auch die anwesenden Gründungsmitglieder ihre Lampen gemeinsam an und schufen damit ein lichtstarkes Metropolregion-N auf einer großen Weltkarte. Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst, Vorstandsvorsitzender des Fördervereins, sagte dazu: „Die Europäische Metropolregion Nürnberg ist kein Spielfeld, auf dem wenige spielen und viele zuschauen, sondern ein Spielfeld mit 3,5 Millionen aktiven Spielern und Botschaftern. Gemeinsam haben wir die Chance, unsere vielen kleinen Taschenlampen zu einem großen, weit leuchtenden Strahl zu bündeln, um die Europäische Metropolregion Nürnberg national und international stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rücken“.

17 Leuchttürme sind mit einem finanziellen Engagement in Höhe von mehr als 10.000 Euro Mitgliedsbeitrag dabei. Alle neun Wirtschaftskammern in der Metropolregion aus Unterfranken, Oberfranken, Mittelfranken und der Oberpfalz sind dem Verein bereits beigetreten. Weitere gut 35 Mitglieder engagieren sich mit Beiträgen zwischen 500 Euro bis 7.000 Euro. Ziel der Akteure ist es, möglichst viele Unternehmen aus der gesamten Metropolregion für das Mitmachen zu begeistern.

Die Leuchttürme sind: SIEMENS AG, Sparkassen in Mittelfranken, NÜRNBERGER Versicherungsgruppe, Volksbanken und Raiffeisenbanken, DATEV eG, Bayern LB, adidas Group, Faber-Castell Aktiengesellschaft, GfK SE, LEONHARD KURZ Stiftung & Co. KG, Müller Medien GmbH & Co. KG, N-ERGIE Aktiengesellschaft, NürnbergMesse GmbH, Rödl & Partner sowie TeamBank AG sowie die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern.

Die Wirtschaft bekräftigt damit ihren Gestaltungswillen. Dazu hat der Rat der Metropolregion seine regionale Willensbildung (Governance) und seine Gremien weiterentwickelt. Der Wirtschaft stehen nun über den neu gegründeten Förderverein nachhaltige Mitwirkungsmöglichkeiten bei Strategieentwicklung und Themensetzungen offen. Mitgestalten heißt, dass die Wirtschaft über den Förderverein Gelder zur Verfügung stellt und gleichzeitig über einen eigenen Wirtschaftsvorsitzenden (sowie zweier Stellvertreter) Einfluss auf die strategischen Schwerpunkte und Projekte der Metropolregion nimmt.

In einer Talkrunde befragte Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, Gründungsmitglieder und Politikvertreter über ihre Motivation, sich gemeinsam zu engagieren. Der Erlanger Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis freut sich als Ratsvorsitzender der Metropolregion, „dass die Wirtschaft einen wichtigen Beitrag leistet, damit die Metropolregion als bedeutende Wirtschaftsregion und attraktiver Lebensraum wahrgenommen wird.“ Heribert Trunk, Präsident der Industrie- und Handelskammer Bayreuth für Oberfranken, zweiter Vorstandsvorsitzender des Fördervereins und selbst Unternehmer, hebt besonders die Zusammenarbeit aller neun Wirtschaftskammern in der Metropolregion Nürnberg hervor: „Fünf IHKn und vier HWKn sind sich einig geworden. Wenn alle ihr Licht auf einen Punkt richten, dann kommt die Welt nicht an uns vorbei.“

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, ehemaliger Ratsvorsitzender der Metropolregion formulierte mit Blick in die Zukunft, dass die Metropolregion dann erfolgreich sein wird, wenn sie sich ihre drei Tugenden bewahrt: Die Freiwilligkeit, Polyzentralität und die Stadt-Land-Partnerschaft. Heinz Brenner, Leiter des Regionalreferat Erlangen-Nürnberg und dritter Vorstandsvorsitzender des Fördervereins fasst zusammen: „Die Metropolregion ist, neben allen kulturellen und landschaftlichen Vorzügen, die sie hat, auch ein bedeutender Wirtschaftsstandort. Damit aber steht sie in einem globalen Wettbewerb – und Wettbewerb bedeutet: auch wenn man gut ist, man muss noch besser werden. Daran zu arbeiten zahlt sich für uns alle aus“.

Die Gründungsmitglieder des Fördervereins erhielten auf einer großen Leuchttafel ein eigenes Licht, um zu symbolisieren, dass sie nun gemeinsam mit der Metropolregion leuchten. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Theresa Flotzinger (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 47 vom 01.01.2013
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Freizeit Messe Nürnberg:

Einstimmung auf den Frühling

Vom 27. Februar bis 3. März 2013 stimmt die 45. Freizeit Messe Nürnberg im Messezentrum auf die neue Garten-, Urlaubs- und Freizeitsaison ein. An fünf Tagen dreht sich dabei alles um die Themen Garten, Reisen, Caravans und Reisemobile, Camping, Outdoorsport, Fahrräder und Automobile, Wohnen und Einrichten, allgemeine Freizeitangebote sowie kulinarische Spezialitäten. Mit rund 750 Ausstellern aus dem In- und Ausland sowie rund 60.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche präsentiert sich die Freizeit Messe größer als beim letzten Mal.

Die Freizeit Messe ist die erste große Publikumsmesse des Jahres im Nürnberger Messezentrum und geht mit einer neuen Hallengliederung an den Start. Das Angebot der Aussteller verteilt sich auf die Hallen 6, 7, 7A, 8, 9, 10, 11 und erstmals wird auch die Halle 12 einbezogen. Ein besonderer Publikumsmagnet dürfte erneut Nordbayerns größte Messepräsentation für Hobbygärtner, Blumen- und Pflanzenliebhaber sein, die drei Hallen umfasst. In Halle 10 finden Hobbygärtner z.B. Gartengeräte, Gartentechnik, Gewächs- und Gartenhäuser, Wintergärten, Zäune, Sicht- und Sonnenschutz für Haus, Garten und Terrasse sowie weiteren Gartenbedarf.

Ebenfalls in Halle 10 befindet sich das Grüne Infozentrum mit zahlreichen Infoständen von Gartenverbänden und Vereinen aus der Region. Hier bieten die Experten mit der grünen Schürze eine kostenlose Beratung zu den unterschiedlichsten Gartenproblemen und wertvolle Tipps zur Blumen- und Pflanzenpflege. Im Haus- und Wohnforum finden täglich Vorträge rund ums Haus und den Garten statt.

Gartenwelten

Wenn die Freizeit Messe ihre Pforten öffnet, ist es draußen vor den Messehallen noch Winter, doch die faszinierenden Gartenwelten in Halle 11 verbreiten bereits Frühlingsstimmung und empfangen die Messebesucher mit einem farbenfrohen Meer aus blühenden Gewächsen. Diesmal bilden nicht die Showgärten vergangener Jahre den Blickfang, sondern die Gewächse selbst. Sie werden von Gärtnermeister Klaus Baeske in Zusammenarbeit mit Floristen und Landschaftsgärtnern in einer aufwändigen Rahmengestaltung kunstvoll in Szene gesetzt. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Vielfalt der einzelnen Sorten gelegt.

Wer eine Neugestaltung oder Umgestaltung seines Gartens plant, erhält in Halle 12 konkrete Anregungen, denn hier zeigen Mitgliedsbetriebe des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. aus der Region mehrere Mustergärten. Die Gärten wurden mit Naturstein, Holz, Wasserläufen, Wasserspielen und unterschiedlichsten Pflanzen gestaltet und spiegeln auch die derzeit angesagten Gartentrends wider. Die Landschaftsgärtner zeigen mit ihren Gestaltungsbeispielen, wie aus dem eigenen Garten ein Wohlfühlparadies wird. Darüber hinaus bieten die beteiligten Betriebe auf der Messe eine individuelle Beratung an, wobei es empfehlenswert ist, für das Beratungsgespräch die Pläne von Haus und Grundstück mitzubringen.

Zu den größten Angebotsbereichen der Freizeit Messe gehört der Caravan- und Reisemobilsalon. Wer in seinem Urlaub Unabhängigkeit und Mobilität schätzt und am liebsten mit einem Reisemobil oder Caravan unterwegs ist, kann sich in den Hallen 7 und 7A über die neuesten Modelle in- und ausländischer Hersteller informieren. Auf der Messe bietet sich eine gute Gelegenheit, um verschiedenste Grundrisse, Ausstattungen und Preise der Fahrzeuge direkt zu vergleichen. Das Spektrum reicht vom kompakten Campingbus bis hin zum geräumigen Luxus-Reisemobil mit allem erdenklichen Komfort. Neben den neuesten Modellen der Branche kann man sich auf der Messe auch über Mietfahrzeuge informieren – für Neueinsteiger eine gute Möglichkeit, um erste Erfahrungen mit einem Reisemobil zu sammeln.

Reisemarkt

Ein besonderer Besuchermagnet der Freizeit Messe ist der Internationale Reisemarkt, der in Halle 9 von der Naherholung bis zur Fernreise viele Anregungen für die nächste Urlaubsreise liefert. Dass sich auch im Naherholungsbereich erholsame und abwechslungsreiche Urlaubstage verbringen lassen, zeigen die Aussteller aus Mittelfranken, Oberfranken, Unterfranken und der Oberpfalz.

In der Outdoor-Halle 6 dreht sich alles um beliebte Freizeit-Aktivitäten wie Radfahren, Tauchen, Bergsport, Wandern oder Kanusport. Mit der Präsentation „Rad-Frühling 2013“ trägt die Messe erneut der großen Begeisterung fürs Radfahren Rechnung. Regionale Händler stellen die neuesten Räder, vom Tourenrad und Rennrad über Mountainbikes bis hin zu den neuesten Elektrobikes und Pedelecs sowie Zubehör und Bekleidung vor. Wer die Vorteile eines Elektroantriebs selbst „erfahren“ möchte, kann auf einem Testparcours einige Runden mit seinem Wunschrad drehen.

Tauchturm

Ein besonderer Blickfang in der Outdoor-Halle ist der 40.000 Liter Wasser fassende Tauchturm. Hier finden täglich spannende Vorführungen rund um diesen faszinierenden Freizeitsport statt und es gibt Informationen über Tauchkurse und Tauchreisen. Messebesucher können am kostenlosen Schnuppertauchen teilnehmen und dabei das tolle Gefühl der Schwerelosigkeit unter Wasser kennen lernen. Automobile, allgemeine Angebote für die Freizeit zu Hause, Einrichtungen und Accessoires für den Wohnbereich komplettieren das Angebot der Nürnberger Freizeit Messe. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Aha, jetzt wird gefordert, dass man zukünftig seine Stimme bei Wahlen auch über das Internet abgeben können soll. Internetvoting. Ein faszinierender Gedanke.” Mein Chef, der Bürgermeister, war mal wieder Feuer und Flamme für eine neue Idee.

Diese Idee ist übrigens simpel: Die Wählerinnen und Wähler sollen die Möglichkeit haben, nicht nur am Wahlsonntag im Wahllokal oder Wochen vorher per Brief, sondern am Wahltag selbst auch per Internet ihre Stimme abzugeben. Das wäre in der Zeit des boomenden Internetshopping die konsequente Weiterentwicklung vom Kreuzchenmachen zum Häkchensetzen wie wir es tagtäglich bei allen möglichen Online-Portalen zunehmend praktizieren.

Eigentlich also eine logische Geschichte: Viele kaufen im Internet ein, reservieren über das Smartphone oder den Tablet-PC Fahrkarten,

Analoges und digitales Wählen

Flugtickets und Restaurantplätze, erledigen Bankgeschäfte online. Nicht nur Jugendliche bleiben über Internet mit ihren Freunden und Bekannten im Kontakt, Einsame verabreden sich dort und Hallodris suchen Gelegenheiten zum Seitensprung im Netz. Aber wir wären natürlich nicht in Deutschland, wenn sich nicht sofort ein vielstimmiges „Nein“ erhoben hätte und lauthals tatsächliche oder vermeintliche Gefahren beschworen worden wären.

Vor allem der Grundsatz der geheimen Wahl scheint Manchen in Gefahr. Wie bitte? Wie geheim ist denn die Wahl, wenn Papa bei der Briefwahl die Wahlzettel der ganzen Familie am Küchentisch ausfüllt? Oder denken wir an die Briefwahlsoap der Michelle Obama, die Wochen vor dem eigentlichen Tag der amerikanischen Präsidentenwahl twitterte, sie habe es einfach nicht mehr ausgehalten, ihren Göttergatten wiederwählen zu können, da habe sie kurzerhand zur Briefwahl gegriffen. Dieser Herzblatt-Tweet, der eine so überraschende Nachricht birgt wie die Meldung, Horst Seehofer würde CSU wählen, geisterte rund um den Erdball durch die Gazetten und Nachrichtensendungen.

Einverstanden, das Netz ist anfällig für Spionage und Eingriffe. Wenn einer sagt, dass er solange nicht online wählt, wie Hacker es schaffen, die Sicherheitssysteme von NATO, Pentagon und CIA zu knacken, kann ich nichts erwidern. Außer: Man muss ja nicht. Ich muss meine Bücher nicht online bestellen, ich kann auch in den Buchladen gehen. Ich muss Überweisungen nicht per Online-Banking aufgeben, ich kann auch Formulare ausfüllen, also muss ich auch nicht via Internet wählen, sondern kann auch ins Wahllokal gehen.

Wir müssen uns aber klar machen, dass es eine wachsende Zahl Menschen gibt, für die der Gedanke, das heilige Linoleum einer alten Grundschule zu betreten, um ihr Wahlrecht auszuüben, schlicht absurd erscheint. Die Zeiten ändern sich und wir müssen bereit sein, mit der Zeit zu gehen und Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen.

Tatsächlich ist in allen alten und etablierten Demokratien zu beobachten, dass immer weniger Leute sich aktiv in das politische Geschehen durch Beteiligung an Wahlen einbringen. Man kann es also für ein gutes Zeichen halten, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland tendenziell zurück geht. Man kann - muss aber nicht. Solange das allgemeine, freie und geheime Wahlrecht, für das weltweit so viele Menschen gestorben sind, noch nicht überall verwirklicht ist, haben wir, die es genießen, kein moralisches Recht, darauf zu verzichten. Deshalb müssen wir auch vorbehaltlos prüfen, wie wir Wahlen modernisieren und attraktiver machen können.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird jedenfalls an vorderster Front der Befürworter von Internet-Voting marschieren. Schon allein, damit alle, die zu einer Partei „Gefällt mir“ sagen, keine Ausrede mehr haben, warum sie nicht zur Wahl gehen. Schließlich gilt auch heute noch, was einer der Gründerväter der USA, Thomas Jefferson, vor über 200 Jahren bemerkte: „Schlechte Kandidaten werden gewählt von guten Bürgern, die nicht zur Wahl gehen.“

Ihre Sabrina

Landrat Eberhard Nuß (l.) und Thomas Lurz. Bild: Pat Christ

Ohne Ehrenamt kein Erfolg

Freiwilligenarbeit: Thomas Lurz ist Ehrenamtsbotschafter des Würzburger Landkreises

Würzburg. Ehrenamtliche waren das A und O seines Erfolgswegs, betont der Schwimmsportler Thomas Lurz aus Gerbrunn bei Würzburg: „Ohne Vereinsstrukturen hätte ich meine Karriere so nicht bestreiten können.“ Der zehnfache Schwimmweltmeister und Olympia-Silbermedaillengewinner, der soeben zum ersten Ehrenamtsbotschafter des Würzburger Landkreises auserwählt wurde, begann beim Würzburger Schwimmverein SV 05 seine Karriere.

Nach wie vor krempelt der studierte Sozialpädagoge selbst die Ärmel auf und setzt sich zwischen den eigenen Trainingseinheiten ehrenamtlich für andere ein. So bietet er Trainingsstunden für Kinder an, die schwimmen lernen wollen. Auch die Funktion des Ehrenamtsbotschafters übernimmt der Sportler freiwillig.

Engagement

Zu diesem Ehrenamt gehört zum Beispiel, einmal eine Laudatio auf einen besonders verdienstvollen Ehrenamtlichen zu halten. Oder bei Ehrenamtsaktionen präsent zu sein und für freiwilliges Engagement zu werben. „Wer so sehr vom Ehrenamt profitiert hat wie ich, ist verpflichtet, auch wieder etwas zurückzugeben“, begründet der Schwimmer sein Engagement. Deshalb gründete er auch zusammen mit dem Tauberbischofsheimer Säbelfechter Dieter Schneider im letzten Jahr eine Stiftung zur Unterstützung des Behindertensports an der Universität Würzburg. Jeweils 25.000 Euro brachten die beiden Sportler ein.

Dass die Euphorie für das ehrenamtliche Engagement im Kreis Würzburg insgesamt groß ist, belegt die Zahl von 1.650 Bayerischen Ehrenamtskarten, die inzwischen ausgegeben wurden. Um Ehrenamtliche zu unterstützen, hat der Landkreis zusätzlich zur Karte ein Fortbildungsprogramm aufgelegt. Hier geht es in diesem Jahr unter anderem um das Thema „Work-Life-Ehrenamts-Balance“. Dabei verrät eine Therapeutin Tricks, wie sich das Arbeits- und Vereinsleben mit dem Ehrenamt vereinbaren lässt. Aber auch Kritisches fehlt nicht. In einem Fortbildungsbaustein wird die weit verbreitete Klage aufgegriffen, dass viele Eltern in Übungs- und Gruppenleitern „Ersatzbetreuer“ für ihre Kinder sehen.

Dies sei sicher nicht zu generalisieren, so Hermann Gabel, Leiter des Amts für Familie, Jugend und Ehrenamt beim Kreis Würzburg: „Doch mehrere Vereinsverantwortliche machten uns inzwischen auf wachsendes Anspruchsdenken von Eltern aufmerksam.“ Dies sei in seiner eigenen Familie anders gewesen, betont Ehrenamtsbotschafter Thomas Lurz, der dem SV 05 im Alter von sieben Jahren beitrat: „Mein Vater engagierte sich langjährig als Präsident des Schwimmvereins.“ Laut Landrat Eberhard Nuß ist so etwas selten geworden: „Viele Vereine im Kreis finden keinen Vorstand, keinen Schatzmeister und keinen Schriftführer mehr.“

Als Ehrenamtsbotschafter möchte Lurz Menschen aus allen Gesellschaftsschichten ansprechen. „Jeder hat irgendein Interesse oder ein besonderes Talent, das er im Ehrenamt einbringen kann“, ist der Sportler überzeugt. Dass es durchaus nicht einfach ist, Menschen in prekären Lebensverhältnissen oder Menschen mit ausländischen Wurzeln für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, erfährt Jugendamtsleiter Hermann Gabel häufig. Darum würden die Sozialarbeiter des Landkreises dafür sensibilisiert, Brücken zwischen „Problemfamilien“ und Vereinen in den einzelnen Ortschaften des Kreises zu bauen: „Hier gilt es, Schwellenängste zu nehmen.“ **Pat Christ**

Erding ist Große Kreisstadt

Die Stadt Erding ist seit 1.1.2013 Große Kreisstadt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sich Erding in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten blühend weiter entwickelt hat. Erding liegt 36 Kilometer nordöstlich von München und 36 Kilometer südwestlich von Landshut. Erding ist die Kreisstadt des Landkreises Erding im Regierungsbezirk Oberbayern. Erding liegt mit knapp 35.000 Einwohnern in einer boomenden Region. Der Flughafen spielte eine wesentliche Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung. Seit 2008 amtiert Maximilian Gotz als Bürgermeister, seit 2013 als Oberbürgermeister. ❐

Start der Forschungsarbeiten in Kleintettau:

Symbiose von Ökonomie und Ökologie

Oberfranken ist innovativ, das Umwelt- und Energieeffizienzprojekt „Klein-Eden“ der beste Beweis dafür. Dies betonten Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel und Umweltstaatssekretärin Melanie Huml beim Start der Forschungsarbeiten in Kleintettau (Landkreis Kronach). „‘Klein-Eden‘ ist ein Tropenparadies mitten in Oberfranken. Ab heute wollen wir hier erforschen, unter welchen Bedingungen Südfrüchte wie Bananen, Ananas, Mango oder auch Mandeln am besten gedeihen“, erklärte Huml. „Das Tropenhaus ist ein wunderbares Beispiel für kreatives und innovatives Unternehmertum. Als wegweisendes Zukunftsprojekt für schonende Ressourcennutzung steigert es die Attraktivität des ländlichen Raums und wirkt dadurch auch dem demografischen Wandel entgegen“, unterstrich Hessel.

‚Klein-Eden‘ nutzt die Abwärme eines traditionellen Glasindustriebetriebs für die Energieversorgung - beispielsweise für die Erzeugung tropischer Früchte und Fische in Bioqualität. Dazu entstand ein Tropenhaus auf 3.500 Quadratmetern Fläche mit nahezu vollkommen geschlossenen Kreisläufen - angefangen von der Nutzung von Regenwasser bis hin zur Weiternutzung des für die Fischzucht verwendeten Wassers für die Bewässerung und Düngung von Pflanzen. Die Bauarbeiten für das Umwelt- und Energieeffizienzprojekt sind weit fortgeschritten: In den kommenden Wochen werden die Fische noch umgesetzt und der Besuchertrakt ausgebaut. Die Europäische Union fördert die Errichtung des Tropenhauses mit knapp drei Millionen Euro aus dem Ziel 3 Programm Freistaat Bayern – Tschechische Republik. Das Bayerische Umweltministerium trägt rund eine halbe Millionen Euro bei.

Die Universität Bayreuth ist regionaler Forschungs-Kooperationspartner des Projekts. Ein grenzüberschreitender Projektbeirat aus Universitäten, Kommunen, Umweltbildungseinrichtungen und Glas verarbeitenden Firmen der Region soll aufzeigen, wie die Projektergebnisse auf weitere Unternehmen im Grenzraum übertragen werden können. „Das Umweltprojekt kann weit über Oberfranken hinaus Vorbildcharakter haben. Abwärme wird sinnvoll genutzt, der umweltschädliche Transport von Tropenprodukten entfällt. Klimaschutz, Energieeffizienz und die Stärkung des ländlichen Raums gehen Hand in Hand. Das ist ein Beitrag zur Nachhaltigkeit“, so Huml und Hessel abschließend. ❐

Zum 65. Geburtstag von Dr. Birgit Seelbinder:

Meisterin der Bürger

Nahezu alle, die in Marktredwitz und der Region Rang und Namen haben, gaben sich beim Geburtstagsempfang der Marktredwitzer Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder im historischen Rathaus ein Stelldichein. Die überaus beliebte und anerkannte Rathauschefin vollendete am 22. Januar ihr 65. Lebensjahr.

Seit knapp 23 Jahren ist das parteilose Stadtoberhaupt im Amt. Sie war 1990 die erste und ist mittlerweile die dienstälteste Oberbürgermeisterin in Bayern. Wie Zweiter Bürgermeister Klaus Haussel bei seiner Begrüßung hervorhob, übe Birgit Seelbinder das Amt immer noch mit dem gleichen Elan und Schwung wie damals aus. Dass sie jetzt bei der nächsten Oberbürgermeisterwahl im kommenden Jahr nicht mehr antreten darf, schmerzt sie nach eigenem Bekunden freilich schon ein wenig. Gerne hätte sie selber entschieden, wann Schluss ist. Schließlich gelte bei der Wahl zum Ministerpräsidenten die auf 65 Jahre festgesetzte Altersgrenze für hauptamtliche Bürgermeister nicht.

Zahlreiche Projekte

Als herausragende Ereignisse in Birgit Seelbinders Amtszeit bezeichnete Haussel die Sanierung der „Chemischen Fabrik“ und die Errichtung des Kösseine-Einkaufszentrums. Dies habe Marktredwitz zu der Einkaufsstadt gemacht, die sie heute noch ist. In all den Jahren habe die Oberbürgermeisterin eine Fülle von Projekten realisiert. Als besonderer Höhepunkt wurde die „Grenzenlose Gartenschau“ 2006 mit einer halben Million Besucher genannt. 1999 zeichnete der damalige Bundespräsident Roman Herzog die Jubilarin mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande aus.

Mit Elan und Tatkraft

Bürgermeister Haussel zeigte sich überzeugt, dass es der Rathauschefin in ihrer nur noch gut einjährigen Amtszeit gelingt, noch so manches Projekt auf den Weg zu bringen. „Hätten wir nicht eine so vorauseilende Oberbürgermeisterin, wäre Marktredwitz nicht das, was es heute ist“, betonte ihr Stellvertreter abschließend.

Regierungspräsident Wilhelm Wenning zufolge zeichnet sich Birgit Seelbinder durch außergewöhnlichen Elan und Tatkraft aus. Ihre Verdienste zu würdigen, hieße Eulen nach Athen zu tragen. Ein großes Anliegen sei ihr stets die städtebauliche Entwicklung gewesen.

Nachhaltige Spuren hinterlassen

„Als Oberbürgermeisterin sind Sie ein Meister für die Bürger“, lobte Wenning. Ihre Stärke sei stets das Wort gewesen, auch habe es ihr nie an Ideen gefehlt. Die Oberbürgermeisterin habe nachhaltige Spuren hinterlassen. Wenning erinnerte auch an die soziale Ader der Jubilarin, dies sei ihr eine Herzensangelegenheit.

„Ich bin gesund und froh, habe noch Pläne und Optimismus, nur das Alter mit 65 irritiert mich etwas“, so die Jubilarin in ihrem Schlusswort. Seelbinder versicherte, die restlichen 15 Monate engagiert für die Stadt zu arbeiten und noch so manches Projekt auf den Weg bringen zu wollen. Dazu zähle, den Grundstein

Dr. Birgit Seelbinder. ❐

dafür zu legen, dass die alte Glasschleif, ein bedeutendes Industriedenkmal, zu einer Kulturhalle umgebaut werden kann.

Glückwunsche vom Kommunalminister

Auch Innenminister Joachim Herrmann ließ es sich nicht nehmen, der Oberbürgermeisterin auf das Herzlichste zu gratulieren: „Seit 22 Jahren steht Dr. Birgit Seelbinder als Oberbürgermeisterin an der Spitze von Marktredwitz. Dank ihres vorbildlichen Einsatzes hat sich die Stadt in den vergangenen Jahren hervorragend entwickelt und kann sich heute als starkes Mittelzentrum präsentieren“, betonte Herrmann in seinem Glückwunschschreiben.

Die Region profitiert

Ein Schwerpunkt des kommunalpolitischen Wirkens von Dr. Seelbinder sei die Bildungspolitik, fuhr Herrmann fort. Hier konnte mit dem berufsbegleitenden Bachelor-Studiengang ‚Gesundheits- und Pflegemanagement’ vor wenigen Monaten ein bedeutender Schritt unternommen werden, um Marktredwitz als Hochschulstadt zu etablieren. „Von der außerordentlichen Tatkraft von Dr. Seelbinder profitiert jedoch nicht nur die Stadt Marktredwitz, sondern die gesamte Region. Hervorzuheben ist hier insbesondere ihr großes Engagement als langjährige Präsidentin der EUREGIO EGRENSIS und damit für den grenzüberschreitenden Austausch mit Tschechien. Ich wünsche Dr. Birgit Seelbinder für das neue Lebensjahr alles Gute, Gesundheit, Gottes Segen und weiterhin viel Erfolg.“ **DK**

Forderung von Landkreis Aschaffenburg und Freistaat Bayern:

Aufklärung von der Flugsicherung!

In einem gemeinsamen Antrag an die Fluglärmkommission haben der Landkreis Aschaffenburg und das Bayerische Wirtschaftsministerium die Forderung erhoben, dass die Deutsche Flugsicherung DFS in der nächsten Kommissionssitzung die Gründe dafür erläutern soll, warum die Mindestflughöhe von 5000 Fuß nur für den Einflug in den südlichen Gegenanflug gilt, aber nicht auch für den weiteren Verlauf sowie den östlichen Eindrehbereich.

Nach dem Erlass einer Rechtsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung für die Flugverfahren am Flughafen Frankfurt ist am 10. März 2011 eine Änderung wirksam geworden, mit der die Untergrenze des kontrollierten Luftraumes und damit die niedrigste nutzbare Flughöhe von ursprünglich 5.000 Fuß um 1.000 Fuß auf dann 4.000 Fuß abgesenkt wurden.

Vermehrte Überflüge

Als Begründung wurde genannt, dass so den Fluglotsen mehr räumliche Flexibilität bei der Abwicklung des Flugverkehrs zur Verfügung steht. Die Absenkung hat allerdings dazu geführt, dass der Bereich Bayerischer Untermain unterhalb des südlichen Gegenanfluges und des östlichen Eindrehbereiches vermehrt von Überflügen betroffen ist, die die reduzierte Mindestflughöhe von 4000 Fuß ausreizen.

Interne Anordnung

Am 18. Oktober 2012 trat dann zwar eine DFS-interne Anordnung für die Flugverkehrskontrolle am Flughafen Frankfurt in Kraft, die regelt, dass in den südlichen Gegenanflug nicht mehr unter einer Höhe von 5000 Fuß eingeflogen werden darf. Dieses Verfahren wurde als Teil des Maßnahmenpakets der Frankfurter Allianz für Lärmschutz eingeführt. Allerdings hat dies keine oder nur geringe Verbesserungen für den Raum Bayerischer Untermain bewirkt. Ab dem Erreichen eines Wegpunktes im Bereich Dietzenbach-Rödermark darf die Mindestflughöhe wieder auf bis zu 4.000 Fuß reduziert werden. Der Eindrehbereich insbesondere über dem Kahlgrund hat somit von der Anhebung nicht profitiert. Das ursprünglich von der DSF erklärte Ziel, durch die Anhebung „eine Verminderung der Lärmemission unterhalb der Gegenanflüge“ herbeizuführen, wurde nicht erreicht.

Wenig Verständnis für Vorgehensweise

Landrat Dr. Ulrich Reuter hat für diese Vorgehensweise der DFS wenig Verständnis: „Es kann nicht angehen, dass die Arbeitserleichterung für die Fluglotsen durch eine erhöhte Lärmbelastung der Bürgerinnen und Bürger in der bayerischen Grenzregion erkauft wird.“ Gemeinsam mit dem Vertreter des Freistaates Bayern in der Fluglärmkommission hat der Landrat deshalb beantragt, dass die Flugsicherung in der Kommission dazu Stellung nehmen soll.

Auf den Zahn fühlen

Verkehrsminister Zeil erklärt hierzu: „Mit unserem gemeinsamen Antrag wollen wir der Flugsicherung auf den Zahn fühlen, ob die im Herbst bereits realisierte Anhebung der Anflughöhen noch weiter zugunsten des Untermains ausgedehnt werden kann. Selbstverständlich muss dabei gleichzeitig die Sicherheit des Flugverkehrs gewährleistet sein.“ ❐

Wahlen in Selb und Neustadt bei Coburg

Im oberfränkischen Selb hat der Kandidat der Vereinigung Aktiver Bürger, Ulrich Pötzsch, die Oberbürgermeisterwahl klar gewonnen. Er erhielt bei der Wahl 56,6 Prozent der Stimmen. Der seit 2001 amtierende bisherige Oberbürgermeister Wolfgang Kreil konnte 35,9 Prozent der knapp 12.800 Stimmberechtigten von sich überzeugen. Der 54-Jährige war von der CSU und den Freien Wählern nominiert worden. Der dritte Kandidat, Rudolf Kirschneck von der SPD, kam auf 7,6 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei gut 70 Prozent.

Dagegen bleibt Frank Rebhan von der SPD OB von Neustadt bei Coburg. Mit 63,1 Prozent gewann der Amtsinhaber deutlich vor CSU-Kandidat Frank Altrichter, der auf 32,0 Prozent der Stimmen kam. Auf Marc Holland von den Freien Wählern entfielen 2,8 Prozent, Thomas Büchner von der ÖDP landete mit 2,1 Prozent auf dem vierten Platz. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,6 Prozent. Rebhan ist seit 1995 Oberbürgermeister von Neustadt - seine nunmehr vierte Amtszeit wird bis 2020 und somit ein Jahr länger als üblich dauern. Hintergrund ist, dass in Neustadt die OB-Wahl wieder zeitlich an die bayerischen Kommunalwahlen angeglichen wird. **DK**

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 14. Februar 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **EDV · IT**
  Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- **Umweltschutz · Abfallpolitik**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte**

LIEFERANTEN-GZ-NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK Bestens ausgeStadtet. BECK GmbH & Co. KG 71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00 www.stadtmoebel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Bitte vormerken: 13. Juni 2013
Power für Bayerns Kommunen:
6. Energieforum der Bayerischen GemeindeZeitung
im Bürgerhaus der Stadt Garching bei München, www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten Briefmarkenauktionshaus Schulz Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER Bestens ausgeStadtet. Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG 71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111 www.stadtmoebel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom · Green City Energy
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr
ORTMAIER DRUCK GmbH
Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de
FlyerPara.De – Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL BENZ® SPORT
Tel. 07195 / 69 05 - 0 I Fax 07195 / 69 05 - 77 I info@benz-sport.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER ☎ 05326 / 502-0 Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier, Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de
DFLW Deutscher Fachverband für Luft- und Wasserhygiene e.V.

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 81 71) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de